Antifaschistisches INFO 37 BLATT

November/Dezember 1996 5,– DM

Schwerpunktthema: Osteuropa

Osterweiterung der NATO

Vertriebenenverbände

Bundeswehr in Bosnien



Antifaschistisches INFO-Blatt

Nr. 37, November/Dezember 1996

Erscheinungsweise:
5x im Jahr

Herausgeber:
L. Meyer
Gneisenaustr. 2a
10961 Berlin

V.i.S.d.P.: L. Meyer (Adresse s.o.)

Druckerei: Eigendruck

Konto: J. Lehmann,
411 960 - 105
Postbank Berlin, BLZ: 100 100 10
(Bei Überweisungen bitte immer deutlich den Absender angeben!)

Preis: 5,- DM

Liebe Antifas, FreundInnen und GenossInnen!

Mit dieser Ausgabe geht für uns das Jahr 1996 zu Ende. Wir hoffen, daß wir Eure Erwartungen erfüllt haben und Euch auch im nächsten Jahr mit fünf neuen Ausgaben überraschen können. Auch im nächsten Jahr wird unsere Spenden-Kampagne weiter gehen und wir bedanken uns an dieser Stelle nochmals für die vielen kleinen und großen Spenden, die uns in diesem Jahr zu kamen. Wir werden in der nächsten Ausgabe unsere thematischen Schwerpunkte für das nächste Jahr ankündigen, damit Ihr uns, falls Ihr Lust und Ideen habt, Beiträge vorab zu schicken könnt. Jetzt bleibt uns nur noch, Euch viel Spaß beim Lesen und einen guten Rutsch ins neue Jahr zu wünschen.

eure Redaktion

»...für die imperialistische Expansion eines von Deutschland geführten Europas.«

Der Osten ist frei...

»Wir betonen, daß wir die Bringer der Freiheit wären.(...) Grundsätzlich kommt es also darauf an den riesenhaften Kuchen handgerecht zu zerlegen, damit wir ihn erstens beherrschen, zweitens verwalten und drittens ausbeuten können.«[1]



Martin Bormann

Antifaschismus in der BRD kreist um die deutsche Innenpolitik, außenpolitische Themen werden zumeist nur aufgenommen, wenn es sich um neofaschistische Tendenzen in anderen Ländern wie z.B. der Haiderisierung Österreichs oder den Aufstieg Le Pens und der Entstehung des Kernbereichs der Neuen Rechten in Frankreich handelt. Eine Analyse der deutschen Außenpolitik im Licht der historischen Erfahrungen mit dem Nationalsozialismus und unseres Wissens über den Neofaschismus geschieht vergleichsweise selten.[2] Doch insbesondere in der Politik des wiedervereinigten Deutschlands gegenüber dem Osten zeigen sich Überschneidungen zwischen Strategien des historischen und aktuellen Faschismus mit der offiziellen und inoffiziellen[3] deutschen Außenpolitik.

Der alte deutsche Drang nach Osten entwickelt sich auch heute, wie seit dem Kaiserreich, entlang einer völkischen oder neudeutsch: »ethnischen« Kontinuitätslinie, in der Auslandsdeutsche oder Aussiedler ebenso konstruiert werden, wie andere sogenannte unterdrückte »Volksgruppen« und »Völker«, um anschließend als Manövriermasse im Interesse der deutschen Expansion nach Osten zu dienen. Seit dem Ende des von Deutschland provozierten I.Weltkrieges steht die deutsche Ostexpansion auch im Zeichen des Revanchismus, also des Versuchs, die Grenzen in Europa und insbesondere im Osten zu revidieren. Und immer waren Kapital-strategen maßgeblich an der Entwicklung von Plänen zur Ostexpansion beteiligt.

Deutsches Kapital und der Osten

Die Strategen des deutschen Kapitals pendelten während der Weimarer Republik zwischen der Variante, »für den 'Wiederaufstieg' Deutschlands die frühere wirtschaftliche Vormachtstellung in Osteuropa wiedererringen zu können«[4], den Osten also als verlängerte Werkbank der deutschen Industrie zu nutzen und der Variante, »Osteuropa lediglich als Absatzmarkt für Industrieprodukte und als Lieferant von Rohstoffen«[5] zu nutzen[6]. Die Strategie, wie sie während des NS von der deutschen Industrie favorisiert wurde lautete: »Durch eine 'nationale Zersetzung Rußlands' und eine Zusammenarbeit mit den verschiedenen Völkern sollte die deutsche Vorherrschaft gesichert, der wirtschaftlichen Durchdringung des Landes der Weg bereitet und die erreichte Weltmachtstellung des Reiches abgesichert werden.«[7]

Unter dem Titel: »Ökonomie in Mittel- und Osteuropa-Perspektiven abhängiger Wirtschaften« stellen wir den erneuten Versuch des deutschen Kapitals vor, sich den riesenhaften Kuchen einzuverleiben, von dem der Leiter der Parteikanzlei der NSDAP Martin BORMANN als einen »zu zerlegenden« sprach. Denn nun, nach dem Fall des sogenannten »eisernen Vorhangs« setzt man sich wieder zu Tisch. Das Mal ist bereitet, der Osten für die imperialistische Expansion serviert. Es gilt, sich die Sahnestückchen zu sichern.

Deutschtumspolitiker und der Osten

Zum Teil in Konkurrenz, zum Teil in Ergänzung zu und in konsequenter Weiterführung der Instrumentalisierung sogenannter unterdrückter »Volksgruppen und Völker« wurde insbesondere aus den Reihen der SS an »Deutschtumswällen« gegen, oder »Deutschtumsinseln« im Osten gebastelt. Die Strategie des »Generalplans Ost« war es, langsam völkisch den Osten zu durchdringen, alle Nichtdeutsche in den Stand von Sklaven zu drücken und so endgültig unter deutscher Herrschaft zu bringen.

Mangels orginärer deutscher Volksmasse, um den Osten deutsch zu durchdringen, behalf man sich mit einem Konstrukt, das lange vor dem NS das Licht der Welt erblickte. Gemeint ist das sogenannte »Auslandsdeutschtum«, deren Vertreter, egal wann ihre Vorfahren einmal Deutschland wegen wirtschaftlicher Not oder politischer Verfolgung den Rücken gekehrt hatten, als »Volksdeutsche« betrachtet wurden und noch immer werden. Weiter wurden sogenannte »Umvolkungen« vorgenommen, d.h. nach bestimmten körperli-

chen Merkmalen wurden Kinder selektiert, von denen man glaubte, sie zu »arischen« Germanen machen zu können. Jene, die man als nicht »umvolkungsfähig« klassifizierte, wurden der Vernichtung preisgegeben[8]. Weiteren Anteil am Bau der Deutschtumsinseln und Deutschtumswälle sollten die »verdienten« Veteranen der Wehrmacht haben und hier sicherte sich insbesondere die Generalität das ein oder andere Rittergut.[9]

In genau dieser Tradition der Verinselung des »Deutschtums« im Osten und des Baus von Deutschtumswällen gegen den Osten stehen die Aktivitäten der



Bilder, die deutsche Militärs bei ihrem neuen Drang gen Osten stören. Wehrmacht und Einsatzkommandos beim arbeitsteiligen Massenmord.

bundesdeutschen Revanchisten, die dabei von der Bundesregierung Unterstützung erfahren. Anders ist es nicht zu verstehen, wenn VDA und Bundesinnenministerium sich der sogenannten »Rußlanddeutschen« annehmen, um sie in deutschen Rayons(Bezirken) - früheren Plänen nach sogar in einer deutschen Wolgarepublik - zusammenzufassen. Für diese heutigen Deutschtumspolitiker sind die Auslanddeutschen im Osten eine Manövriermasse, die man je nach Bedarf zur Abstimmung gegen den Kommunismus mit den Füßen, also zur Aussiedlung motivierte oder nun wieder als ethnische-völkische Minderheit der Deutschen im Osten aufbauen will.[10]

Ähnlich in Polen: Hier wird die »deutsche Volksgruppe« in »DEUTSCHEN FREUNDSCHAFTSKREISEN« (DFK) zusammengeführt und organisiert. Diese DFK´s stehen unter dem Einfluß des BdV und anderer deutschen Stellen. Neofaschisten, wie Johanna GRUND z.B., wurde der Einfluß auf diese Kritallisationspunkte des Deutschtums in Polen erst nach massiven Protesten streitig gemacht. Wie weit die Deutschtumspolitiker bereits in Polen vorangekommen sind, zeigen wir im Artikel »Nur nicht unter Gewalt« in dieser Ausgabe des AIB.

Neofaschisten und Revanchisten der Vertriebenenverbände und der Osten

Wenn bereits offizielle und halboffizielle deutsche Stellen sich diese Politik auf die Fahnen geschrieben haben, dann stehen Neofaschisten selbstverständlich nicht abseits. Insbesondere der Kaliningradskaja Oblast, also das ehemalige nördliche Ostpreußen ist ihr Betätigungsfeld. Hier agieren Neofaschisten wie Dietmar MUNIER mit seinen diversen Organisationen, der Rechtsterrorist Manfred ROEDER mit seinem »DEUTSCH-RUSSISCHEN GEMEINSCHAFTSWERK« oder der NPD-Mann Hans-Dietrich OTTO mit seiner Firma »BASIS HOCH- UND TIEFBAU«. Ihr Projekt: Die Ansiedlung von sog. »Rußlanddeutschen«, mit dem Ziel der Regermanisierung dieser Region. In diesen Kreisen schmiedet man bereits Pläne für die Zeit, wenn die Manövriermasse »Rußlanddeutsche« in genügend großer Zahl vor Ort sein sollte. Ein Freistaat Preußen schwebt z. B. dem DL-Aktivisten Rigolf Hennig aus Verden vor, und so erklärte er sich flugs zu dessen Staatspräsidenten im Exil. Und auch Roeder schwärmt von der Idee eines Freistaates Preußen, der einst wieder den Anschluß ans deutsche Mutterland fordern könnte.

Daß Neofaschisten von der Couleur Muniers, Roeders oder Ottos sich solcher Projekte hingeben, dürfte nicht weiter erstaunen. Alarmierend ist es aber, wenn z.B. die LANDSMANNSCHAFT OSTPREUßEN mit ihren Untergliederungen die Zusammenarbeit mit diesen Neofaschisten nicht scheut, ja, die für diese Zusammenarbeit verantwortlichen Personen sogar demonstrativ den Rücken stärken, indem sie in den Vorstand der Landsmannschaft gewählt werden. Exemplarisch haben wir im Artikel »Die Speerspitze des Revanchismus und wie man sie brechen kann« einen solchen Fall aufgegriffen. In diesem Artikel wird es weniger um die konkrete Zusammenarbeit von Revanchistenverbänden und Neofaschisten gehen[11], als vielmehr darum, wie die antifaschistische Arbeit vor Ort gegen solche Tendenzen aussehen kann.

Daß diese Arbeit notwendig ist, belegen Tendenzen in den Landsmannschaften, wo offen für die Projekte der Neofaschisten geworben wird. So erwärmt sich die Landsmannschaft Ostpreußen für das Projekt eines Freistaates Preußen und stellte Rigolf HENNIG im Ostpreußenblatt eine Seite für die Darstellung dieses

Projektes zur Verfügung. Ebenso peilt man in den Führungsetagen der Jungen Landsmannschaft Ostpreußen eine Autonomie für den Kaliningradskaja Oblast an, in der Hoffnung dieser möge sich im weiteren Deutschland angliedern.

Deutsches Militär und der Osten

Nicht die Tatsache, daß Neofaschisten diese Projekte betreiben, oder an ihrer Umsetzung beteiligt sind, macht diese Projekte zu friedensgefährdenden Projekten, sondern der Umstand, daß sie in einem ökonomischen und militärischen Umfeld eingebettet sind, der für die künftige deutsche Außenpolitik schlimmstes befürchten läßt.

Um also die Relevanz des Treibens von Neofaschisten, halbstaatlichen Deutschtumspolitikern und Revanchisten der Vertriebenenverbände ermessen zu können, ist es für AntifaschistInnen wichtig, auch die Bühne der »großen Politik« unter die Lupe zu nehmen. Dies versucht der Artikel »Kanonenboote gegen den Osten« in dieser Ausgabe des AIB.

Wenn im Theorieorgan der bundesdeutschen Militärs, der »EUROPÄISCHEN SICHERHEIT« (ES), eingehend und mehrfach über die Perspektiven für den Kaliningradskaja Oblast berichtet wird, läßt dies aufhorchen. »Bonn wäre gut beraten, (...) die Einflußmöglichkeiten vor Ort (gemeint ist der Kaliningradskaja Oblast, Anm.d.A.) so rasch wie möglich zu nutzen, um die weitere Entwicklung in dieser Region mitgestalten zu können.«[12] »Denn schon keimt die Begehrlichkeit der Polen und Litauer.«[13] Und als Beleg dafür, daß es zu handeln gilt, wird der Neofaschist Wolfgang VENOHR zitiert, der schreibt, »daß man in Warschau heute schon begehrlich



Manövriermasse für Deutschtumspolitiker-Rußlanddeutsche lernen Deutsch

nach Königsberg blickt und mit dem Gedanken spielt, sich das deutsche Nord-Ostpreußen (...) anzueignen.«[14]

Vielleicht liegt in diesen Tendenzen der Grund dafür, weshalb in den Kreisen deutscher Militärs die Präventivschlagthese gegen die Tatsache ins Feld geführt wird, daß Deutschland die Sowjetunion überfiel? Vielleicht ist dies auch der Grund dafür, weshalb man sich aufs schärfste gegen die Ausstellung des Hamburger Institutes für Sozialforschung »Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht - 1941 bis 1944« ausspricht? Es gilt zunächst die Geschichte zu säubern und umzuschreiben, um wieder als Ordnungsmacht im Osten auftreten zu können. ■



1 Aktenvermerk Martin Bormanns über eine Besprechung mit Rosenberg, Lammers, Keitel und Göring vom 16.7.1941, zitiert nach: Klee, Ernst u. Dreßen, Willi (HG): »Gott mit uns« - Der deutsche Vernichtungskrieg im Osten 1939-1945, S.22f., Frankfurt/M 1989

2 Die AIB Sondernummer »Das wiedervereinigte Deutschland - Die neue Gefahr« und auch das AIB Nr. 36, in dem es u.a. um »Regionalismus als Instrument für rechte Konzepte« ging, stellen eher Ausnahmen dar.

3 Mit »inoffizieller deutscher Außenpolitik« ist gemeint, daß in der BRD eine Vielzahl von Organisationen existieren, die am finanziellen Tropf öffentlicher Haushalte hängen, z.T. personell insb. mit der CDU/CSU verflochten sind und in ihrer Politik vom Auswärtigen Amt oder dem Bundesinnenministerium beeinflußt werden. Ihre Namen sind u.a. Bund der Vertriebenen mit seiner fast unüberschaubaren Zahl von Untergliederungen, Verein für das Deutschtum im Ausland oder Föderalistische Union Europäischer Volksgruppen.

4 Müller, Rolf-Dieter: Hitlers Ostkrieg und die deutsche Siedlungspolitik, Frankfurt/M 1991, S.49

5 ebd., S.50

6 Die Variante Alfred Herrhausens stellt in diesem Lichte betrachtet ein Kompromiß dar, Teile des Ostens werden eine verlängerte Werkbank des deutschen Kapitals, andere Rohstofflieferanten. (vgl. dazu den Artikel »Ökonomie in Mittel- und Osteuropa - Perspektiven abhängiger Wirtschaften« in dieser Ausgabe des AIB)

7 ebd., S.79

8 An diesen »Umvolkungsmaßnahmen« waren in leitender Position Funktionäre des »Vereins für das Deutschtum im Ausland« beteiligt. (Minow, H.-R. u. Goldendach Walter von: »Deutschtum erwache!«, Berlin 1994, S.203-215)

9 Selbst noch 1944 war der Drang nach dem Rittergut im Osten unter der deutschen Generalität ungebremst. Die Vermutung liegt angesichts der Kriegslage 1944 nahe, daß nicht der aktuelle Wille sich im Osten niederzulassen, dieses Streben motivierte, sondern die Aussicht, sich nach dem Krieg für das eben erworbene Rittergut entschädigen zu lassen und Regreßansprüche gegen die Staaten im Osten zu erwerben. (vgl. dazu Müller, Rolf-Dieter: a.a.O., S.36)

10 vgl. dazu den Artikel »Aussiedler - Manövriermasse der Deutschtumspolitiker« in dieser Ausgabe des AIB.

11 dazu möchten wir auch an dieser Stelle ausdrücklich auf die Broschüre der VVN-BdA Stade, verweisen, die zum Preis von 5,-DM, (Pressespiegel 7,— DM) plus 3,— Porto bei der VVN-BdA Stade, Postfach 2105, 21661 Stade bezogen werden kann.

12 Range, Clemens: Nord-Ostpreußen - Ein vergessenes Land ohne Zukunft?, in: ES 10/94, S.512-514 (Clemens Range ist politischer Redakteur der Tageszeitung Die Welt)

13 ebd.

14 ebd.

Ökonomie in Mittel- und Osteuropa

Perspektiven abhängiger Wirtschaften

Das deutsche Kapital und die Ausbeutung der russischen Gas- und Erdölvorkommen:
»Die gewaltigen Explorations- und Aufschließungsaufgaben lassen sich schlecht in Joint Ventures lösen. (...) Meines Erachtens ist es deshalb unumgänglich (...) zu 100 Prozent einzusteigen, und zwar auf der Basis von Konzessionen, also einer Kolonialmethode. Das würde bedeuten, daß die Ausländer in Rußland die volle Autorität über Förderung und Verkauf, auch auf dem Inlandsmarkt, hätten.«[1]
(Wolff von Amerongen, Vorsitzender des »Ostausschusses der Deutschen Wirtschaft«)

Wer analysieren will, welche Stellung die mittel- und osteuropäischen Staaten (MOE-Staaten) im Spiel der deutsch-europäischen Interessen besitzen, muß die wirtschaftliche Entwicklung in diesen Staaten und den Waren- und Kapitalverkehr zwischen ihnen und Westeuropa betrachten. Bei einer solchen Betrachtung fallen zwei Tendenzen ins Auge: Eine Tendenz ist die zur Deindustrialisierung der GUS-Staaten, die andere, daß die Wirtschaften der MOE-Staaten verstärkt zu von der westeuropäischen Metropole abhängigen Ökonomien[2] werden.

Deindustrialisierung[3]

Eine Tendenz zur dauerhaften Zerstörung der industriellen Infrastruktur ist insbesondere in den GUS-Staaten zu beobachten. Sinkende Investitionsraten, sinkende industrielle Produktion und damit einhergehend eine Auflösung der sozialen Sicherungen sind die Folgen. Hier ist die Zerstörung der alten Industrieinfrastruktur nicht mit ihrem Um- oder Neuaufbau verbunden, die es ihr ermöglicht auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig zu sein. Statt dessen werden diese Staaten auf das Niveau von Staaten der sogenannten 3. Welt zurückgestuft. Maßgeblichen Anteil an dieser Entwicklung haben deutsche Industriekreise und die deutsche Regierung. Staatliche Bürgschaften, die das Risiko deutscher Exporteure absichern, wurde dergestalt verändert, daß der Export von Geräte zur Modernisierung der russischen Industrie nicht mehr gefördert werden. Allein für Ausrüstungen im Bereich der Rohstoffgewinnung werden noch Ausfuhrbürgschaften von der Bundesregierung übernommen. Damit haben die Bundesregierung und der Bundesverband der Deutsche Industrie, der diese Politik unterstützte, maßgeblichen Anteil an der wirtschaftlichen Situation in den GUS-Staaten. Mit ihren Entscheidungen legen die deutschen Kapital- und Regierungskreise die Zukunft der GUS-Staaten fest: Rohstofflieferanten Deutschlands und der EU zu sein.[4]

Abhängige Ökonomien in den MOE-Staaten

Abhängigkeiten der einen von der anderen Ökonomie lassen sich auf zwei Weisen begründen. Zum einen ist es möglich, durch einseitigen[5] Kapitaltransfer eine solche Abhängigkeit zu erzeugen. Dieser Kapitaltransfer kann in Form von Kreditvergabe oder durch direkte Investitionen deutschen Kapitals von statten gehen. In beiden Fällen ist der Kapitalgeber - in diesem Fall Deutschland - gegenüber den Kapitalnehmern, also den MOE-Staaten, in der Position, bestimmen zu können, wie das Kapital angelegt werden soll und wann es als Gewinne, Zinsen oder Tilgung wieder zurückströmen soll.

Da nun die MOE-Staaten einen hohen Kapitalbedarf besitzen, der daraus resultiert, daß sie ihre Wirtschaften auf die Bedingungen des Weltmarktes umstellen müssen, sind sie auf westliches Kapital angewiesen. Die Alternative zur Anpassung an den Weltmarkt und dem Versuch, westliches Kapital ins Land zu locken, wäre der soziale, wirtschaftliche und damit auch politische Untergang. Die MOE-Staaten sind daher dazu verurteilt, alles zu tun, was u.a. das deutsche Kapital fordert. Daß es den MOE-Staaten gelingt, deutsches Kapital anzuziehen und dieses sich von den Möglichkeiten dort angesprochen fühlt, läßt sich an der Umlenkung der deutschen Kapitalströme ermessen. (Siehe dazu Kasten unten: Entwicklung der deutschen Direktinvestitionen nach Zielregionen in Mill.DM)·

Die Investitionen des deutschen Kapitals verlagerten sich weg von den Industriestaaten und sog. Entwicklungsländern hin zu den MOE-Staaten. Das Verhältnis der Investitionen in den sogenannten Entwicklungsländern zu denen in den MOE-Staaten hat sich sogar umgekehrt, sodaß heute die MOE-Staaten jene Position inne haben, die früher den sogenannten Entwicklungsländern zukam. Zwar ergab sich um 1992 eine Trendwende in der Rangfolge, das deutsche Kapital wurde vom US-amerikanischen als größter Investor abgelöst, doch blieb, insgesamt das EU-Kapital die wichtigste Kapitalquelle für die MOE-Staaten.

Um Abhängigkeiten von Ökonomien gegenüber anderen zu bestimmen, ist die Betrachtung der Warenströme mindestens ebenso wichtig, wie die der Kapitalströme. Hier ist ein auffälliges Merkmal, daß der Außenhandel der MOE-Staaten, der früher insbesonders mit anderen sozialistischen Staaten getätigt wurde, umgelenkt wurde. Diese Umlenkung der Warenströme erfolgte insbesonders in Richtung EU und hier maßgeblich nach Deutschland. Die Ursache dafür liegt im Zusammenbruch der Märkte des ehemaligen »Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe«, auf den die industrielle und landwirtschaftliche Produktion und die Ausbeutung der Rohstoffquellen der MOE-Staaten ausgerich-

ENTWICKLUNG DER DEUTSCHEN DIREKTINVESTITIONEN NACH ZIELREGIONEN IN MILL. DM[6]:

Investitionsregionenen	1989	1990	1991	1992	1993
Industriestaaten	20.145	30.396	27.244	22.140	15.452
Entwicklungsländer	1.035	1.049	1.950	1.098	828
MOE-Staaten	110	261	1.357	1.592	1.761

tet war. Statt einer starken wirtschaftlichen Verflechtung, die auf Gegenseitigkeit beruhte, wie sie innerhalb des RGW gegeben war, zeigt sich nun eine einseitige wirtschaftliche Abhängigkeit der u.g. MOE-Staaten von Deutschland. Gleiches gilt, abgesehen von der Rohstoffversorgung, auch für die baltischen Staaten. Zu welchen politischen Zugeständnissen wären die unten genannten Staaten wohl bereit, wenn Deutschland drohen würde, den Handel mit ihnen einzuschränken oder sich gegen eine Mitgliedschaft dieser Staaten in der EU auszusprechen?

Im Gegensatz zur Bedeutung, die Deutschland als Handelspartner gegenüber den o.g. Staaten besitzt, ist der Handel mit ihnen für Deutschland relativ unwichtig. »Sowohl für Polen, die CSFR (gleiches gilt auch für Tschechien heute, Anm.d.A.) als auch für Ungarn ist das wiedervereinigte Deutschland zum wichtigsten Handelspartner geworden. Allerdings kann dies nicht über die Tatsache hinwegtäuschen, daß Polen die (ehemalige) CSFR und Ungarn als Handelspartner für das westliche Ausland noch kaum eine Rolle spielen.«[8] Mit dieser wirtschaftlichen Ausgangslage dürfte sich auch politisch von Seiten Deutschlands arbeiten lassen.

Ungarn:	27% der Exporte gehen in die BRD (Stand Mitte 1992
	22% der Importe kommen aus der BRD (Stand Mitte 1992)
Tschechien:	33% der Exporte gehen in die BRD (Stand Ende 1992)
	26% der Importe kommen aus der BRD (Stand Ende 1992)
Polen:	25% des Außenhandels werden mit der BRD abgewickelt[7]

Alfred Herrhausen - Seine Konzepte für den Osten werden Wirklichkeit

Grundsätzlich kann wirtschaftlich folgende Tendenz ausgemacht werden: Je weiter östlich, desto instabiler sind die Ökonomien, desto geringer auch die Kapitalflüsse in diese Länder. Auf Rußland entfielen z.B. 1993 gerade einmal 1,7% der Investitionen des deutschen Kapitals, deren Schwerpunkt eindeutig in Ungarn, gefolgt von Tschechien und Polen lag. Diese Tendenz läßt sich schematisch in einem Dreizonenmodell darstellen. Für jede der drei Zonen ergeben sich unterschiedliche soziale, ökonomische und politische Perspektiven, die bereits in Vertragswerke überführt wurden.[9] Dieser abgestufte Umgang mit den osteuropäischen Staaten geht auf eine Ausarbeitung des ehemaligen Chef der Deutschen Bank Alfred HERRHAUSEN zurück. Er sprach bereits 1989 von »konzentrischen Kreisen um die Kern-EG, die eine abgestufte ökonomische Nutzbarmachung dieser Staaten einerseits, und den Schutz der EG vor wirtschaftlichen Rückwirkungen anderseits«[10] beinhalteten. Diese Perspektive wird nun Realität.

1. Zone: Zu ihr gehören in erster Linie Polen, Tschechien und Ungarn. Bedingt auch noch die Slowakei, Rumänien und Bulgarien. Mit diesen Staaten bestehen seitens der EU Assoziierungsabkommen, die eine Perspektive auf EU-Beitritt enthalten. Eine EU-Mitgliedschaft ist für die drei erstgenannten Staaten aufgrund ihrer ökonomischen Daten sehr viel wahrscheinlicher, als für die drei letztgenannten. Zumindest die drei erstgenannten Staaten werden als EU-Mitglieder treue Vasallen Deutschlands werden, denn auf dessen Fürsprache hofft man beim EU-Beitritt und mit dessen Wirtschaft ist man am stärksten verflochten, ja z.T. werden sogar die Bedingungen für das deutsche Kapital in den Euroregionen bei Umgehung der politischen Führung dieser Staaten von Deutschland durchgesetzt. Angesichts der Initiative Deutschlands und Frankreichs innerhalb der EU das Konsens- durch das Mehrheitsprinzip bei Entscheidungen zu ersetzen, resultiert daraus eine Stärkung der deutschen Position in der EU.

2. Zone: Die Baltischen Staaten: Mit ihnen bestehen Freihandelsabkommen, an denen sich Assoziierungsabkommen mit EU-Beitrittsperspektive anschließen können. Ebenso in diese EU-Beitrittswarteschleife, die sich zu einem EU-Satellitendasein verfestigen könnte, gehören eigentlich auch die drei letztgenannten Staaten der 1. Zone. Ihre Funktion wird die von Pufferstaaten sein. Abhängig von der EG und Deutschland fällt ihnen künftig die Aufgabe zu, soziales Elend, das sich in Migration, politischer Instabilität und militärischen Auseinandersetzungen äußert, abzupuffern.[11] Immerhin werden aber diese Staaten noch als wirtschaftliche und politische Einheiten betrachtet, was bei den Staaten der 3. Zone nicht mehr der Fall ist.

3. Zone: Alle übrigen Staaten, die aus der ehemaligen UdSSR entstanden sind: mit ihnen bestehen Partnerschafts- und Kooperationsabkommen, die ab 1998 in Freihandelsabkommen umgewandelt werden sollen. Eine Beitrittsperspektive für die EU ist diesen Staaten nicht eröffnet worden. Ziel insbesonders der deutschen Politiker und ihrer Auftraggeber aus der Wirtschaft ist es, in dieser Zone, »durch die Regionalisierung (...) für sich die ökonomischen und politischen 'Sahne- bzw. Filetstückchen' herauszubrechen.«[12] Dies geschieht, indem die begehrten Regionen durch wirtschaftliche Versprechungen, dazu ermuntert werden, sich als Freihandelszonen oder Sonderwirtschaftzonen[13] aus der gesammt-russischen Wirtschaftspolitik zu verabschieden. Den Staaten dieser 3. Zone steht eine Entwicklung bevor, die der Entwicklung der Unterentwicklung in der sogenannten 3.Welt entspricht: einzelne Inseln relativen Wohlstands, der hauptsächlich auf der Ausbeutung von Bodenschätzen beruht, im verelendenden Umland. Soziale Konflikte, die ethnisch aufgeladen und militärisch ausgetragen werden, sind so vorprogrammiert. Wie wird die Bundesregierung mit ihren Krisenreaktionskräften der Bundeswehr reagieren, wenn die Interessen des deutschen und EU-Kapitals in diesen »Sahnestücken« des zu zerteilenden russischen Kuchens in Mitleidenschaft gezogen werden, wenn gar eine sog. »deutsche Minderheit« ins Zentrum solcher Konflikte gerückt werden sollte? ■

1. Amerongen, Otto Wolff von: Der Weg nach Osten. Vierzig Jahre Brückenbau für die deutsche Wirtschaft, München 1992, S.302/304, zitiert nach: Kuhr, Holger: Die politische und ökonomische Rolle der deutschen Volksgruppenpolitik im Osten, Diplomarbeit an der HPW, Hamburg 1994, S.20
2. Mit der Beschreibung einer Wirtschaft als »abhängigen Ökonomie«, ist gemeint, daß ihre Wirtschafts- und Sozialpolitik, ihre Konjunktur und die Ausrichtung ihrer Produkte im wesentlichen von anderen Ökonomien bestimmt wird, ohne selbst Einfluß auf diese zu haben. Solche Ökonomien sind nichts als verlängerte Werkbänke und Rohstoffbasen der Metropolen. Eine solche Metropole ist für die MOE-Staaten die EU. In Amerika resultierte aus solchen Verhältnissen, daß die lateinamerikanischen Staaten gegenüber den USA auf den Status von »Bananenrepubliken« herabsanken. Einher geht der Begriff der »abhängigen Ökonomie« mit der Analyse, daß Unterentwicklung keine Ausgangssituation ist, sondern das Endprodukt einer Entwicklung, die von den kapitalistischen Metropolen betrieben wird. (vgl. Guevera, Che u.a.: Die Entwicklung der Unterentwicklung, Berlin 1980) Eine solche »Entwicklung der Unterentwicklung« steht den MOE-Staaten bevor.
3. Man hätte unser aller Kanzler nur beim Wort nehmen müssen: Blühende Landschaften gibt´s eben nur da, wo die Industrie platt gemacht wurde!
4. vgl. Kuhr, Holger: Rußland wird De-Industriealisiert, Hamburg 1993
5. Im Gegensatz zum Verhältnis Deutschlands zu den MOE-Staaten, ist sein Verhältnis zu den anderen Industriestaaten dadurch gekennzeichnet, daß der Kapitalfluß gegenseitig ist. Dieses Verhältnis entspricht dem verflochtener Wirtschaften. Weil der Kapitalverkehr zwischen Deutschland und dem Osten einseitig ist, kann bzgl. der MOE-Staaten von abhängigen Wirtschaften gesprochen werden.
6. vgl. Halbach, Axel J.: Deutsche Direktinvestitionen: Der Strukturwandel setzt sich fort, in: IFO-Schnelldienst, Nr. 24/94, S.18-21
7. vgl. Jennewein, Marga: Die Entwicklung des Außenhandels der ostmitteleuropäischen Länder, in: IFO-Schnelldienst Nr. 21/93, S.20-26
8. ebd., S.21-22
9. Eine gute Übersicht zu den ökonomischen Vertragswerken mit den Staaten Mittel- und Osteuropas findet sich bei: Kuschel, Hans-Dieter: Die Europaabkommen der Europäischen Gemeinschaft mit den mittel und osteuropäischen Ländern, in: List-Forum: Bd.20, S.197ff., Düsseldorf 1994.
10. Kuhr, Holger, a.a.O., Hamburg 1993, S.11
11. Ihnen fällt also künftig u.a. jene Funktion zu, die Polen, Tschechien und Ungarn heute nach dem Schengener-Abkommen und den Abkommen Deutschlands mit ihnen erfüllen. Tote MigrantInnen wird man also in Zukunft weniger in der Oder, als vielmehr im Bug, der Tisza oder Memel finden.
12. Kuhr, Holger: a.a.O., Hamburg 1994, S.19
13. Die Diskussionen um Freihandelszonen im Kaliningradskaja Oblast oder der Region St. Petersburg, die maßgeblich von Dr. Wilhelm Christiansen (Aufsichtsratsvorsitzender der Deutschen Bank) initiiert wurden, stehen in diesem Zusammenhang. Beide Regionen sind strategisch interessant. Der Kaliningradskaja Oblast ist militärisch von großem Interesse, die Region St. Petersburg ökonomisch interessant, weil in ihr ca. 7% des Bruttosozialproduktes Rußlands erwirtschaftet wird. Gleiches gilt für die Ural-Region, die ein Zentrum der russischen Schwer- und Atomindustrie ist und zudem Bodenschätze aufweist. Daß gerade in dieser Region deutsche Rayons mit Unterstützung der Bundesregierung aufgebaut werden, ist kein Zufall. (vgl. dazu a. Minow, H.R. u. Goldendach, Walter von: »Deutschtum erwache!«, Berlin 1994, S.442 und Böhm, Wilfried u.Graw, Ansgar: Königsberg morgen, Asendorf 1993)

Krisenszenarien - Aufgaben für die Bundeswehr

Kanonenboote gegen Osten

»Entgegen pazifistischen Erwartungshoffnungen hat ein (...) Wettlauf um die künftigen Einflußbereiche im ehemaligen Osteuropa bereits eingesetzt.«[1] »Wobei sowohl innerhalb der EU als auch als auch im Sinne nationalstaatlicher Politik künftig die Rolle Deutschlands beachtet werden muß«.[2]
»Durchsetzungsfähige und schlagkräftige Streitkräfte sind (.) heute und in der Zukunft unabdingbar. Sie schaffen den Rahmen, in dem sich Politik gestaltend und bewahrend den Herausforderungen der Zukunft stellen kann.«[3] **(Hartmut Bagger, Generalinspekteur der Bundeswehr)**

-Nein, es ist unwahrscheinlich, daß sie noch einmal den gleichen Fehler begehen und versuchen, Osteuropa militärisch zu erobern. Und doch spielen militärische Konzepte eine wichtige Rolle in der Osteuropapolitik der BRD-Führung. Es gilt, das Risiko für deutsche und andere westeuropäische Investoren zu minimieren, es gilt die Versorgung mit Rohstoffen sicherzustellen und es gilt potentielle MigrantInnen und Flüchtlinge fern zu halten. In letzter Konsequenz bedeutet dies auch, sich eine militärische Option offen zu halten, wenn es in Gebieten, in denen deutsches und EU-Kapital expandiert, kriselt, die Wege bzw. Abbaugebiete der Rohstoffe unsicher werden[4] und Flüchtlingsbewegungen zu erwarten sind.

Ethnisch aufgeladene soziale Krisen sind in den ehemaligen Staaten des »RATES FÜR GEGENSEITIGE WIRTSCHAFTSHILFE« (RGW) und der »WARSCHAUER VERTRAGSORGANISATION« (WVO) nicht unwahrscheinlich. Es gilt die Tendenz: Je weiter östlich, desto höher die Konfliktwahrscheinlichkeit. Tschetschenien dürfte nur ein Wetterleuchten zukünftiger, regional zu begrenzender Krisen im alten und neuen deutsch-europäischen Hinterhof Osteuropa sein, denn die Regionen östlich des Baltikums sind auf dem Weg in soziale, politische und ökonomische Zustände, wie sie für Staaten der sogenannten 3.Welt kennzeichnend sind.[5] Der Generalinspekteur der Bundeswehr, General Hartmut BAGGER sieht dem entsprechend auch folgendermaßen in die Zukunft: »Zu den für Europa relevanten Einflußgrößen zähle ich zunächst ungelöste territoriale und ethno-soziale Probleme, die rasch eskalieren und zum Ausbruch kommen können. (...) Die Verknappung von Ressourcen und damit einhergehend die Gefährdung von Existenzgrundlagen, eine Verschärfung des Gegensatzes von armen und reichen Ländern (..,) unvorhersehbare Wanderungsbewegungen mit unkalkulierbaren Auswirkungen auf die Stabilität ganzer Regionen«[6]. Daß die für »Europa relevanten Einflußgrößen« sich nicht auf z.B. Somalia beziehen, sondern in erster Linie auf Ost- und Südosteuropa, darüber sollte es keinen Zweifel geben.[7] Auf dieses Scenario bereitet sich die Bundeswehr und ihre politische Führung vor.

Die Bundeswehr zur Absicherung hegemonialer Machtambitionen

Die Bundeswehr wird zu einer Interventionsarmee umgerüstet und umstrukturiert, die in der Lage ist, im Verbund mit anderen, ähnlich strukturierten Streitkräften der EU-Staaten, deutsche und europäische Interessen durchzusetzen. Damit geht eine neue Kanonenbootpolitik einher, die insbesondere die Hegemonie eines von Deutschland beherrschten Europas über den Osten unterstreicht. Diese Kanonenbootpolitik wird mittlerweile von Vertretern der Bundeswehr offen formuliert: »In vielen Fällen wäre möglicherweise ein vom Umfang her wesentlich geringerer, aber zeitlich früherer Einsatz erfolgreicher gewesen und hätte auch langfristig größeren Erfolg versprochen. Dieser Ansatz setzt aber ein gesellschaftliches und vor allem politisches Umdenken voraus.«[8] »Hier ist der Ansatzpunkt, und hier muß sich das Verständnis von Krisenmanagement besonders in Deutschland den veränderten Gegebenheiten noch anpassen.«[9] Im weiteren wird klar gesagt, wohin die Vorstellungen deutscher Militärs gehen, wenn sie »Krisenmana-



Fliegende Kanonenboote für eine Interventionsarmee Bundeswehr

gement« denken: Militärische und politische Optionen müßten gleich von Beginn an zusammengedacht werden, ja das Militär müsse gar vor der Politik Handlungsoptionen planen und der Politik anbieten.[10]

Die Umstrukturierung der Truppe ist bereits im vollem Gange und soll bis zum Jahr 2000 abgeschlossen sein. D.h. bereits jetzt wird zwischen KRISENREAKTIONSKRÄFTEN (KRK)[11] und HAUPTVERTEIDIGUNGSKRÄFTEN (HVK) zur Territorialverteidigung unterschieden. Bereits jetzt ist es so, daß maßgeblich in den weiteren Aufbau dieser KRK investiert wird, die aus Berufs- und Zeitsoldaten und länger dienenden Wehrpflichtigen (12-23 Monate) bestehen werden.

Der Umbau der Bundeswehr zur Interventionsarmee

Was ihnen fehlt sind Informationssysteme (Spionagesatelliten und BND-Spezialisten in allen Regionen) und Gesellschaftswissenschaftler, die den Militärs zuarbeiten und mögliche Konfliktlagen frühzeitig analysieren. Noch fehlen ihnen auch die Waffen und Logistiksystem, die den Willen zur Kanonenbootpolitik umsetzbar machen. Noch sind sie in all diesen Bereichen von den USA abhängig und damit im Zaum gehalten. Doch die strategischen Planungen des »Weltpolizisten« USA dienen den deutschen und europäischen Militärs als Vorbild.[12] Sie orientieren sich an der USA-Studie »NEW WORLD VISTAS«, die analysiert, welche Technik zukünftig notwendig sein wird, um weiter die Rolle des »Weltpolizisten« spielen zu können. Weltweite schnelle und zielgenaue Mobilität aller Teilstreitkräfte, globale Lageüberwachung und Aufklärung, weltweite Kommunikation mit den Einheiten im Einsatz und weitgehende Immunität gegenüber Aufklärungs- und Abwehrmöglichkeiten potentieller Gegner sind die Eckpfeiler nach dieser US-Studie. »Mit Blick auf das nächste Jahrtausend gilt, daß es zu einer Hochtechnologie-Luftstreitkraft nur die Alternative der Bedeutungslosigkeit gibt«[13], resümiert man auf der Hardhöhe angesichts dieser US-Studie und warnt, so Deutschland und die EU nicht Willens wären dort mitzurüsten: »Andernfalls verliert Deutschland an Handlungsspielraum und politischen Einfluß.«[14]

Und so läuten die Militärs Deutschlands und der EU einen neuen Rüstungswettlauf ein; diesmal gegen die USA. Zunächst nur sehr vorsichtig, immer dementierend und die transatlantische Freundschaft hochhaltend, richtet sich das Mühen der deutschen und europäischen Militärs nun gegen den alten Partner USA. Es ist nicht zu übersehen, daß eine neue Hegemonialmacht heranwächst: die EU unter deutscher Führung. Anders ist es nicht zu verstehen, daß sich die hiesigen Militärs für eine Militärkonzeption wie »New World Vistas« begeistern, die ja die Konzeption für einen weltweiten Einsatz von Militär ist.

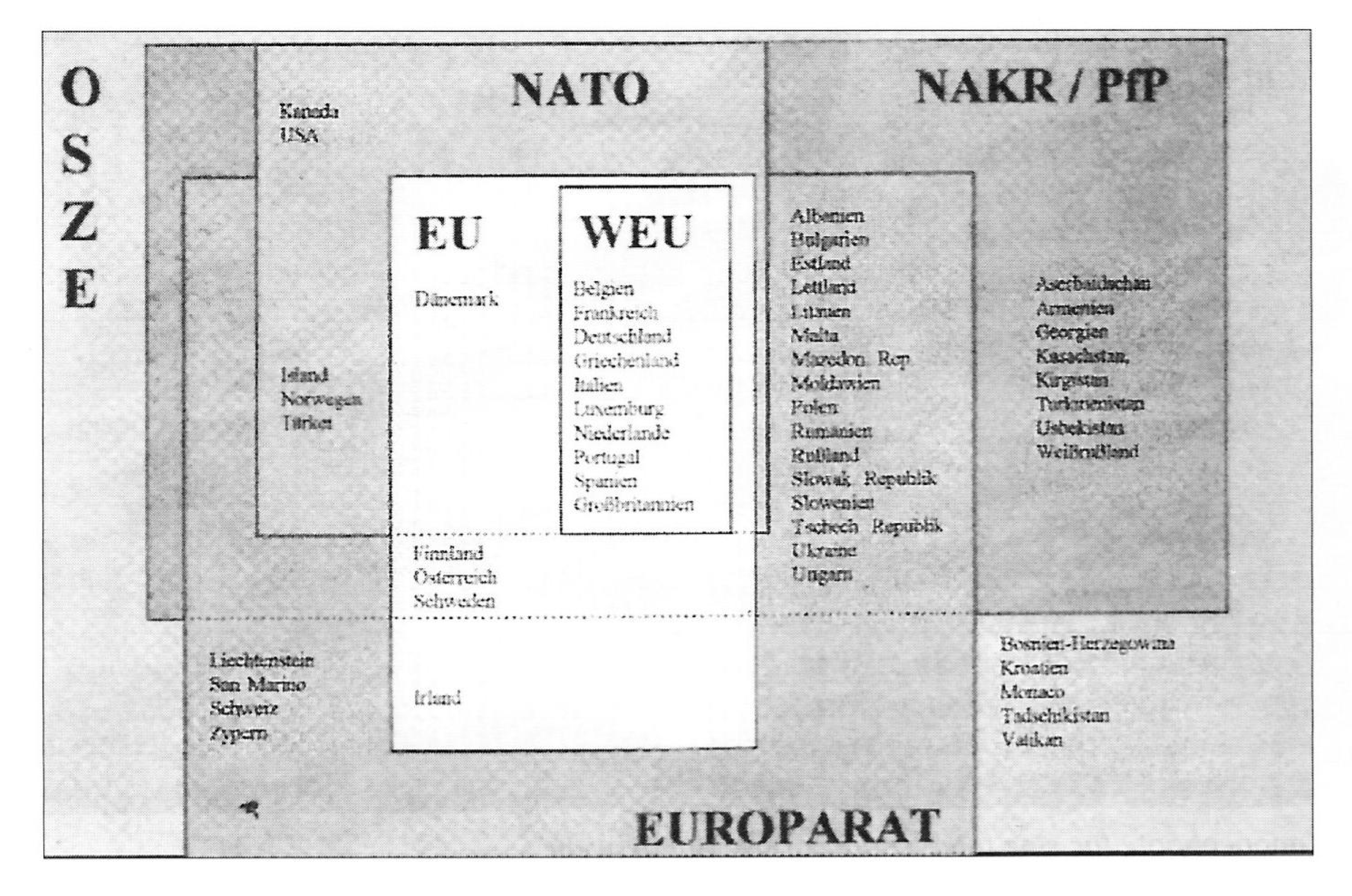
Entsprechend sieht dann auch die militärtechnische Planung aus. Dieses Ziel vor Augen fordern die Militärs für Deutschland und die EU den Aufbau von großräumigen Lufttransportsystemen für die KRK, die Schaffung satellitengestützter Spionage- und Informationssystem und den Ausbau von Kommunikations- und Kommandostrukturen, die nationale und übernationale Einsatzgruppen befehligen können.[15] Und sie stellen Anforderungen an Sozial- und Gesellschaftswissenschaftler[16]: »Politikbezogene Forschung und Beratung soll den politischen Entscheidungsträgern Anstöße geben. (...) Wer weiß, welche Probleme sich stellen können, wer also seine Arbeit in einen breiten Kontext zu stellen vermag, der kann auch die mehr erkenntnisleitenden Fragen als Vorgaben für die Forschungsinstitute stellen.«[17]

Der Aufbau der Strukturen der KRK soll im Jahre 2000 abgeschlossen sein. Die Ausstattung mit entsprechendem Gerät (Lufttransportfähigkeit, Luftuntersützung, Feindaufklärung via Satellit...) wird erst deutlich nach dem Jahre 2000 gegeben sein. Erst dann ist die volle Krisenreaktionsfähigkeit der Bundeswehr gegeben. Voraussetzung dafür: Genügend Geld aus dem Bundeshaushalt für die Wunschliste der Militärs.

Zur Diskussion über eine NATO-Osterweiterung

Die Diskussion zur NATO-Osterweiterung und zur Zukunft der NATO ist vor dem Hintergrund der oben beschriebenen Bestrebungen der Militärs in Deutschland und den anderen EU-Staaten zu betrachten. Entscheidungen über künftige Strukturen und Ausrüstung von Armeen sind langfristige Entscheidungen. Mit ihnen werden die künftigen Aufgaben festgeschrieben, sie zu revidieren ist nur schwer möglich. Im Gegensatz dazu sind Reden zu militärpolitischen Fragen wie der nach der »NATO der Zukunft« schnell umgeschrieben. Entsprechend wechselhaft sind die Positionen zur NATO-Osterweiterung.

War Anfangs die BRD die treibende Kraft bei der Initiative, die NATO nach Osten zu erweitern, so sind es nun die USA, die zunächst, ähnlich wie Frankreich und Großbritannien auch heute



Europäische Sicherheitsarchitektur oder die Keimzelle einer neuen Supermacht

noch, einer Osterweiterung eher ablehnend gegenüber standen. Im Zuge der vorschnellen Versprechungen auf Vollmitgliedschaft, die die deutsche Politik den NATO-Aspiranten Polen, Tschechien, Slowakei und Ungarn machte, geriet die US-Politik unter Zugzwang. Wollten die USA nicht zulassen, daß jene Staaten sich zu sehr an ein gerade erst größer und mächtiger gewordenes Deutschland anlehnen würden, mußten sie in ihrer Osteuropapolitik von der weichen militärischen Anbindung im Rahmen der »KONFERENZ FÜR SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT IN EUROPA« (KSZE, der jetzigen OSZE) oder »Partnerschaft für den Frieden« (PfP) zur harten militärischen Einbindung also zur NATO-Osterweiterung umschwenken. Auch wenn diese Option auf den erklärten Widerstand Rußlands stieß und weiter stößt[18], wird die NATO-Osterweiterung in Bezug auf Polen, Tschechien, Ungarn und evtl. Slowakei wohl Realität werden. Wer nun glaubt, damit habe sich das deutsche Interesse durchgesetzt, irrt. Auf der 33. Münchener Konferenz für Sicherheitspolitik schwenke Kohl abweichend von seinem ursprünglichen Redemanuskript um und äußerte Vorbehalte gegen ein schnelles Tempo der Osterweiterung.[19] Was bedeutet das nun, für die deutsche Position dieser erneute Schwenk?

Der europäische Pfeiler der NATO oder die Keimzelle einer neuen Supermacht

Eine Antwort findet man, wenn man bedenkt, daß die Diskussion um die Osterweiterung der NATO immer begleitet wurde von der um die zukünftige militärische Struktur in Europa. In dieser Diskussion geht es darum, ob Europa in Zukunft eine stärker von den USA losgelöste Militärpolitik betreiben wird. Selbstverständlich würde Deutschland in diesem gestärkten europäischen Pfeiler der NATO eine weit gewichtigere Position einnehmen, als in der alten NATO-Struktur, ja Deutschland würde, bei Europäisierung der französischen und britischen Atomwaffen sogar zu einer quasi Atommacht aufsteigen. Wenn die deutsche Außenpolitik zunächst also Polen, Tschechien und Ungarn große Hoffnungen auf baldige NATO-Mitgliedschaft machte, um dann, als sich diese Position wider Erwarten durchsetzte, umzuschwenken, so ist dieses Verhalten folgendermaßen zu interpretieren: Es ging der deutschen Außenpolitik darum, die NATO unter Druck zusetzten und bei Ablehnung der Osterweiterung die europäische Variante einer militärischen Einbindung der NATO-Aspiranten ins Spiel zu bringen. Eine Taktik, die von den USA zunächst durchkreuzt wurden. Man darf gespannt sein, wie die Diskussion weiter verläuft, gespannt sein, ob die deutsche Außenpolitik die militärische, europäische Karte ziehen wird, die mit dem Maastricher Vertrag ins Spiel gebracht wurde.[20]

Angesichts der Rüstungsvorhaben und der Struktur, die für die Bundeswehr und die anderen europäischen Armeen angepeilt wird, muß man zu dem Schluß kommen, daß Europa und damit auch die Bundesrepublik auf dem Weg zum »Global Player« in Sachen militärischem Interventionismus ist und daß eine Station auf diesem Weg die deutsch-europäische Hegemonie über Osteuropa sein wird. Gegenüber den USA ein gleichwertiger Gegner zu werden, würde die öffentlichen Haushalte der EU-Staaten für das nächste Jahrzehnt noch überlasten[21]. Anders sieht dies gegenüber der schwindenden russischen militärischen Kraft aus. ■

1. Reiter, Erich DDr.: Die Bedeutung Österreichs für künftige Hegemonialbereiche, in: Europäische Sicherheit (ES) 5/96, S.39, Hamburg 1996 (Erich Reiter ist Sektionsleiter im Bundesministerium für Landesverteidigung in Wien und benennt in seinem Artikel die Gründe für den Betritt Österreichs in EU und NATO.)
2. ebd.
3. Bagger, Hartmut: Die Streitkräfte der Zukunft - Anspruch und Realität, in: ES 4/96, S.12, Hamburg 1996
4. Entsprechend werden die deutschen Interessen in den verteidigungspolitischen Richtlinien von 1992 im Papier »Militärpolitische und militärstrategische Grundlagen und konzeptionelle Grundrichtung der Neugestaltung der Bundeswehr« als Förderung und Absicherung weltweiter politischer, wirtschaftlicher, militärischer und ökologischer Stabilität und Aufrechterhaltung des freien Welthandels und des Zugangs zu strategischen Rohstoffen definiert.
5. vgl. dazu den Artikel »Ökonomie in Mittel- und Osteuropa..« in dieser Ausgabe des AIB.
6. Bagger, Hartmut: a.a.O., S.12
7. Schon Klaus Naumann als Vorgänger Baggers im Amt des Generalinspekteurs meinte, daß nach der Beendigung des Ost-Westkonfliktes »die Gefahr von regionalen Krisen und Konflikten innerhalb und außerhalb Europas, die auch Deutschlands Sicherheit betreffen, zugenommen hat«. (Naumann, Klaus: Die zukünftige Bundeswehr, in: ES 7/95, Hamburg 1995, S.10)
8. Brodersen, Dirk: Konfliktvorbeugung und Krisenbewältigung, in: ES 6/96, S.51, Hamburg 1996 (Brodersen ist als Oberstleutnant Referent im Führungsstab der Streitkräfte der BRD.)
9. ebd.
10. vgl. ebd, S.52
11. Zu den KRK werden insg. 53.600 Soldaten gehören, davon 37.000 des Heeres, 12.300 der Luftwaffe und 4.300 der Marine (vgl. Ludwigs, Michael: Die Krisenreaktionskräfte der Bundeswehr, in: ES 3/96, S.12, Hamburg 1996 - Oberst Michael Ludwigs ist Referatsleiter im Führungsstab der Streitkräfte der BRD.)
12. Schon mit dem Blick des zukünftigen Konkurrenten schauen die deutschen und europäischen Militärs auf die USA, auf das Zusammenspiel von Politik, Militär und Wirtschaft dort und dem riesigen Rüstungsbudget. »Dies erleichtert es den USA, ihren ausgeprägten Willen, die Führungsrolle in der Welt zu erhalten, und auch umzusetzen. Europa sollte dies nicht beklagen, sondern vielmehr zum Anlaß nehmen, die eigene strategische Plazierung in der Hochtechnologiewelt der Zukunft zu verbessern.« (Mey, Holger H.: Technologien für die Luftmacht der Zukunft, in: ES 7/96, S.14, Hamburg 1996
13. ebd., S.18
14. ebd.
15. vgl.Bernhardt, Georg. Schritt für Schritt - Der lange Weg zur Krisenreaktionsfähigkeit, in: ES 6/96, S.10-15, Hamburg 1996 (Generalmajor a.D. Georg Bernhard war stellvertretender kommandierender General im Heeresführungskommando.)

16. Wissenschaftler haben also nicht allein im militärischen »Hardwearbereich« darauf zu achten, wer über die Drittmittelförderung ihre Forschung finanziert, sondern in der Gefahr zu Handlangern der Militärs zu werden stehen auch Sozial- und Gesellschaftswissenschaftler, denn ihr Wissen kann die »Softwear« für die militärische Planung sein.
17. Bagger, Hartmut: a.a.O., S.14
18. Der sicherheitspolitische Berater Boris Jelzins Alexander Lebed gar von einem dritten Weltkrieg redete, der mit einer NATO-Osterweiterung heraufbeschworen würde.
19. vgl. Fechner, Wolfgang: Wir wollen Rußland mit in den Kreis haben, in: ES 3/96, Hamburg 1996, S.7
20. Mit dem Maastricher Vertrag wurde die Westeuropäische Union (WEU) als die militärische Komponente der EU mit neuem Leben gefüllt. Mit ihm wurde eine »Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik« (GASP) der EU-Staaten auf den Weg gebracht, aus der sich die militärische Komponente einer neuen Supermacht Europa unter deutscher Führung entwickeln wird. Den USA ist bereits die Theorie, nach der es eine europäische und eine amerikanische NATO-Säule gebe, suspekt. Der Generalstabschef der USA Shalikashvili meinte entsprechend auf einer Komandeurstagung der Bundeswehr, diese Säulentheorie würde in den USA eher als trennend denn als verbindend aufgefaßt. (vgl. Clement, Rolf: Eine neue Handschrift, in: ES 3/96, Hamburg 1996, S.9)
21. Die EU-Staaten müßten ein Jahrzehnt jährlich 7% ihres Sozialproduktes für Rüstung bereitstellen, was innenpolitisch wohl kaum durchsetztbar sein dürfte. (vgl. Dokumentation des sicherheitspoltischen Hearings der PDS Bundestagsfraktion: »Europäische Friedensarchitektur - aber wie?«, Bonn 1996, S.29) Bedenklich erscheinen uns Tendenzen in dieser Dokumentation, die immer noch eine Auflösung der NATO befürworten. Einer solche Perspektive können wir nur dann Positives abgewinnen, wenn zuvor Deutschland komplett abgerüstet wird. Solange noch ein deutscher Soldat durchs Gelände robbt, möchten wir ihn durch eine starke Organisationen wie die NATO im Zaum gehalten wissen! Deutschland brach zwei Weltkriege vom Zaun und nicht die NATO!

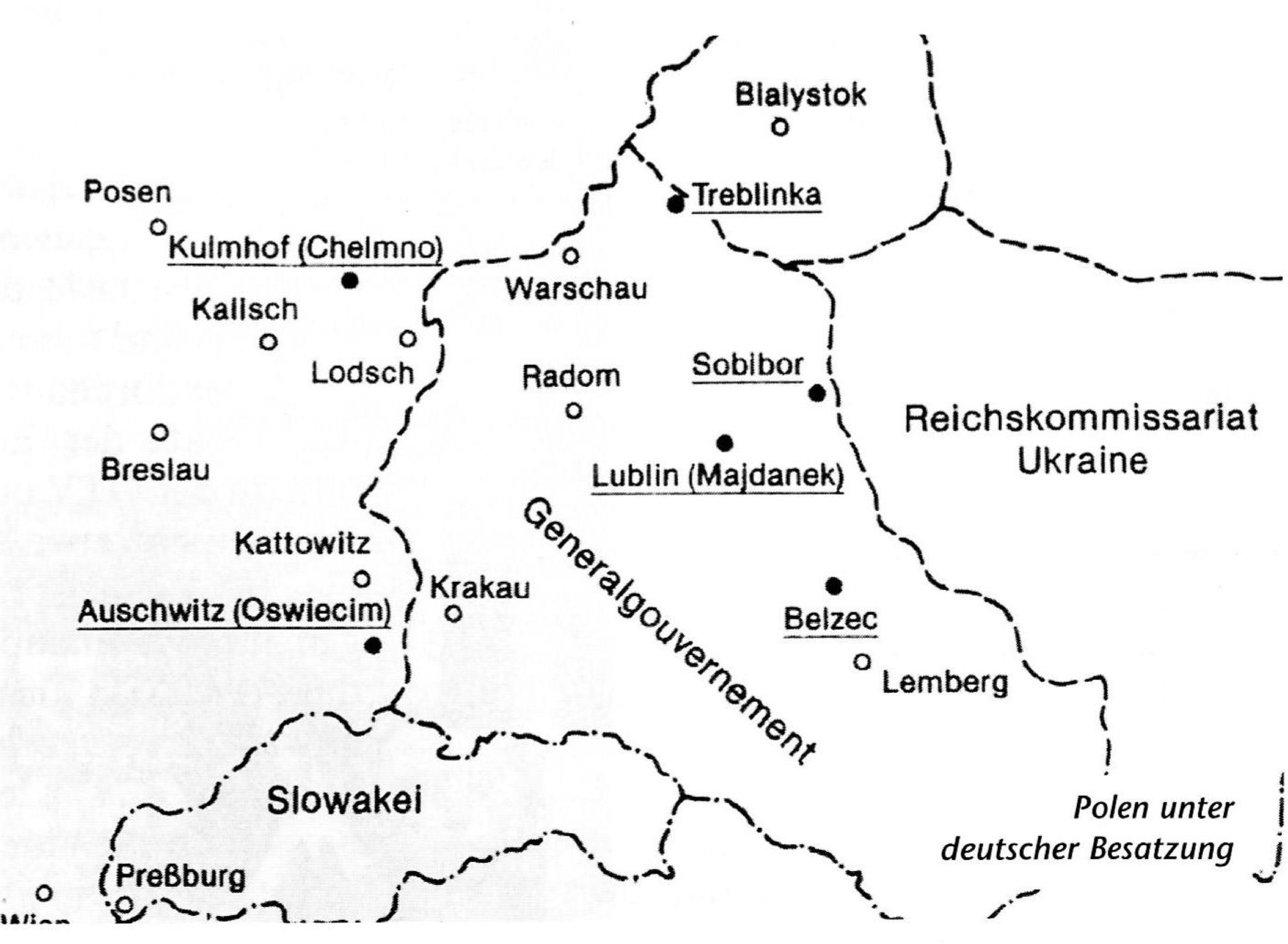
Die Regermanisierung im ehemaligen Schlesien

»Nur nicht unter Gewalt...«

***»Die Oder-Neiße-Grenze bleibt ein Unrecht, solange, bis sie als Grenze überwunden ist«*. Dieser Zielvorstellung des BdV-Vizepräsidenten Latussek sind die Vertriebenenverbände nirgendwo so nahe wie im ehemaligen Schlesien. Die Wühlarbeit von Rechtsextremen und Revanchisten, unterstützt von Millionensubventionen aus Bonn, vermehrt den deutschen Einfluß auf das Gebiet, das der polnischen Souveränität Stück für Stück entzogen wird.**

Der deutschstämmigen Minderheit in Polen gehören nach wissenschaftlichen Angaben 300.000 - 570.000 Menschen an. Der zuständige Staatssekretär WAFFENSCHMIDT, bis 1993 Verwaltungsratsmitglied des »VEREIN FÜR DAS DEUTSCHTUM IM AUSLAND« (VDA), geht in großdeutscher Überheblichkeit von »rd. 1 Mio. Deutschen« in Polen aus.

Mehr als 150.000 Minderheitenangehörige dürften heute im Besitz einer doppelten Staatsbürgerschaft sein. Wer nämlich in den Grenzen des Deutschen Reiches von 1937 siedelte, kann für sich und seine/ihre Nachkommen die deutsche Staatsangehörigkeit feststellen lassen. Diese Regelung hat zur Folge, das das Staatsvolk in den Grenzen von 1937 wächst. Vermehrt werden soll es durch rückkehrende Vertriebene, wenn nämlich Polen der EU beigetreten ist. *»Der europäische Weg«*, so der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende SCHÄUBLE zur schlesischen Landmannschaft auf deren 27. Deutschlandtreffen, *»das ist der Weg zur Rückkehr der rückkehrwilligen Deutschen in ihre Heimat.«*



Zuständig ist das Bundesinnenministerium

In Vertriebenenkreisen hat man daher, ebenso wie in Bonn, die *»Verantwortung für den Wiederaufbau der Heimat«* entdeckt. Durch den deutsch-polnischen Nachbarschaftsvertrag wurde die deutschstämmige Minderheit in Polen - übrigens im Gegensatz zu der polnischstämmigen Minderheit in der Bundesrepublik - mit weitreichenden Minderheitenrechten ausgestattet und eine schlagkräftige Organisation geschaffen. Von der 5%-Klausel befreit, stellen die Deutschstämmigen 4 Abgeordnete im Sejm und einen im Senat, im Regionalparlament von Oppeln sitzen 31 Vertreter und auf kommunaler Ebene gehören der Minderheit allein 31 Bürgermeister und zahlreiche Gemeinde- und Ratsvertreter an. Politische Unterstützung erhalten sie aus dem Bundesinnenministerium, dessen Staatssekretär Waffenschmidt eine rege Reisediplomatie entwickelt hat. Mal werden die Abgeordneten der Minderheit in Bonn beraten, mal fährt Waffenschmidt selbst nach Polen um ihre Forderungen *»mit Nachdruck«* gegenüber der polnischen Regierung geltend zu machen.

Ausgestattet mit Projektgeldern der Bundesregierung, veranstalten Vertriebenenvertreter regelmäßig Seminare oder betreuen die Wirtschaftsobleute der Stiftung für die Entwicklung Schlesiens. Auch Mittel, die zur Einrichtung und Ausstattung der Büros der Deutschen Freundschaftkreise dienen, werden über die Vertriebenenverbände ausgezahlt. Die Minderheitenorganisationen geraten so in die wirtschaftliche und politische Abhängigkeit der Landsmannschaften.

Verantwortlich fühlt sich die Bundesregierung vor allem für das ehemalige Schlesien und Oberschlesien, wo die meisten Angehörigen der Minderheit heute leben. Allein in der Woiwodschaft Oppeln sollen nach Aussagen von Peter BARON vom »VERBAND DER DEUT-



VDA-Werbeflugblatt von 1934

SCHEN SOZIAL-KULTURELLEN GESELLSCHAFTEN IN POLEN« etwa 100.000 Angehörige der Minderheit einen deutschen Pass besitzen. Obwohl es sich um polnisches Staatsgebiet handelt ist auf deutscher Seite ganz überwiegend das Bundesinnenministerium zuständig. Runde 26 Mio. DM jährlich werden vom BMI für Begegnungszentren, Büros, die Restaurierung deutschen Kulturgutes, Wirtschaftsförderung oder Infrastrukturmaßnahmen in Polen ausgegeben. Weitere 6 Mio. DM kommen aus dem Haushalt des Außenministeriums für kulturelle und bildungspolitische Aufgaben im Nachbarland. Durch ein verdecktes Verfahren wird darüberhinaus die polnische Sozialhilfe der »Deutschen« aufgestockt.

Ziel der Fördermaßnahmen ist laut Waffenschmidt, *»der Aufbau einer kulturellen Identität der Minderheit«*. Diese - eigentlich eine konstitutive Vorraussetzung für das Vorhandensein der Minderheit - ist offenbar nicht in gewünschtem Maße vorhanden und so stellt sich immer wieder die Frage inwieweit mit den Geldern aus Bonn überhaupt erst ein Minderheitenbewußtsein geschaffen wird. Denn wer möchte da nicht »Deutsch« sein und am wohltätigen Geldsegen teilhaben. Auch für die Polen in den ehemals deutschen Ostgebieten wird sich früher oder später die Frage stellen, ob die arme Regierung in Warschau oder die reiche aus Bonn besser für sie sorgt.

Allein für informationspolitische Maßnahmen in Polen gibt das BMI daher über 1 Mio. DM aus. Eine eigene Zeitschrift, der »AUSLANDSKURIER SPEZIAL«, wirbt in polnischer und deutscher Sprache für die Fördermaßnahmen der Bundesregierung oder für die Forderungen der Minderheit an die polnische Regierung. Mit dem Besitz von 10 Zeitungen im südwestlichen Polen ist auch die Presse fest in deutscher Hand. Eigentümer ist die rechtslastige Passauer NEUE PRESSE, die auch in den ehemals sudetendeutschen Gebieten Tschechiens engagiert ist. Hans KAPFINGER, dessen Familie wesentlicher Anteilseigner an dem Unternehmen ist, hatte in den 50er/60er Jahren zahlreiche Verbindungen in die rechtsextreme Szene, u.a. auch zu Walter BECHER, Spitzenfunktionär der sudetendeutschen Landsmannschaft und Mitglied des WITIKOBUNDES.

Daheim im Reich

Im ehemaligen Schlesien fühlt man sich derweil wie daheim im Reich. Im Vorstand des DEUTSCHEN FREUNDSCHAFTKREISES BRESLAU wirkte die ehemalige »Republikaner«-Abgeordnete im Europaparlament, Johanna GRUND im Vorstand mit, bis die deutsche Regierung mit dem Entzug der Gelder drohte. Das NPD-nahe »FREUNDSCHAFTS UND HILFSWERK OST E.V.« lieferte Bücher zur Ausstattung von deutschen Bibliotheken oder zum Aufbau der »DEUTSCHEN OBERSCHLESISCHEN JUGEND«. Zur Ausstattung eines Hauses des DEUTSCHEN FREUNDSCHAFTSKREISES MIKULCZYCE besorgte der Altnazi Herbert RASCHKA eine Spende von 380.000,- DM des Möbelkonzerns Steinhoff. Dort machten infolge verschiedene rechtsextreme Gruppen Station, u.a. auch die mittlerweile verbotene »WIKING-JUGEND«. Die ostpreußische Landmannschaft verteilte unter Angehörigen der deutschen Minderheit im nördlichen Polen Landkarten, in denen das ehemalige südliche Ostpreußen mit der Aufschrift »unter polnischer Verwaltung« versehen ist. In Torun brachte ein deutsch-polnisches Gemeinschaftunternehmen einen »historischen« Stadtplan mit Straßenbezeichnungen nach deutschen Nazigrößen heraus.

Bald 30 Mio. Deutsche in Polen

Die großdeutschen Ambitionen von Bundesregierung und Vertriebenen bleiben auch der polnischen Regierung nicht verborgen. »*Wenn das so weitergeht,*« sagte der ehemalige polnische Außenminister BARTOSZEWSKI gegenüber der Zeitschrift Focus, *»dann werden in Polen bald 30 Millionen Deutsche leben. Das liegt nicht im Interesse beider Seiten.«* Doch die Interessen sind recht unterschiedlich. Herbert HUPKA, Chef der schlesischen Landsmannschaft beklagte noch im Oktober 1996, daß 114.000 qkm »*unseres Vaterlandes (...) fremder Souveränität unterstellt*« seien. »*Ein geraubtes Recht*«, so Hupka, »*stirbt nicht mit der Generation der unmittelbar Vertriebenen, sondern ist vererbbares und vererbtes Recht. Es darf nur nicht unter Gewalt in Anspruch genommen werden.*«

Gewalt wird es jedoch nicht brauchen. Mit dem EU-Beitritt Polens und Inkrafttreten der europäischen Freizügigkeit, wird die Oder-Neiße-Grenze sowieso an Bedeutung verlieren und beim Wettlauf darum, wer dann den größeren Einfluß auf die ehemaligen Ostgebiete ausüben kann, hat die Bundesrepublik im ehemaligen Schlesien schon jetzt die Nase vorn.

Das Dilemma der polnischen Politik ist die Abhängigkeit vom Nachbarn im Westen. Polen ist in Osteuropa größter Handelspartner der Bundesrepublik und auch bei den Investitionen steht das deutsche Kapital nach Angaben der Staatlichen Agentur für Ausländische Investitionen seit 1996 an erster Stelle. Ohne die Fürsprache der Bundesrepublik ist z.B. ein EU-Beitritt Polens nicht denkbar. Ausländische Investitionen werden dringend benötigt. Deshalb duldet die polnische Regierung illegale Land- und Immobilienkäufe von Investoren ebenso wie von Vertriebenen. ■

Die Speerspitze des Revanchismus und wie man sie brechen kann

»Die Hinwendung zu Deutschland wird kommen. (...) Ostpreußen wird zum Brückenland und Deutsche sollten dort arbeiten im Entwicklungsdienst, ohne Tropentauglichkeit. Ein neues Preußen wird entstehen, der Eckpfeiler Europas«. (Dr. Strybrny auf dem Heimattag des Goldaper Heimatkreises 1994)



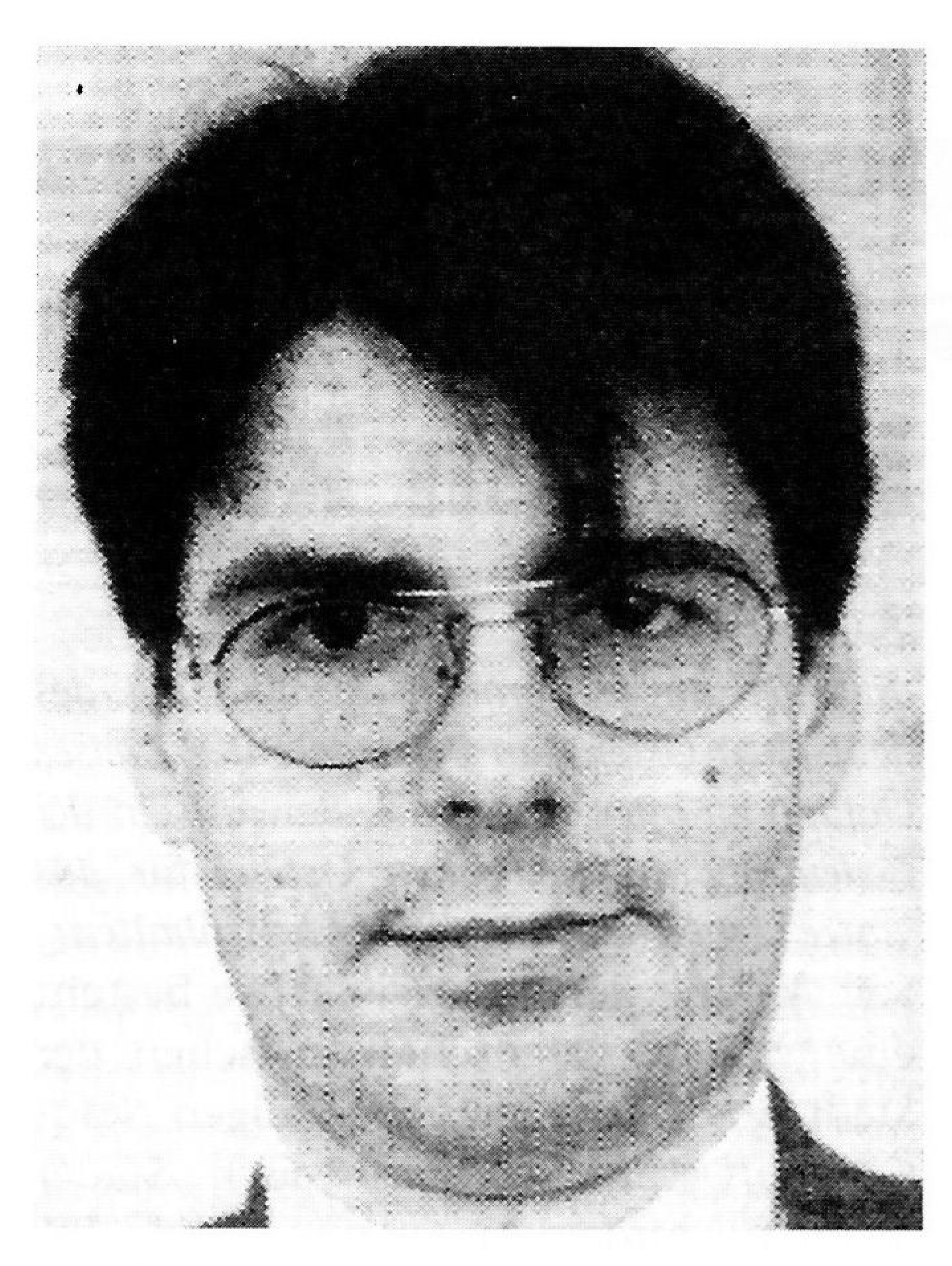
»Die Kreisgemeinschaften sind unsere starke Basis für die Arbeit in der Heimat. Mit ihnen verfügt die LMO (Landsmannschaft Ostpreußen Anm.d.A.) über ein einzigartiges Instrument«. (Wilhlem von Gottberg, Sprecher der LMO)

Weniger auf der »großen« politischen Bühne, als vor Ort, in den sog. »Heimatkreisen« finden sich die konkreten Ansätze der Revanchisten, die auf eine Regermanisierung des Ostens zielen. In ihrem Bestreben scheuen die Revanchisten die Zuammenarbeit mit Neofaschisten nicht, teilen sie doch mit ihnen das gleiche Ziel: Die Ergebnisse der beiden von Deutschland ausgegangenen Weltkriege zu revidieren. In ihrer Arbeit wird den Kreisvertreter von der LMO der Rücken gestärkt. So wurde der in die öffentliche Kritik geratene Vertreter der Kreisgemeinschaft Stephan GRIGAT demonstrativ in den Vorstand der LMO gewählt Im Folgenden dokumentieren wir die Arbeit der VVN-BdA Stade gegen den Heimatkreis der Goldaper, gegenüber dem der Kreis Stade eine Patenschaft übernommen hat.

Jedes Jahr Ende August finden in Stade an der Niederelbe die »Heimattage« der Kreisgemeinschaft Goldap/Ostpreußen e.V. (KG Goldap) mit ca. 500-600 Besuchern statt. Die KG Goldap ist korporatives Mitglied der LANDSMANNSCHAFT OSTPREUßEN (LMO) und nimmt für sich in Anspruch, heutiger Vertreter des ehemaligen Kreises Goldap zu sein. Die KG Goldap hat sich lt. Satzung entsprechende Organe gegeben, wie z.B. »Kreistag« und »Kreisausschuß« und der »Kreisvertreter« ist »Repräsentant des Kreises Goldap und der Kreisgemeinschaft«. Die Mitglieder der KG Goldap (2700 Einzelpersonen und Familien) erhalten sechsmal jährlich die Zeitschrift »HEIMATBRÜCKE«. Die Kreisgemeinschaft ist lt. Satzung »der Zusammenschluß der geflüchteten, vertriebenen und ausgesiedelten deutschen Bürger des Kreises Goldap in Ostpreußen«. Mitglied können auch deren Nachkommen werden. Das Gebiet des ehemaligen Kreises Goldap gehört heute im größeren Teil, mit der Stadt Goldap, zur Republik Polen, ein kleinerer Teil ist heute Teil der russischen Republik. Im Jahre 1952 übernahm der Landkreis Stade eine Patenschaft über den ehemaligen Kreis Goldap. In der Patenschaftsurkunde ist vermerkt: *»Damit bekundet der Patenkreis Stade feierlich den ganz besonderen Willen, das Gefühl der Zusammengehörigkeit mit den Heimatvertriebenen und der angestammtem Bevölkerung des deutschen Ostens, insbesondere des Kreises Goldap zu pflegen und das Bewußtsein der Bedeutung des deutschen Ostens für das ganze deutsche Volk stets wachzuhalten«.* Seit Anfang der sechziger Jahre besteht eine weitere Patenschaft zwischen der Stadt Stade und der ehemaligen Stadt Goldap/Ostpreußen und auch Stader Schulen wurden in entsprechende Patenschaften mit ehemaligen Schulen in Goldap einbezogen.

Die KG Goldap wird jährlich mit Finanzmitteln aus dem Kreis- und Stadteta bedacht (Haushaltsansätze 1996: 2500,— DM bei der Stadt Stade und 5000,— DM beim Landkreis Stade) und bei ihren jährlichen Treffen kann sie auf organisatorische Hilfe von Stadt und Landkreis bauen. Eine Gedenkstätte für den Kreis Goldap in Stade wurde im Jahr 1987 mit insgesamt 230.000,— DM bezuschußt (je 50.000,— DM von Stadt und Landkreis Stade und 130.000,— DM von der Sparkassenstiftung), außerdem existiert in Stade das Patenschafts- museum Goldap in Ostpreußen. Die Patenschaft vom Landkreis Stade zur KG Goldap ist eng mit der Person von Karl von BUCHKA verbunden. Buchka war bis 1932 Landrat im ehemaligen Kreis Kehdingen (heute Teil des Kreises Stade) und hatte diese Position dann ab 1932 im Kreis Goldap. Nach seiner Flucht aus Ostpreußen siedelte er sich erneut im Landkreis Stade an. Er wurde Mitglied der CDU und deren Bezirksvorsitzender, wurde in den Kreistag Stade gewählt und stellv. Landrat. Von 1953-57 gehörte er den Bundestag an. Seine vorherige Mitgliedschaft in der NSDAP (Mitgliedsnummer 16838549) und seine Parteitätigkeit als Obertruppführer beim Stab der SA-Standarte 44 wird bis heute in allen biographischen Vorstellungen über ihn verschwiegen. Der 1960 verstorbene von Buchka wird heute noch als Ehrenmitglied der KG Goldap geführt.

Die KG Goldap hat seit den achtziger Jahren eine systematische Arbeit in der Republik Polen aufgebaut. Schwerpunktmäßig geht es dabei um den Erhalt deutscher Baudenkmäler und um eine Unterstützung der deutschen Vereine. Der Goldaper Kreisvertreter Grigat rühmt sich regelmäßig damit, wie vielen Perso-



Stephan Grigat, Vertreter der Kreisgemeinschaft der Goldaper, CDU-Ratsherr in Detmold und Mitglied des Vorstandes der Landsmannschaft Ostpreußen. Seine Kreisgemeinschaft scheut den Kontakt zu Neofaschisten nicht,

nen er in Polen zu einem deutschen Paß und damit zu einer doppelten Staatsbürgerschaft verholfen hat. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion setzte auch eine umfangreiche Tätigkeit in den heute zu Rußland gehörenden ehemaligen Kreisgebiet Goldap ein. Es werden hier zielgerichtet Rußlanddeutsche unterstützt, die sich in den letzten Jahren dort niedergelassen haben. In der »Heimatbrücke« wurde auch offen für die Unterstützung von deutschen Neofaschisten geworben, die inzwischen dort vor Ort tätig geworden sind.

Auf dem »Heimattag« 1993 in Stade lobte der Vorsitzende der LMO von Gottberg ausdrücklich die Verdienste der KG Goldap bei der Ansiedlung von Rußlanddeutschen und auf dem »Heimattag« 1994 führte lt. »Stader Tageblatt« der Redner Dr. Wolfgang THÜNE folgendes aus: »*Wir Vertriebenen fordern nichts anderes als Artenschutz*«. *Und zum Artenschutz gehöre der Schutz des Lebensraumes, also auch die Rückkehr in die Heimat*«. Die offen revanchistischen Töne auf den letzten »Heimattreffen« führten dazu, daß wir, die Kreisvereinigung Stade der VVN-BdA, uns intensiv mit der KG Goldap und der LMO beschäftigten. Wir werteten mehrere Jahrgänge der »Heimatbrücke« aus, lasen regelmäßig das »OSTPREUßENBLATT« und besorgten uns Publikationen der in der Oblast Kaliningrad, Rußland operierenden deutschen Neofaschisten.

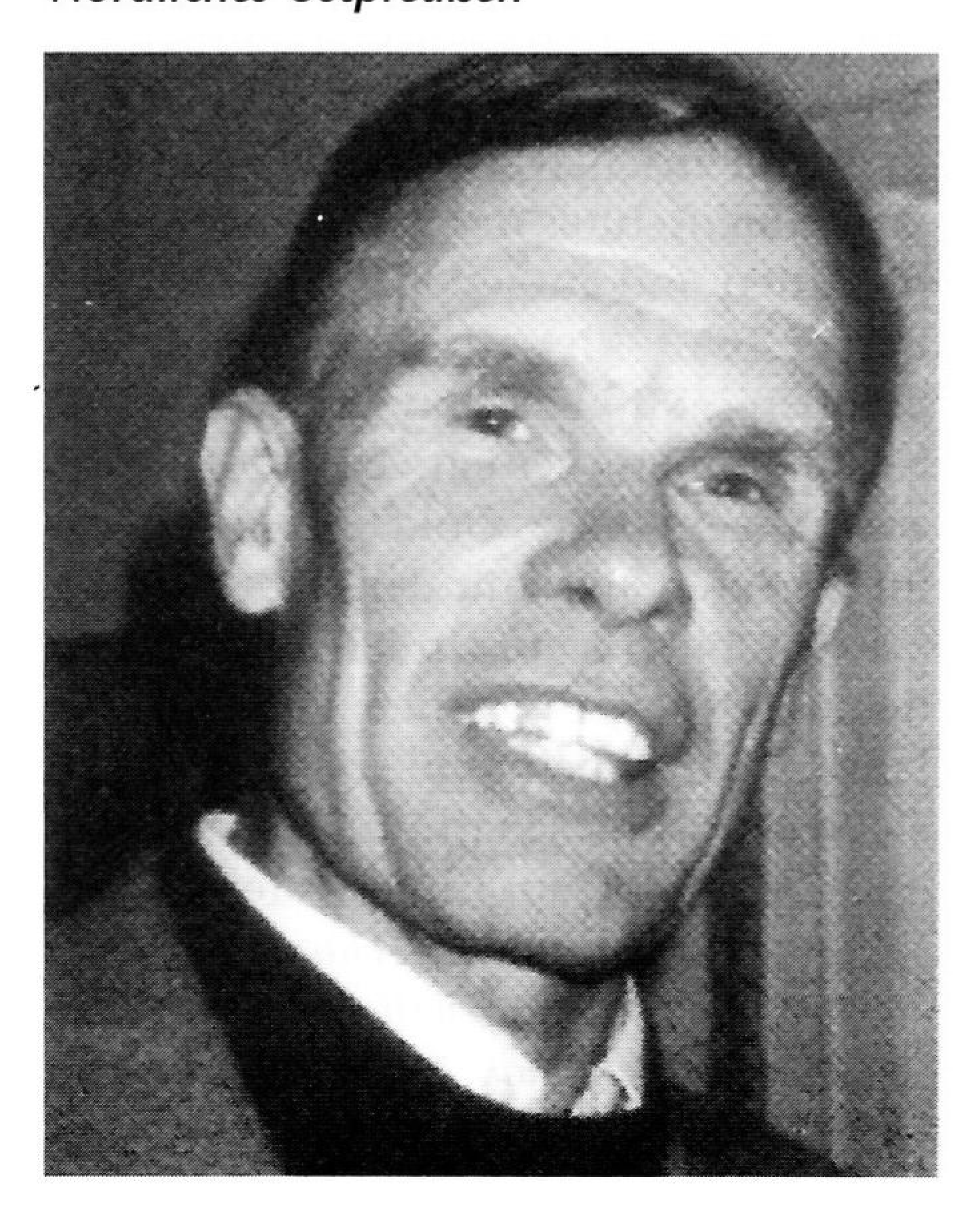
Im Januar 1995 führten wir eine erste Veranstaltung (»Die Jagd nach dem Bernstein«) durch. Im Vorfeld der Heimattage 1995, als Festredner war Dr. Alfred DREGGER angekündigt, erschien eine erste umfangreiche Pressemitteilung von uns, der eine sechsseitige Dokumentation (»Die Rolle der Kreisgemeinschaft Goldap im Zusammenhang mit der 'Regermanisierung' der Region Kaliningrad«) folgte. In der Dokumentation wiesen wir auf die Tätigkeit von Neofaschisten in der Oblast Kaliningrad hin und zeigten auf, wie eng die Tätigkeit der KG Goldap dort mit ihnen verknüpft ist. In der »Heimatbrücke« wurde z.B. offen für H.D. OTTO geworben und auch andere deutsche Neofaschisten fanden löbliche Erwähnung. Die Hilfslieferungen der KG Goldap in die Oblast Kaliningrad wurden z.T. von Personen verteilt, die auch in direktem Kontakt zu Manfred RÖDER und Dietmar MUNIER stehen. Viele Aussagen des »Kreisvertreters« Grigat (Jahrgang 1962), Mitglied der CDU und Ratsherr in Detmold, belegten weiterhin die offen revanchistischen Ansprüche der KG Goldap. Die Großeltern von Grigat haben übrigens schon 1927 (!) Goldap verlassen, und seitdem ist seine Familie in Detmold ansässig. In der Dokumentation wiesen wir ferner auf die derzeitige politische Ausrichtung der LMO hin.

In Stade setzte nach unseren Veröffentlichungen eine breite Berichterstattung in den beiden örtlichen Zeitungen (Tageblatt und Wochenzeitung) ein, die sich kritisch mit der Arbeit der KG Goldap auseinandersetzten. Der dann folgende »Heimattag« der KG Goldap wurde sowohl von der SPD als auch von der Grünen Kreistagsfraktion boykottiert. Lediglich CDU und Kreisverwaltung stellten sich offen vor die KG Goldap und mokierten sich, daß die Angriffe ja nur von einer kommunistisch gelenkten Splittergruppe kommen würden, und man sich deshalb gar nicht damit befassen bräuchte. Die Wochen nach den »Heimattreffen« waren dann begleitet von einer Leserbriefdiskussion in beiden lokalen Zeitungen, in denen die Meinungen aufeinanderprallten. Bis Sommer 1996 beschäftigte sich zweimal in Folge der Kreiskulturausschuß mit der Patenschaft zur KG Goldap. Auf Städtebene fand die Diskussion, unter Ausschluß der Öffentlichkeit, im Verwaltungsauschuß statt. Eine von Bündnis 90/Die Grünen beantragte Diskussion im Kreistag wurde dann mit einem Beschluß zur Beibehaltung der Patenschaft mit der KG Goldap beendet, unter der Vorraussetzung, daß die bestehenden Grenzen nicht in Frage gestellt werden, und daß sich an die bestehenden Verträge gehalten wird. Lediglich die Grünen waren weiterhin geschlossen gegen die Beibehaltung der Patenschaft. Die gesamte Diskussion wurde von unserer VVN-BdA Gruppe mit mehreren Erklärungen und weiteren Material über die revanchistische Tätigkeit der KG Goldap begleitet.

Wir erstellen z.Z. eine umfangreiche Broschüre, die die Geschichte der KG Goldap aufzeigt und ihr politisches agieren. Mehrere Gastbeiträge u.a. über die »Charta der Heimatvertriebenen«, das »Ostpreußenblatt« und die »Junge Landsmannschaft Ostpreußen«, über deutsches Kapitalinteresse in der Oblast Kaliningrad und dort operierende deutsche Neofaschisten werden das Thema abrunden.

Die Auseinandersetzung über das Weiterbestehen der Patenschaft zur KG Goldap wird auch die nächsten Jahre weitergehen, selbst wenn wir es im ersten Anlauf nicht geschafft haben, daß sie aufgelöst wird. Es ist uns aber dennoch gelungen den örtlichen Revanchismus in die Diskussion zu bringen und viele Menschen für das Thema zu sensibilisieren. ■

»Unser Mann in Trakehnen: Hans-Dietrich Otto«, schreibt die Arbeitsgemeinschaft Nördliches Ostpreußen



Die Broschüre und ein umfangreicher Pressespiegel, viele Zeitungen berichteten über die Auseinandersetzung, kann ab Mitte Januar von der: VVN-BdA Stade, Postfach 2105, 21661 Stade bezogen werden (Broschüre 5,— DM, Pressespiegel 7,— DM plus 3,— Porto).

Aussiedler als Manövriermasse

Dieser Artikel soll versuchen einen kommentierten Abriß der Aussiedlerpolitik Deutschlands seit 1945 zu geben. Von der Nichtanerkennung der Oder-Neiße-Grenze, bis hin zur heutigen erneuten Anzweiflung der Grenzziehung durch die Alliierten während der Potsdamer Konferenz 1945.
»Entsprechend den zahlreichen Erklärungen des Bundestages wird das deutsche Volk die sogenannte Oder-Neiße-Grenze niemals anerkennen. (...)«. (Bundeskanzler K.Adenauer 20.Okt. 1953 zur Frage der deutsch-polnischen Grenze bei einer Sitzung des deutschen Bundestages)

Bei der Potsdamer Konferenz im Juli 1945 nahmen die drei Großmächte, Stalin für die UdSSR, Churchill für Großbritannien und Truman für die USA teil. Frankreich erklärte seinen Beitritt zur Potsdamer Konferenz erst einige Wochen später und ist ab September 1945 mit den Potsdamer Beschlüssen verbunden. Bei der Konferenz im Juli 1945 wird die Grenze zwischen Polen und Deutschland festgelegt.

Das Potsdamer Abkommen stellt fest: (...) »*Die Häupter der drei Regierungen stimmen darin überein, daß bis zur endgültigen Festlegung der Westgrenze Polens die früher deutschen Gebiete östlich der Linie, die von der Ostsee unmittelbar westlich von Swinemünde und von dort die Oder entlang bis zur Einmündung der westlichen Neiße und die westliche Neiße entlang bis zur tschechoslowakischen Grenze verläuft, einschließlich des Teiles Ostpreußens, der nicht unter der Verwaltung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken in Übereinstimmung mit den auf dieser Konferenz erzielten Vereinbarungen gestellt wird und einschließlich des Gebietes der früheren Freien Stadt Danzig, unter der Verwaltung des polnischen Staates kommen und in dieser Hinsicht nicht als Teil der sowjetischen Besatzungszone in Deutschland betrachtet werden sollen.*« (17 Juli-02 August 1945 Konferenz in Potsdam und das Potsdamer Abkommen)

Wie Bundeskanzler Adenauer am 20. Oktober 1953 in einer Sitzung des deutschen Bundestages zur Frage der deutsch-polnichen Grenze Stellung bezieht, zeigt einmal mehr, daß die Deutschen nicht daran glaubten und noch heute nicht glauben, daß Deutschland besiegt wurde. Sie nahmen und nehmen sich das Recht heraus, dem ehemals überfallenen und okkupierten Polen wieder Unrecht zu tun, indem ihr Glaube und ihr Recht hart angezweifelt und nicht akzeptiert wurde und wird.

Erst Bundeskanzler Willy Brandt sprach die Anerkennung der Grenze 1970 aus. Dies brachte innenpolitische Differenzen, CDU/CSU und die Vertriebenen Verbände griffen Brandt heftig an. Er wurde in ihren Augen zum Verräter Deutschlands.

Aber anstatt den »Generalangriff der Rechten« mit der einzigen logischen, einzig konsequenten Erklärung zu begegnen: »*Wir sind dabei, die bestehende Grenzen und die DDR völkerrechtlich anzuerkennen, weil allein das der Sicherheit unseres Landes und Europa und dem Frieden dient*« bemüht sich die Bundesregierung, die Reaktionäre aller Schattierungen davon zu überzeugen, daß sie keine andere Politik als die bisherige CDU/CSU Regierung betreibe. (aus Neue Kommentare 12/70)

Inzwischen zweifelt Bundesaußenminister Kinkel die Potsdamer Abkommen an. Eigentlich wundert es ja nicht, da Deutschland seit 1945 den Eindruck von sich selber als Kapitulationsmacht hat. Das bedeutet die Kapitulation als Stärke zu differenzieren und somit nicht den Krieg verloren zu haben. Dem gegenüber darf die BRD anderen Ländern wie z.B. der ehemaligen DDR ihre Siegerposition auskosten und jeden verurteilen.

Dank der einmaligen Unterstützung der USA, die Deutschland dazu verholfen hat, schnell wieder Fuß zu fassen auf dem kapitalistischen Weltmarkt. So kam die BRD wieder zu einer finanziellen kapitalistischen Vorherrschaft gegenüber den ehemaligen Ostblockstaaten.

Die Aussiedlung

Die Potsdamer Konferenz erzielte weiterhin im August 1945 ein Abkommen über die Ausweisung der deutschen Bevölkerung aus den ehemaligen deutsche besetzten Gebieten. »*Die drei Regierungen haben die Frage unter allen Gesichtspunkten beraten und erkennen an, daß die Überführung der deutschen Bevölkerung oder Bestandteile derselben, die in Polen, Tschechoslowakei und Ungarn zurückgeblieben sind, nach Deutschland durchgeführt werden muß. Sie stimmen darüber überein, daß jede derartige Überführung, die stattfinden wird, in ordnungsgemäßer und humaner Weise erfolgen soll*«

Nach Jahrelanger Unterdrückung und Ermordung durch die deutschen Besatzer und den persönlichen Erfahrungen, gab es einen großen Haß auf Deutsche und alles was deutsch war. So kam es bei den Aussiedlungen von Deutschen aus den ehemaligen besetzten Gebiete teilweise dazu, daß die Aussiedlungen nicht nur human und ordnungsgemäß abliefen. Dies vor allem nach direktem Kriegsende. Viele haben erst nach Kriegsende realisiert - da sie an der Front, bei den Partisanen oder im KZ waren - daß ihre Familien von den deutschen Besatzern gefoltert und ermordet wurden. Später wurde versucht, solche inhumanen Vorfälle zu vermeiden und nach den »Tätern« zu fahnden. Da es kaum möglich war, Soldaten einzusetzen die nicht persönlich betroffen waren, wurden harte Strafen eingeführt. Trotzdem kam es immer wieder zu Überfällen auf die Auszusiedelnden.

Die Aussiedlung sollte als ein eigener Schutz der ehemaligen deutsch besetzten Länder gesehen werden. Dies sollte vor einem erneuten Versuch Deutschlands, seine Grenzen zu erweitern, schützen. Weiterhin sollte es verhindern, daß die vor Ort lebenden Deutschen als Manövriermasse benutzt werden können. Wobei natürlich die vor Ort gebliebenen Auslandsdeutschen eine gute Grundlage bilden würden. So wie es sich übrigens heute auch zeigt. Vielleicht war es der Fehler, daß die Alliierten damals zu rücksichtsvoll mit den Deutschen waren und die Aussiedlung stoppten, weil Deutschland nach dem Krieg überfordert war. »*Die 'Tschechoslowakische Regierung', die polnische provisorische Regierung und der Alliierten Kontrollrat in Ungarn werden Gleichzeitig von obigen in Kenntnis gesetzt und ersucht werden, inzwischen weitere Ausweisungen der deutschen Bevölkerung einzustellen, bis die betroffenen Regierungen die Berichte ihrer Vertreter an dem Kontrollausschuß geprüft haben.*« (August 1945 Potsdamer Konferenz)

So wurde den Deutschen die Möglichkeit gelassen, ihre alte Blut- und Boden-Politik wieder aufzunehmen. Dadurch ist heute möglich, wovor die ehemaligen deutsch besetzten Länder am meisten Angst hatten. Es entsteht inzwischen der Eindruck, daß die Politik Deutschlands im Zusammenhang mit den Auslandsdeutschen erneut den Großdeutschen Wahn nach dem Motto »Heute gehört uns Deutschland morgen

III / 198?

Deutscher Ostdienst

Informationen des Bundes der Vertriebenen · Vereinigte Landsmannschaften

Aus der Geschichte lernen

Die Bürde von Vertreibung und Teilung bleibt

Flucht und Vertreibung der Deut- ·hen aus ihrer Heimat am Ende des ... ·ieges und in der dar- d i e ... ganze Welt« erliegt.

Das, was die Vertriebenenverbände nie allein geschafft hätten, ging und geht Hand in Hand mit der BRD-Regierung. Ein Glück für beide, daß das Interesse an ein »Großdeutsches Reich« noch immer vorhanden ist. Glücklicherweise braucht es keine militärischen Aufrüstung dafür, sondern die finanzielle und kapitalistische Kapazitäten Deutschlands reichen aus, um die abgewirtschafteten Länder des ehemaligen Ostblocks aufzukaufen.

Anfang der 80er Jahren wurde viel über die Auslandsdeutschen, vor allem den Rußlanddeutschen berichtet. Damit begann eine neue Welle der Solidarisierung mit ihnen, die unter solchen schlechten Bedingungen in den Ländern der zweiten Welt leben mußten. Eine Welle die zur Flut wurde, und so einerseits eine neue nationale deutsche Identifizierung mit sich brachte und gleichzeitig eine Überforderung an die Solidarität des deutschen Volkes war. Es paßte gut zusammen, im realexistierenden Sozialismus sind Risse entstanden, in Polen wurde der Kriegszustand ausgerufen, in Rußland machten die Rußlanddeutschen mobil. Es war eine Zeit, wo die Aussiedlung neu und überall wieder behandelt wurde, egal ob in Bild, Ton oder Film. Mit dem Mauerfall und damit mit den totalen Zusammenbruch des Ostblocks war das Interesse der Regierung reduziert gegenüber den Auslandsdeutschen. Jetzt mußte die ehemalige DDR übernommen werden, dies schnell bevor die Deutschen der Demokratischen Republik wieder selbständig denken können. Es ist auch klar, daß die Solidarität Grenzen hat, und soziale Unzufriedenheit die Folge wäre.

Die Vertriebenenverbände bekamen Zulauf, viele fanden ihre schlesischen oder pommersche Wurzeln wieder. Die Vertriebenen aus der ehemaligen DDR erlebten ihre Vertreibung nun doppelt

schen Neuanfangs gegeben ha rer Charta feierlich auf Rac Vergeltung verzichtet und ihre U stützung zur Schaffung eines gee ... Damit war

stark. Das sie vertriebener wurden als die Vertriebenen schon sind. Daher ist es auch kein Zufall, wenn bedacht wird, daß den Auslandsdeutschen nahegelegt wird, wie deutsch sie sind, daß sie sich den Vertriebenen die sich ja auch um sie kümmern anschließen. Auch sehr naheliegend, wenn diese Leute sich in Vertriebenen Verbänden organisieren. So sind zwei Fliegen mit einer Klappe geschlagen. Die Vertriebenen bekommen Zulauf, womit die Wichtigkeit ihrer eigenen Heimat wieder aktueller und Ausdrucksstarker wird. Auch durch die Möglichkeit sich zur Vertreibung zu bekennen, also ein sogenannter bekennender Vertriebener, wird der Kreis der Vertriebenen größer und junger. Der zweite Punkt findet sich hier auch wieder, daß Interesse an ein großdeutsches Reich.

Am 5. August 1950 in Stuttgart haben sich deutsche Heimatvertriebene eine Charta gegeben, die ihr Recht auf Heimat versucht festzulegen. Sie bekennen sich zu einem freien Europa und erklären einen offiziellen Gewaltverzicht. Gleichzeitig fordern sie von allen: *»Die Völker müssen erkennen, daß das Schicksal der deutschen Heimatvertriebenen, als der vom Leid dieser Zeit am schwersten Betroffenen empfinden. Die Völker sollen handeln, wie es ihren christlichen Pflichten und Gewissen entspricht.«*

Ist es nicht dreist, wenn bedacht wird, daß es noch immer Menschen gibt die unter den Nazis verfolgt wurden und heute von der BRD-Regierung noch immer nicht anerkannt werden? Diese Verhandlungen in und um Tschechien, die den Anspruch haben nur in Einvernehmen mit einem nationalen Minderheitenschutz für Deutsche die tschechischen Nazi-Verfolgten anzuerkennen. So etwas kann sich nur eine Regierungen erlauben die sich ihrer Macht, ob militärisch, finanziell oder auch politisch, sicher ist.

Die Auslandsdeutschen

Die Auslandsdeutschen mußten erstmals nachweisen, daß sie wirklich Deutsche sind.In Deutschland zählt noch immer das Blutsrecht. Blut ist in Deutschland dicker als Wein, darum ist man noch immer deutsch, auch wenn Generationen dazwischen liegen. So wird logischerweise die deutsche Nation immer größer, statt wie die Statistik weismachen will, daß die Deutschen aussterben. Das Blut der Auslandsdeutschen wurde erst dünner, als sich zeigte, daß die Regierung sich und die soziale Situation in Deutschland falsch eingeschätzt haben. So wurde es, für die Auslandsdeutschen schwieriger die nötigen Papiere zu bekommen, um nach Deutschland zu kommen. Der Sprachkurs, der früher beim Deutschsein mit inbegriffen war, muß heute vor Ort, also im Ausland stattfinden. Dafür richtet die Bundesregierung und verschiedene Vertriebenen Verbände vor Ort Schulen und Kulturzentren fürs Deutschtum ein. Was einerseits die Auslandsdeutschen befriedigt, denn sie können nun auch deutsch leben vor Ort. Es erfreut auch Vertriebene und Regierung, denn je deutscher das Ausland, desto größer wird der Anspruch an Raum für das deutsche Volk. Natürlich ist auch die wirtschaftliche Lage der Länder im Ostblock nicht zu übersehen, die Arbeitslosigkeit steigt, das Nettoeinkommen sinkt. Viele soziale Absicherungen, wie Kindergartenplätze, die im real existierendem Sozialismus normal waren, sind durch den Kapitalismus zunichte gemacht worden. Wo früher vor den Läden wegen rarem Warenangebot lange Schlangen waren, gibt es heute ein riesiges Warenangebot, nur kann es sich kaum jemand leisten. Es paßt daher, daß Deutschland sich als einer der größeren Investoren im nahen Ostblock breit macht. Auf Grund seiner wirtschaftlichen und politischen Macht gegenüber den Ostblockstaaten, versucht Deutschland auch seine Bodenpoltik durchzusetzen und die Auslandsdeutschen als Minderheit anerkennen zu lassen und eine Entschädigung zu fordern.

1991 hat Polen mit Deutschland ein Abkommen getroffen ,in dem den in Polen lebenden »Deutschen« der Status

einer nationale Minderheit zugebilligt wird. Genau wie den in Deutschland lebenden Polen Schutz seitens der deutschen Behörden garantier wird. Allerdings hat sich bis jetzt nur die polnische Seite an das Abkommen gehalten. In Polen gibt es Deutschunterricht in den Schulen und speziell für nachgeborene Minderheiten. In verschiedenen Gebieten findet der Gottesdienst in deutscher Sprache statt, weiterhin gibt es für die Minderheit Möglichkeiten, die nicht mehr vorhandene deutsche Kultur wieder aufleben zulassen. Im polnischen Seijm (Parlament) sind vier Mandate durch die deutsche Minderheit vertreten, wieviele sind im deutschen Parlament von in Deutschland lebenden Minderheiten vertreten? Wie Marganski, stellvertretender Direktor der Europaabteilung im polnischen Außenministerium, schon feststellte, stellen die über zwei Millionen lebenden Polen in Deutschland keine Minderheit dar und haben daher wenig bis gar keine Möglichkeiten, ihre eigenen Interessen zu vertreten.

Ein dazu passendes Verhalten der deutschen Seite ist der Vorfall vom Sommer 1995, in einer Grenzstadt. Es wurden auf der polnischen Seite verschiedene Werbeangebote für einen lukrativen Nebenerwerb ausgehangen, wobei eine deutsche Adresse angegeben war. Die Arbeitsuchenden aus Polen kamen und wurden an der angegebenen Adresse von der deutsche Polizei erwartete. Die deutsche Polizei hielt ca. 200 Polen mehrere Stunden bei starker Hitze und ohne Toilette in einer Halle fest. In den Pässen der polnischen Nebenjobsucher wurde ein Vermerk wegen Schwarzarbeit in Deutschland gemacht. Dies erschwert beim nächsten Versuch die Einreise nach Deutschland und andere europäischen Ländern. Dieser Vorfall wurde nur bekannt da einige betroffenen Polen, auf Grund der Behandlung deutscher Polizei und des Vermerkes, Beschwerden einlegten.

Die Auslandsdeutschen sollen in den anderen Ländern als nationale Minderheit anerkannt werden. Welche Minderheit werden in Deutschland anerkannt? Kann es so stimmen wenn in Tschechien die Nazi-Verfolgten nur anerkannt und entschädigt werden, wenn Tschechien die Auslandsdeutschen anerkennt und ihnen ihr angebliches Land wieder gibt? Geht es mit Recht zu wenn Nazi-Verfolgte noch heute um ihr Recht auf Anerkennung kämpfen müssen, derweil die Aussiedler von der Regierung seit Jahren Unterstützung bekommen? Wie kommt es das ein besiegtes Land, sich so als Sieger aufspielen kann? ■

Ökonomische Ost-Expansion des deutschen Kapitals

Zwei grundsätzliche Vorbemerkungen oder Thesen:
1. Nach dem Zusammenbruch der Ökonomien Osteuropas wird demonstriert, daß die vorherrschende Form des Wirtschaftens am Ende ist. Das sind Wirtschaftssysteme nämlich immer dann, wenn sie die sie prägende Form der Ausbeutung nicht mehr verallgemeinern können. Das auf Privateigentum an Produktionsmitteln basierende Wirtschaftssystem kann das offenkundig in Osteuropa nicht mehr. Es gibt dort keinen »normal« funktionierenden Kapitalismus. Der dort einmal erreichte Grad der Vergesellschaftung kann ganz offenkundig nicht einfach zurückgefahren werden. Das Ergebnis ist nicht normaler Kapitalismus, sondern Raub, mafiose Strukturen, Massenhunger, Barbarei. (Im Ergebnis des 2. Weltkriegs war in der SU das sogenannte Bruttoinlandsprodukt um 34% zurückgegangen. Zwischen 1992 und 1995 ging es um 43% zurück.) Mehr noch. Ich sage: angesichts der Überakkumulation in der Welt besteht durchaus eine Absicht der entwickelten kapitalistischen Länder, die Ökonomien Osteuropas zu zerstören.
2. Was die BRD anlangt, investiert sie in der Tradition eines Landes, das nie nennenswerte Kolonien besaß, hauptsächlich in den hochentwickelten kapitalistischen Ländern. »Von der Zunahme des deutschen Unternehmensvermögens im Ausland entfielen 78% auf die Industrieregionen Westeuropas und Nordamerikas.«

Daß Osteuropa der vorgegebene Raum für die wirtschaftliche Expansion des größer gewordenen Deutschland sei, ist hierzulande geradezu ein Volksvorurteil. Die Vorstellung auch bei den Kritikern deutschen Expansionismus ist: die Bundesrepublik pumpt Kapital nach Ungarn, Polen, in die Tschechische und die Slowakische Republik. Gefährlich im Sinne sich kriegerisch zuspitzender Konflikte wird es, wenn zur Absicherung deutscher Dominanz östlich von Oder und Neiße gegen die Begehrlichkeit der Konkurrenz andere als ökonomische Mittel eingesetzt werden, nämlich politische und militärische. Dem Kaufmann, denkt man, folgt die Flagge.

Dieses Bild mag eine zutreffende Beschreibung von Kolonialpolitik Anfang dieses Jahrhunderts sein. Dem, was in Osteuropa Ende des 20. Jahrhunderts vor sich geht, entspricht es nicht. Es ist illusionenfördernd. Die Wirklichkeit ist brisanter und gefährlicher. Die Flagge geht voran, der Kaufmann folgt zögernd oder gar nicht.

Zunächst: das Bild einer reichen BRD, deren Industrielle und Banken Milliarden von D-Mark in die osteuropäischen Länder pumpen, Fabriken um Fabriken aufkaufen und so diese Region zwar zu einer Billiglohn-Kolonie machen, aber doch auch auf den kapitalistischen Entwicklungsweg bringen, ist falsch. Die deutschen Direktinvestitionen in diesen Ländern (wie übrigens auch die anderer westlicher Industriestaaten) sind gering. Es ist sehr schwierig, exakte Zahlen etwa zu ausländischen Direktinvestitionen zu erhalten, und die Angaben schwanken je nach Publikation erheblich. Aber es läßt sich doch folgendes Bild erstellen:

Zwischen 1990 und 1994 aus dem Ausland in Osteuropa maximal 23 Mrd. US-Dollar investiert. 1993 in Osteuropa



pro Kopf der Bevölkerung 52 Dollar investiert, also weniger als in Portugal, Griechenland, Türkei oder Irland. Zwischen 2,7 und 8 Mrd. - je nach Quelle - stammen aus der BRD. Das ist wenig, wenn man vergleicht: Deutsche Unternehmensvermögen im Ausland allein 1992 und 93 um 57 Mrd. DM gewachsen. Das gesamte bundesdeutsche Auslandsvermögen beläuft sich auf 340 Mrd. DM.

Nach wenigen Jahren angeblich freier Marktwirtschaft in den ehemals sozialistischen Ländern sind die deutschen Investitionen dort bereits wieder rückläufig. Gleich nach 1989 preschten die deutschen Konzerne vor. Bis 1992 steigen ihre Investitionen in Osteuropa, sie machen etwa in der Tschechoslowakei 1991 70 Prozent aller Auslandsinvestitionen aus. Im Durchschnitt der Jahre 1989 bis 1992 stellt die BRD in diesem Land 39,9 Prozent aller Auslandsinvestitionen, gefolgt von den USA mit 21,1 Prozent und Frankreich mit 14,6 Prozent. Ab 1992 jedoch geht das deutsche Engagement spürbar zurück. Im ersten Quartal 1993 bereits lag die BRD mit 4,7 Prozent aller Auslandsinvestitionen in der Tschechischen Republik (inzwischen war das Land gespalten) deutlich hinter den USA (70,3 Prozent) und Frankreich (5,7 Prozent). Auch 1994 erfolgten keine nennenswerten Kapitaltransfers mehr. (Im Gegenteil: bereits zugesagte Investitionen werden wieder gestrichen, z.B. von VW). Dennoch lag 1994 die BRD wieder an der Spitze, mit 400-600 Mio. Dollar, aber bei so kleinen Größenordnungen sagen solche Verschiebungen nicht viel. (Allein das VW-Engagement bei Skoda macht von den insgesamt 1,2 Mrd. Dollar deutschen Investitionen in CR rd. 577 Mio. Dollar aus.)

In anderen Ländern Osteuropas ist die Entwicklung ähnlich: In Ungarn investieren die USA mehr als die BRD, in Rumänien liegt die BRD erst an vierter Stelle hinter Italien, den USA und den Niederlanden, in Polen war 1992 der Hauptinvestor ebenfalls nicht deutsches, sondern italienisches Kapital. (Neuere Vergleichszahlen habe ich nicht, zeigt aber: Kaufen tut die BRD Osteuropa mit Sicherheit nicht.)

Ist osteuropäische Angst vor Großdeutschland also unbegründet? Ist Europas Furcht vor einem Deutschland, das von »Mitteleuropa« aus sich den Kontinent unterwirft, angesichts solcher Zahlen und Entwicklungen fehl am Platz? Ganz im Gegenteil! Solche Entwicklung kann allein deswegen nicht »beruhigen«, weil sie historisch nicht neu ist: der relative Anteil des deutschen Kapitals in der Tschechoslowakei war zwischen 1929 und dem Münchner Abkommen ebenfalls laufend zurückgegangen, bis ihn die Okkupation durch die Hitlerarmeen wieder in die Höhe trieb.



In einer Welt, in der der Umsatz von General Motors größer ist als das Bruttoinlandsprodukt von Norwegen, haben die großen Monopole derartige Überkapazitäten an produktivem Kapital angelegt, daß die zahlungsfähige Nachfrage der ganzen Welt nicht ausreicht, sie auszulasten und profitabel zu verwerten. Der Vorstandsvorsitzende der BASF hat das vor kurzem ausgesprochen: das Bedarfswachstum in der Welt sei klein, ausreichende Kapazitäten seien vorhanden, und die BASF sei eher auf Rationalisierung als auf Ausbau eingestellt. Man werde deswegen in Osteuropa zwar zu verkaufen suchen, aber keine Produktionsstätten aufbauen. Ähnlich argumentierte gegenüber der Prager Zeitung der Siemens-Chef in der Tschechischen Republik, nicht ohne hinzuzufügen, daß etwa in der Produktion der modernen Telekommunikation der Lohnanteil derart gering sei, daß der Vorteil tschechischer Hungerlöhne angesichts der Kosten eines Transfers des fixen Kapitals in die tschechische Republik nicht ins Gewicht falle. Der »Vorteil« der Länder Osteuropas aber, nämlich die niedrigen Löhne, heißt gleichzeitig auch: die Leute können nichts kaufen. (Vergessen wir nicht: zwischen 1989 und 1993 büßten diese Länder 70 Prozent ihrer Wirtschaftskraft ein, im Außenhandel haben sie alle zusammen einen Marktanteil in Europa wie etwa Schweden, ihre Wirtschaftsleistung beträgt zwischen 30 und 47% des EU-Durchschnitts, nachdem 1988 etwa die CR auf dem Niveau von GB oder Italien gestanden hatte, das Pro-Kopf-Einkommen in Osteuropa ist seit 1990 stetig gesunken, in Rußland ist jeder vierte Bürger offiziell arm - diese Länder sind also Armenhäuser!) Es liest sich ganz imposant, wenn festgestellt wird, daß die BRD 36% des OECD-Außenhandels mit Osteuropa und rund 50% des EU-Außenhandels mit Osteuropa bestreitet. Das sind aber immer noch erst 8% des bundesdeutschen Außenhandels, und viel weniger waren es auch 1989 nicht! (En detail: nur 3% des dt. Autoexports gehen nach Osteuropa.) Warum also in solchen Ländern investieren? Es gibt kein kapitalistisches Mittel, in diesen Ländern einen blühenden Kapitalismus zu installieren (zwischen 60 und 70 Prozent aller joint ventures in Osteuropa sind konkursreif, in Rußland über 90 Prozent)..

Das erklärt die relativ geringen Investitionen. Wo das dicke Geld nach Osteuropa geht: Kohl prahlt mit 145 Mrd. für Rußland und vergißt zu erwähnen, daß dies vor allem Kredite sind, die das Land politisch strangulieren sollen. So versucht die BRD bis heute, die Außenstände der DDR (Transferrubel für 27,6 Mrd. DM) einzutreiben.

Aber selbstverständlich will und braucht man die vorherrschende Stellung in Osteuropa. Gerade in dieser Lage erstehen alle alten, reaktionären und revanchistischen Konzepte eines »deutschen Mitteleuropa« wieder auf. Gerade in dieser Lage weiß man, daß man es ohne einen deutsch dominierten und gesicherten Großraum Mitteleuropa schwer haben wird, führende Macht in Europa zu sein und den USA und Japan Paroli zu bieten. Nur eine Großraumwirtschaft, wie sie die Nazis herstellten, bietet Gewähr für eine noch einigermaßen taugliche Ausgangsposition im Kampf um die Weltherrschaft. Da sich der Bonner Staat diese Position weder kaufen kann noch will, versucht er sie mit anderen Mitteln zu erobern, und diese Mittel sind nicht friedlicher, sondern aggressiver und kriegstreiberischer als jeder ökonomische »Einmarsch« nach Osteuropa es sein könnte.

Hier ist nicht der Ort, auf die außerökonomischen Maßnahmen der Durchdringung Osteuropas durch die BRD

hinzuweisen. Ich erinnere nur daran, daß bundesdeutsche Währungspolitik ohne Kapitaleinsatz weitestgehenden Einfluß auf osteuropäische Ökonomien ermöglicht: die estnische Kroon ist ganz an die DM als Leitwährung gebunden, die tschechische Krone zu 65 Prozent (zu 35 Prozent an den Dollar) und im August 1993 hat Ungarn den ECU als Leitwährung durch die DM ausgetauscht. Und natürlich beginnt die Vermischung von Politik und Ökonomik schon »weiter unten«. VW läßt sich Steuerfreiheit in der CR geben, und wälzt das gesamte unternehmerische Risiko seiner Beteiligung an Skoda Pilsen auf den tschechischen Staat ab. Heidelberger Zement, die 50% der tschechischen Zementproduktion kontrollieren, läßt die tschechischen Umweltschützer auf die Liste der extremistischen Organisationen setzen.

Wenn der deutsche Kapitalexport nach Osteuropa relativ gering ist, so zeigt er sich unter den oben genannten Bedingungen doch als wichtig. Zum einen, weil sich die geschilderten politischen Maßnahmen mit ihm verflechten und beide Stränge der Expansion sich gegenseitig stützen. Zum anderen, weil die Untersuchung seiner Struktur unter diesen Umständen besonders aufschlußreich ist.

In welche Bereiche wird deutsches Kapital in Osteuropa gelenkt? Das sind ganz zentrale Bereiche für den Kriegsfall. Zum einen die Energieversorgung. Die »Frankfurter Allgemeine Zeitung« erklärte, die Sicherung von Energie aus Osteuropa werde einen Aufwand »wie im Kalten Krieg« erfordern. Durch die geplante Pipeline zwischen der Tschechischen Republik und Bayern wird die bisherige Abhängigkeit der ersteren von der russischen Pipeline »Druschba« (Freundschaft) gebrochen. (Nebenbei wird die CR dabei erpreßt: der bayerische Ministerpräsident Stoiber machte den Bau der Erdölleitung von der Rückgabe sudetendeutschen Eigentums abhängig.) BASF plant mit Gazprom die Zusammenarbeit beim Bau neuer Erdgasleitungen. Wintershall (BASF-Tochter) ist inzwischen größter westlicher Abnehmer von Erdgas bei Gazprom. Es hat sich faktisch die alleinige Kontrolle über das in naher Zukunft interessante Jamal-Erdgas gesichert. Die Deutsche Bank ist vor Ort im Baltikum, seit dort ein Weg in Sicht ist, die Erdölreserven vor der baltischen Küste abzubauen. Die Bayernwerke - einer der größten westdeutschen Stromlieferanten - nützt die »Zusammenarbeit« mit der Tschechischen Republik, von dieser billigen Atomstrom zu erhalten, die Entsorgung des strahlenden Mülls aber Angelegenheit der Tschechen sein zu lassen. Siemens scheint dabei erfolgreich, über ein umfassendes Sanierungskonzept die Kontrolle über die Stromproduktion der Ukraine zu bekommen.

Ein weiterer Schwerpunkt ist die Verkehrstechnik. Das westdeutsche Verkehrsministerium hatte weitere Ostexpansion vorweggenommen und errechnet, daß der Verkehr nach Osteuropa bis zum Jahr 2010 um das 25fache steigen würde (der in Nord-Süd-Richtung aber nur um das 1,8fache). Deutsche Konzerne stiegen nicht nur in den Bau von Rollbahnen gegen Osten ein (»Hanse-Autobahn« von Hamburg durch das Baltikum nach Leningrad sowie beim projektierten »Korridor« - das Ding heißt wirklich so - der Bahnstrecke Berlin-Moskau, die auf 1108 Kilometern Länge Ballungsräume mit 20 Mio. Menschen verbinden wird), sondern auch gezielt in den Ankauf von osteuropäischer Verkehrstechnik, wie sie auch für militärische Zwecke nutzbar ist: AEG und Siemens in der Tschechischen Republik (Skoda, CKD), Mercedes bei den tschechischen Lastwagenbauern Avia und Liaz. Eine geplante Übernahme des polnischen Traktorenwerks Ursus durch Mercedes scheiterte am Widerstand der Arbeiter, die lieber erwerbslos sein wollten als den Deutschen das Werk zu überlassen.

Ein dritter kriegswichtiger Bereich: die Telekommunikation, die inzwischen in Osteuropa fest in deutscher Hand ist. Mit der Beteiligung an TESLA in Karlin bei Prag revidiert Siemens ein weiteres Ergebnis des zweiten Weltkriegs und holt sich eine in den 20er Jahren gegründete Telekommunikationsfirma zurück. Im größten Privatisierungsfall Osteuropas eigneten sich 1993 die Deutsche Telekom, Bosch und die Deutsche Aerospace den ungarischen Telefonkonzern Matav an; Matav soll durch die Herstellung von Glasfaser- und Satellitenverbindungen zwischen Frankfurt am Main, Warschau, Prag, Bratislava und Budapest zum größten Telekommunikationsnetz Osteuropas und zu einem Knotenpunkt zwischen Ost- und Südosteuropa ausgebaut werden - womit Bonn von Albanien bis Rußland mithört. Unter Zuhilfenahme österreichischer Tochterfirmen hatte sich Siemens bereits vorher die Modernisierung sowohl des tschechischen als auch des ungarischen Fernmeldenetzes gesichert.

Nicht zuletzt: die »öffentliche Meinung«. Die Eroberung der osteuropäischen Presse durch bundesdeutsche Zeitungsverlage hat begonnen und wird mit Sicherheit weitergehen. Die spektakulärsten Fälle: der Aufkauf nahezu der gesamten tschechischen Regionalpresse (47 Zeitungen) durch den ultrarechten bayerischen Verlag der »Passauer Neuen Presse« und die Aneignung der meistgelesenen ungarischen Zeitung Nepszabadság durch Bertelsmann. Soeben hat der Verlag der Rheinischen Post, Düsseldorf, die Aktienmehrheit an der auflagenstärksten tschechischen Tageszeitung Mlada Fronta Dnes erworben, während die »Passauer Neue Presse« nach Polen weiterzieht und dort inzwischen jede Woche 2,6 Millionen Leser mit ihrer revanchistischen und ultrareaktionären Botschaft versorgt. Die Verlagsgruppe Passau - extrem revanchistisch - hat somit mit 70% den größten nichtdeutschen Umsatzanteil aller BRD-Verlage.

Ein Fazit:

Wer glaubt, die Deutschen Monopole und ihr Staat würden Osteuropa kaufen, irrt sich. Weder können noch wollen sie das. Strategisch aber, im Sinne eines Großraums als Rohstoff- und Lebensmittelreserve sowie als Brücke weiter nach Osten und Südosten, über den Balkan zu den Erdölreserven des Nahen und Mittleren Ostens, ist die Dominanz über Osteuropa gerade für den aggressiven europäischen Zentralstaat BRD von größter Wichtigkeit und hat an Bedeutung seit dem Beginn dieses Jahrhunderts in nichts verloren. So kann der politische und auch der militärische Einsatz zur Gewinnung dieser Räume an Schärfe zunehmen, bevor auch nur im entferntesten absehbar ist, wie groß ihr unmittelbarer ökonomischer Nutzen denn überhaupt sein kann. Und eben deshalb darf nicht ausgeschlossen werden, daß der deutsche Imperialismus, vor er die Völker Osteuropas unterworfen hat, erneut den Krieg zunächst gegen Westen führt! ■

(Dieser Artikel ist von Stefan Eggerdinger, entnommen und gekürzt aus der Jungen Welt Beilage vom 7. Februar 1996 zum Thema Revanchismus und Krieg.)

1. Der ehemalige russische General Lebed
2. Institut für Wirtschaftsforschung Halle
3. Interessanterweise stammt die niedrige Zahl von 2,7 Mrd. vom Bundesministerium für Wirtschaft (Dokumentation Nr. 363, Sand: Dezember 1994). Die Zahl von 8 Mrd. stammt von »Ost und Mitteleuropa Verein« in Hamburg.
4. Michael Stürmer in der FAZ vom 23.3.92
5. »Da müssen wir hin« - ein Kinkel Beamter zum Kaukasus, lt. Spiegel 45/94

Weiter Quellen:
FAZ, Neues Deutschland, Prager Zeitung, Prager Wirtschaftszeitung, Neue Züricher Zeitung, Wirtschaftswoche, »Volksstimme« Wien, Junge Welt, Foreign Report, Handelsblatt.

Surf den Adolf Hitler
Das Internet, Tummelplatz für Cyber Nazis?

»Stormfront, White Pride - World wide« und ein Keltenkreuz erscheinen. Langsam beginnt sich der Bildschirm mit Nazi-Parolen und deren Symbolik zu füllen. »Stormfront ist Ressource für jene couragierte Männer und Frauen, die für ihre weiße, westliche Kultur, Ideale, für Rede- und Organisationsfreiheit kämpfen.«[1] ist zu lesen. Wir befinden uns in einer braunen Nische des weltweiten Computer-Kommunikationsnetzes »World Wide Web«. Im Zuge der Globalisierung von Kommunikation durch das Internet schicken sich Nazis an, ihre veralteteten und gesellschaftlich überkommenen Ideologien mit einer zeitgerechten Technik zu glasieren. Während weder Nationen noch Rassedenken in diesem Medium eine Rolle spielen, Menschen von ihrem Schreibtisch aus grenzenlos miteinander verbunden sind, sich austauschen und zumindest kommunikativ eine globale Gesellschaft bilden, drängen Nazis mit völkischen Parolen und nach »Rassen« separierenden Ideologien in das Internet. An sich absurd und widersprüchlich, aber nicht minder uninteresannt.
Was ist dran am Sprung selbsternannter Herrenmenschen, die von einer arischen, bäuerlichen, rassisch reinen Agrargesellschaft träumen, in den Cyberspace?

Internet, Cyberspace, Surfen und der heilige Geist

Ursprünglich als Computervernetzung zwischen Universitäten entstanden, hat sich das Internet in den letzten Jahren zur weltweit größten Komunikationsbörse entwickelt. Millionen Menschen ermöglicht es einen Zugriff auf eine nicht mehr überschaubare Anzahl von Informationen jeglicher Art, die Teilnahme an weltweit geführten Diskusionen zu jeder erdenklichen Thematik oder einfach auch nur zur Selbstdarstellung.
So finden sich sogenannte Webseiten von Menschen, die über die Geburt ihres ersten Kindes berichten, neben denen des Vatikans, der Lindenstraße, des FBIs oder der Zeitung Radikal. Vergleichbar ist dieses Medium mit einem Zeitschriftenkiosk und einem Cafe. Nach dem Motto: »ließ was du willst, rede mit wem du willst, irgendwer auf der Welt antwortet dir und bezahl deinen Kaffee online«. Gemessen an seinem Umfang, auch an den verfügbaren Möglichkeiten ist das Internet eine Medium, das die Zukunft von Menschen und Gesellschaften nicht erst Morgen grundlegend verändern wird. Kein Wunder, wenn auch Nazis versuchen, den Gang der Zeit nicht zu verpassen und überkommene Ideologien zeitgemäß zu verbreiten.

Das virtuelle Nazi-Reich

»Warnung! Einges von dem Material dieser Seiten ist in Ländern mit Votzen-Arsch Regierungen wie Deutschland und Canada verboten«, begrüßt die Webseite »SKINHEADS-USA« ihr Klientel. Einen Mausklick weiter. Ein Foto stellt einen am Boden liegenden Schwarzen dar, auf den mehrere Personen eintreten. *»Ratschlag der weißen Nationalisten«* ist zu lesen. So oder ähnlich sehen dutzende der aufwendig gestalteten Nazis-Internetseiten aus.

Platter Rassismus einzelner technikbegeisterten Cybernazis? Weit gefehlt, seit Mitte des Jahres ist ein wahrer Run faschistischer Gruppen auf das Internet zu beobachten. Waren es bis dahin vorallem Neofaschisten in den USA die den Datenhighway benutzen, scheint es inzwischen zum guten Ton im rechten Lager zu gehören sich hier zu präsentieren. Von Nazi-Skins über die »FREIHEITLICHEN« aus Österreich, die italienische »ALLIANZA NATIONALE« oder der deutschen NPD bis hin zu führenden Nazikadern wie den selbsternannten Dönitz Nachfolger Manfred RÖDER, die gesammte Bandbreite des Rechtsaußen Spektrums tummelt sich hier inzwischen. Mit unzähligen sogenannter »Links« verbunden, ist es Benutzern möglich, zu allen NS-Angeboten jeden Themas zu gelangen. Dabei gibt es mehrer Knotenpunkte, die neben Propagandverbreitung vor allem als Schnittstelle zur Vernetzung dienen. Von hier aus ist es leicht möglich sich in die verschiedensten Nazi-Webseiten einzuklinken.

»Stormfront war die erste Weiße Nationalisten Seite im Web, die ab März 1995 online war« stellt der Betreiber der »Stormfront«-Webseiten, Don BLACK aus den USA sein Projekt vor. Dies ist zu einer zentralen Schnittstellen der Internet-Nazis geworden. Hierüber sind mehr als 40 verschiedene NS-Gruppen weltweit erreichbar. Daneben bietet Black mehrere sogenannte Newsgroups, also Diskussionsforen zu verschiedenen Themen an. *»Hello Everybody. Wir in Schweden lieben unsere weiße Rasse und wir sind bereit dafür zu kämpfen. Jeder der uns helfen will ist uns willkommen, (...). Wir würden uns freuen Kontakt mit dir zu bekommen. Heil Hitler«* meldet sich ein Schwede und hinterläßt in einer Stormfront-Newsgroup seine Kontaktadresse. Wortmeldungen derartiger Güte sind in dieser Rubrik zahlreich zu verfolgen. Aber nicht nur private Nachrichten und Meinugen sind in »Stormfront« erhältlich. So speist Black komplette Nazi-Publikationen, wie das Kanadischen Pamphlet »Up Yours«, in das Internet ein.

Ein junges Medium fürs jugendliche Klientel

Setzten wir die Reise auf dem Datenhighway fort und klinken uns in die Web-Seiten von »RESITANCE-RECORDS« aus Ditroit ein. Im Unterschied zu den meisten Nazi-Angeboten im Internet zeichnen sich diese durch eine profesionelle Aufmachung und Nutzung aus. Ihr Betreiber George BURDI, der Chef des Nazi-Musik Labels versteht es, das Medium komerziell zu verwenden. Er verbreitet nicht nur platte Hetz-Propaganda, sondern bietet vor allem die Musikangebote von Resistance an. Neben Informationen zu den jeweiligen Nazi-Bands, wie deren Werdegang oder Liedtexten, ist es möglich, sich Musik probeweise am heimischen Computer anzuhören. Bei Gefallen ist diese per E-Mail sofort zu bestellen und zu bezahlen. Resistance Records stellt auf diese Weise eine Rundumvermarktung neofaschistischer Musik sicher. Käufer sind nicht mehr darauf angewiesen, umständlich Muiskkataloge von Szeneadressen zu bestellen, sondern erhalten diese Freihaus geliefert. Die Resistance-Webseiten ermöglichen so eine Verbreitung neofaschistischer Inhalte über den Tellerand einer NS-Jugendsubkultur. Potentielle Käufer der NS-Musik rekrutieren sich nicht mehr aus einem begrenzten Rahmen, wie etwa der Nazi-Skin Szene. Allgemeinzugänlich ist ein offener Markt für Nazi-Musik ohne etwaige staatliche Repression entstanden. Dieser

wird im größeren Umfang durch die Resitance nahen Labels »NORDLAND« aus Schweden, »TUONO-RECORDS« aus Italien sowie durch den »WOLFPACK SERVICE« der US-Sektion von »BLOOD AND HONOUR« und ca. 10 weiteren Nazi-Labels bedient.

Nachfrage regelt nicht nur das Angebot. Gleichzeitig spiegelt sich in dem komerziellen Engagement von Nazi-Labels die Mehrzahl der momentanen Nutzer brauner Internet-Seiten wieder. So werden überproportional viele jugendspezifische Webseiten angeboten. Vor allem Nazi-Skins, werden an dieser Stelle aktiv. Mit dem »Skin-Net« haben sie eine eigene Rubrik eingerichtet, in der sich die gesamte Bandbreite der neofaschistischen Subkultur präsentiert, angefangen von Banddarstellungen wie etwa der »MIDTOWN BOOTBOYS« über die Nazi-Renee Organisation »WOMEN FOR ARYAN UNITY«, der britische Schlägertruppe »COMBAT 18« bis hin zur »HAMMERSKIN-Bewegung«. *»Willkommen bei den Southern Cross Hammer skinheads, Australien. Hammerskin ist die am schnellsten wachsende White Power Bewegung der Welt«*, stellt sich die australische Sektion der Hammerskins vor, berichtet über Aktivitäten der Organisation und buhlt um das Interesse der Internetbenutzer.

»Wir sind wieder da«, das Internet als Werbeplattform

Exemplarisch zeigt sich hier das Interesse von Neofaschisten am Internet. Es dient vor allem der Eigendarstellung und breiten Propagandaverbreitung, letztendlich der Versuch einer Werbekampagne für NS-Ideologie in einem öffentlich zugänglichen Rahmen. Gerade populistisch ausgerichtete NS-Organisationen setzen auf den Werbeeffekt des Internets. Machte beispielsweise die NSDAP/AO durch Massenwerbesendungen wie das Pamphlet »NS-KAMPFRUF« in der Vergangenheit auf sich aufmerksam, setzt sie die Strategie, durch offensive Eigendarstellung das NS-Verbot und die gesellschaftliche Stigmatisierung der Naziideologie zu überwinden, im Internet fort. Mit wenig Aufwand und kostengeringen Einsatz besteht die Möglichkeit über das Intenet eine breite Öffentlichkeit anzusprechen. Dies haben relativ schnell sogenannte Revesionisten, wie Ernst ZÜNDEL oder das »INSTITUT FOR HISTORICAL REVUE« erkannt. Sie gehörten zu den ersten Nazi-Anbietern des Mediums. Kein Wunder, wenn der Deutsch-Kanadier Ernst Zündel mit der elektronischen Verbreitung des »GERMANIA RUNDBRIEFS« immer wieder durch die Presseberichterstattung geistert. Revesionismus zielt darauf ab mittels der Leugnung des Holokausts die NS-Ideologie von ihren Verbrechen und millonenfachen Morden reinzuwaschen. Sie als politische Alternative gesellschaftsfähig zu machen. Alleine als Diskussionspartner zum Thema Holokaust wahrgenommen zu werden, werten Revesionisten bereits als Erfolg ihrer Strategie. Somit bietet ihnen das als Kommunikationsmittel ausgerichtete Internet beste Absatzmöglichkeiten für die Verbreitung der Auschwitz-Lüge.

Im Rahmen des burschenschaftlichen »Festkommerses« am 22.10.94 in Insbruck erörterte die rechte Szene den Nutzen und den Umgang moderner Medien. Aus dem Protokoll der Diskusion, an der neben rechten Burschenschaftlern auch eine Deligation der »JUNGEN NATIONALDEMOKRATEN« teilnahm, wurde folgende Strategie bekannt. *»Es gilt für Studenten und für alte Herren die Devise: Die Datennetze und ihre Informations- und Diskussionsforen ... können und müssen unsere Foren werden. Viele von uns haben als Studenten oder Hochschulmitarbeiter gratis Zugang, ebenso wie alte Herren aus Firmen und wir nutzen das nicht. Also, hinein in die Datennetze...«* und weiter *»... es genügen fünf Aktive pro Forum, und wir beherrschen inhaltliche Themenstellungen und Diskussionsverlauf. Wenn´s dann soweit ist, können wir die Katze aus dem Sack lassen, über Vertreibung, allierten Bombenterror, Überfremdung etc. Diskusisonen einleiten.«* Alleine diese Schlußfolgerungen verdeutlichen, daß das Engagement von Rechtsaußen im Internet darauf abzielt Ideologie und Meinungsmache in gesellschaftlich etablierten Diskursen unterzubringen.

Thule-Net goes World Wide Web

Seit 1993 erzeugt das Thule-Netz in der deutschen Öffentlichkeit regelmäßig Schlagzeilen. Dabei handelt es sich um einen Mailboxzusammenschluß zur Vernetzung verschiedener Nazigruppen. Für die deutsche NS-Bewegung stellt es eine interne Kommunikationsstruktur zur Mobilsierung und Koordinierung verschiedener Aktionen dar. Ebenso dient es dem Gedankenaustausch der NS-Szene. Entscheidend dabei ist, daß das Thule-Netz ein nach innen, also eigens für die NS-Szene eingrichtetes Medium ist. Abgesehen von den Presseberichten darüber hat es so gut wie keine öffentliche Außenwirkung.

Mit dem Auftauchen der THULE-NETZ-MAILBOXEN ab Mai 96 im Internet sollte sich dies ändern. *»Das Thule Netz stellt sich vor.«* ist auf den Web Seiten des Netzwerks zu lesen. Neben Eigenwerbung spiesen die einzelnen Thule-Mailboxen auch Texte aus der Neonazipresse, wie aus dem »UMBRUCH«, einer NF-Nachfolgezeitung und den »STAATSBRIEFEN« in das Internet ein, oder veröffentlicht ca. 200 Adressen antifaschistischer-Projekte in der BRD. *»In den Mailboxen des Thule-Netzes finden sich Texte und Informationen zu Themen wie Anti-Antifa, Europäischer Nationalismus,*

NS-Propaganda aus dem Internet



Gesellschaft (...) Zeitgeschichte und viele Bereiche mehr« heißt es in der Selbstdarstellung des Netzes. Unverholen werden dabei Nazi-Texte, wie etwa ein Auszug aus dem Buch »Evolution des Wissen - Neuordnung der Politik« von Herbert SCHWEIGER durch den Betreiber der ELIAS THULE-MAILBOX, Jürgen JOST aus Oftersheim verbreitet. Daneben stellt die Thule-Mailbox zahlreichen deutschen NS-Gruppen, wie der »HILFSGEMEINSCHAFT NATIONAL POLITISCHER GEFANGENER« (HNG), dem »DEUTSCHEN RECHTSBÜRO«, der NPD, samt Jugendorganisation einen Zugang zum Internet zur Verfügung, bzw. verbreitet deren Propaganda. Unter dem Namen »AUFBRUCH« stellt die NPD eigene Web-Seiten zur Verfügung. Erstellt werden diese von der NPD-Augsburg unter der Federführung von Ernst ELLERT.

Derzeit sind mit der »WIDERSTANDS«-, der »ELIAS«- und der »OSGALIATH« Mailbox drei Thuleboxen direkt im Internet zu erreichen. Eng verbunden ist das Thule-Netz an dieser Stelle mit dem seit September aktiv gewordenen österreichischen »BÜRGERFORUM EUROPA«. Dieses will *»ein Forum gleichgesinnter Gruppen, Personen und Organisationen im Kampf gegen den Links-Terror, Globalisierung, Unkultur, Chaos und Meinungszensur«* sein. Dementsprechend ist es auch nicht verwunderlich wenn über das Bürgerforum Bekennerschreiben der breifbombenden »Bajuwarischen Befreiungsarmee« einsehbar oder indizierte Schriften wie »Die Auschwitz-Lüge« von Thies CHRISTOPHERSEN erhältlich sind.

Neben derart platten Nazionalsozalisten tummeln sich allerdings auch rechtskonservative Gruppen wie die »FREIHEITLICHEN« im braunen Datennetz. Sie machen mit Werbeseiten für ihre Bücher, Seminarankündigungen oder Selbstdarstellungen der »INITIATIVE FREIHEITLICHE FRAUEN« auf sich aufmerksam.

Unterm Strich

So breit die Angebote der Nazis im Internet sind, so vielfältig sind auch die Berichte in der öffentlichen Presse darüber. Dies mag vor allem daran liegen, daß das World-Wide-Web für die breite Öffentlichkeit derzeit noch ein kaum erschlossenes Gebiet ist. Es stellt für viele nachwievor das Eintrittstor in eine Gesellschaft dar, die zunehmend durch das Arbeitsmittel Computer bestimmt sein wird. Da es sich dabei um etwas neues, ein teilweise unbekanntes Medium handelt, sind die damit verbundenen Auswirkungen für die Einzelnen relativ unüberschaubar. Demnach sind Artikel über Nazis im Internet immer mit der Aura des spektakulär technisch Neuartigen behaftet.

Ähnlich fallen auch die Reaktionen darauf aus. Sie sind in der Regel durch den Ruf nach einem Verbot, nach Zensur gekennzeichnet. So versuchen deutsche Behörden die Verbreitung von NS-Ideologie zu unterbinden, in dem sie die sogenannten Provider auffordern, diese nicht mehr in das Internet einzuspeisen. Dies sollte jedoch nicht als plötzliches antifaschistisches Verständnis mißverstanden werden.

Genauso richten sich diese Aktivitäten auch gegen mehr oder weniger linke Versuche, im Internet aufzutreten und diese mit dem Verweis auf Extremismus zu verbieten. Behörden wie der Verfassungschutz gehen nach sogenannten Totalitarismustheorien, wonach die Extreme von Links und Rechts die Demokratie gleichermaßen gefährden würden vor. Bei der Vorstellung des bayrischen Verfassungschutzberichtes sprach Innenmister Günter Beckstein davon, daß Rechtsextremisten zunehmend elektronische Mailbox-Systeme und das Internet für ihre Propaganda nützen würden und vergaß im selben Zusammenhang auch nicht, darauf hinzuweisen, daß Linksextremisten dies *»... als ideales Kommunikationsmittel für den Informationsaustausch«* entdeckt hätten. Die Folgen sind nicht nur ein Verbot neofaschistischer Besterbungen, sondern gleichermaßen ein Schritt in die Richtung eines starken Staats. Sie reihen sich in Vorgehensweisen unter dem Motto der »Inneren Sicherheit« ein. Abgesehen davon, daß Zensur im Internet technisch nicht möglich ist, richten sich Verbotsforderungen generell gegen eine auf Meinungsfreiheit ausgelegte Gesellschaft.

Dennoch ist die Frage nach dem Umgang mit Neofaschisten im Internet offen und nicht beantwortete. Was aber ist eigentlich neu daran und müßte neu beantwortet werden? Etwa, daß Nazis sich für ihre Propaganda ein weiteres Medium gewählt haben oder die Erkenntnis, daß der mangelnde Interlekt von Nazis sie nicht davon abhält, einen Computer zu bedienen. Sicherlich nicht. Ausschlaggebend ist, daß das Internet ein offenes Medium ist, daß jedem die Möglichkeit der Kommunikation und der freien Meinungsäußerung gewährt. Also Werte, die den Interessen von Nazis und reaktionären Gesellschaftsmodellen entgegenstehen. Verbote an diesem Punkt wären also ein Schritt in Richtung totalitärer Zielvorstellungen.

Ebenso sollte nicht übersehen werden, daß die überwiegende Mehrzahl der NutzerInnen des Internets den offenen Charakter des Mediums schätzen, sich darüber bewußt sind und diesen vehement verteidigen. Die Propagandaofferten von Nazis richten sich letztendlich an das falsche Publikum. Vergleichbar ist dies mit der »NATIONAL-ZEITUNG« am Kiosk. Alleine der freie Zugang heißt nicht, daß sich jeder diese kauft. Eine neue Gefährlichkeit durch Nazis im Internet ergibt sich jedenfalls nicht. Im Gegenteil, die Reaktionen der Internetgemeinde beispielsweise auf die revisionistische Hetzkempagne, mit einer einhelligen Ablehnung, die bis zu inhaltlich fundierten Widerlegung der Nazi-Argumente reicht, ist deutlich zu sehen.

Die Möglichkeit der freien Meinungsäußerung ist mehr Wert, als sich diese durch Zensur selbst zu beschneiden. Ist sie doch eine Zeichen für eine emanzipierte und offene Gesellschaft. Frei Meinungsäußerung heißt auch nicht alles widerspruchslos hinzunehemen, und die eigene Vorstellungen formulieren zu dürfen. Das Internet bietet für antifaschistische Aktivitäten und emanzipatorische Gesellschaftsvorstellung genügen Platz. Also auf zum fröhlichen Hacken, denn wer schweigt stimmt zu! ■

1. Homepage von »Stormfront«, Eingangstext Drahtzieher im braunen Netz, Konkret Literatur Verlag, Hamburg, 1995, S. 205

Anm.: Provider sind kommerzielle Anbieter u.a. des Internet. Sie ermöglichen dem Einzelnen sowohl einen Zugang zum Internet als auch die Verbreitung eigener Internetseiten. Sie sind quasi ein organisatorisches, wie kommerzielles Gerüst des Mediums. Zu den größten Providern in Deutschland zählt AOL (Amerika Online), CompuSurf oder die Telecom.
Augsburger Allgemeine, 6.8.1996

Offen für Faschisten:

Der Offene Kanal Berlin

Seit April 95 können stadtbekannte Nazis im Offenen Kanal (OK)eine Radiosendung machen. Diese ist zwar nur über Kabel zu empfangen, d.h. sie wird eine kleine Hörerschaft haben. Dennoch, der OK bietet trotz einiger Proteste bekennenden Nationalsozialisten ein Forum.

Im August wurde die Sendung von »RADIO DEUTSCHLAND« in »RADIO GERMANIA« umbenannt. Dies hatte u.a. den Hintergrund, daß der für die Sendung verantwortliche LUTZ GIEßEN wegen Volksverhetzung eine einjährige Haftstrafe absitzen muß. Er war angeklagt, mit den Nazi-Kadern FRANK SCHWERDT und CHRISTIAN WENDT den »SCHULUNGSBRIEF« verfaßt und verbreitet zu haben. Darin verteidigten sie u. a. die reine Lehre der »Bewegung Adolf Hitlers« gegen andere Strömungen in der extremen Rechten. Diese würden versuchen, mit ihrer *»Hetze gegen den Führer, die nationalsozialistische Bewegung zu spalten.«* Neben Gießen wurde auch Frank Schwerdt verurteilt.

Er ist Vorsitzender der »NATIONALEN« und Herausgeber der »BERLIN BRANDENBURGER ZEITUNG« (BBZ). Christian Wendt hat sich dem Urteil erst einmal durch Flucht entzogen. Er wurde inzwischen verhaftet. Wendt war Chefredakteur der BBZ und gehörte ebenfalls zu den Radiomachern.

Neben der BBZ ist die »KAMERADSCHAFT BERLIN-NORD BEUSSELKIEZ« federführend bei der Radiosendung. Deren Chef, MIKE PENKERT, ist jetzt der Verantwortliche für »Radio Germania«, arbeitet im übrigen aber auch bei der BBZ mit. Die Sendungen sahen personell so aus, daß von der Kameradschaft NICOLAS WERNICKE und UWE BRUNKE am Mikro saßen, KIM KURLBAUM am Mischpult, und MICHAEL AULICH für den Schutz zuständig war.

Die »Kameradschaft Beusselkiez« bezieht sich auf die gleichnamige »H. J. KAMERADSCHAFT« aus den Jahren 1931/32. Dies zeigen sie ganz offen: in ihrem Abzeichen verwenden sie ein Symbol der Waffen-SS und geben als Kontaktperson »H. J. Quex« an. Mit dem Film »Hitler Junge Quex« wurde der Moabiter Nazi HERBERT NORKUS, der Januar ´32 nach einer Auseinandersetzung mit Nazi-Gegnern starb, propagandistisch zum NS-Märthyrer aufgebaut.

Was die Nazis mit der Radiosendung bezwecken, verkündete ein mit »BBZ Redaktion« unterschriebener Beitrag im August 96 im »THULE NETZ«: *»Den Weg über den Aufbau eigener Medien - wie etwa das Thule Netz, Internet, Radio Deutschland, unser Zeitungsprojekt etc. halte ich für wesentlich erfolgversprechender, als an den Wahlen teilzunehmen. (...) Merke: Meine Partei ist seit 1945 aufgrund von Siegerwillkür und einer Kollaborationsgesetzgebung verboten!«* Also ein klares Bekenntnis zur NSDAP. Bei Hausdurchsuchungen am 24. Okt. 96 bei mehreren »Kameraden« aus dem »Beusselkiez« wurden Aufkleber und Flugblätter der NSDAP/AO gefunden.

Wer nun gutmütig glaubt, den Betreibern des OK sei dies alles unbekannt, liegt leider falsch. Der Verantwortliche JÜRGEN LINKE verteidigte in einem Beitrag der ZDF-Sendung FRONTAL ausdrücklich die Meinungsfreiheit von Neo-Nazis! Und die Nazis dürften so lange weitersenden, wie mit der Sendung keine Rechtsverstöße begangen würden. Dabei stört es den OK nicht einmal, daß zum Ende der ersten beiden Sendungen von Radio Germania das SS-Rekruten Treuelied abgespielt wurde.

In ihren Sendungen werden Meldungen der »NATIONALEN INFOTELEPHONE« (NIT) – vorwiegend des NIT-Hamburg und des NIT-Rheinland – verlesen. An Musik wird hauptsächlich der faschistische Schnulzenbarde FRANK RENNICKE von der verbotenen »WIKING-JUGEND« geboten. Die Sendungen sind so konzipiert, daß sie strafrechtlich nicht eindeutig zu fassen sind. Rennicke stellt z.B. seine neue CD vor deren Veröffentlichung zur Verfügung, um so das Hindernis der wahrscheinlichen Indizierung zu umgehen. Nach einem Lied der Nazi-Gruppe »ENDSTUFE« mit dem Text – *»Man trifft sie an allen Ecken / Übel stinkende Zecken (...) Bringt Wasser! Bringt Seife! Pack sie, denn sie stinken wie Scheiße«* – kommentiert Mike Penkert: *»Das soll natürlich keine Aufforderung sein, völlig klar, abe, kann sich jeder seine eigenen Gedanken machen.«* Und damit ist für den Offenen Kanal alles in Ordnung!

Die VertreterInnen im Medienausschuß des Abgeordnetenhauses gaben sich im Sept. 96 nach über einem Jahr Nazi-Sendungen im OK empört. Selbst die CDU-Vertreterin MONIKA GRÜTTERS sprach sich für eine Absetzung der Sendung aus. Taten sind bislang nicht gefolgt. Zwar wurde den Nazis bei ihrer Sendung am 9. Oktober nach 10 Minuten der Saft abgedreht, aber nicht aus inhaltlichen oder politischen Gründen; sie hatten im Studio Kaffee getrunken und damit gegen die Hausordnung verstoßen.

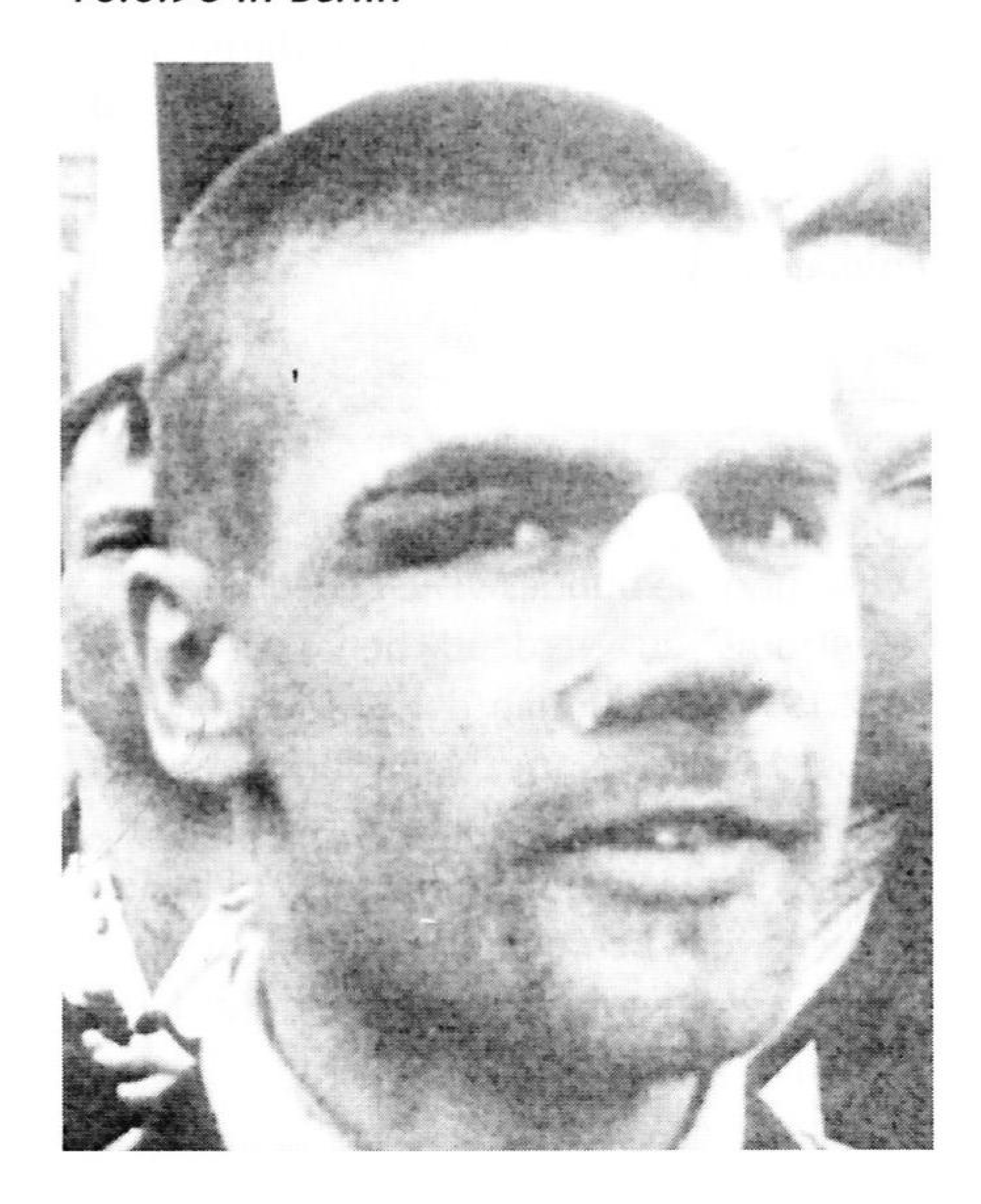
Sie erhielten dafür zwei Monate Hausverbot, aber ein Sendeverbot ist nicht in Sicht. Ob die Betreiber des OK davon ausgehen, daß die schlechte Öffentlichkeit wegen der Sendung in zwei Monaten vergessen ist?

Jedenfalls überholt die Haltung des OK in mehrfacher Schallgeschwindigkeit alles, was an Rechtsentwicklung in den vergangenen Jahren in Gang gekommen ist. Hatten sich vor einigen Jahren öffentlich rechtliche Medienanstalten bspw. noch gegen die Ausstrahlung von Werbespots der REPUBLIKANER verwahrt, so bietet der OK heute dem Spektrum von Nazis ein Forum, das den Wehrsportübenden und den Briefbombenschickern zuzuordnen ist. ■



Mike Penkert, der Verantwortliche für »Radio Germania«

Kameradschaftsmitglied Kim Kurlbaum auf einer Republikaner-Veranstaltung am 16.6.96 in Berlin



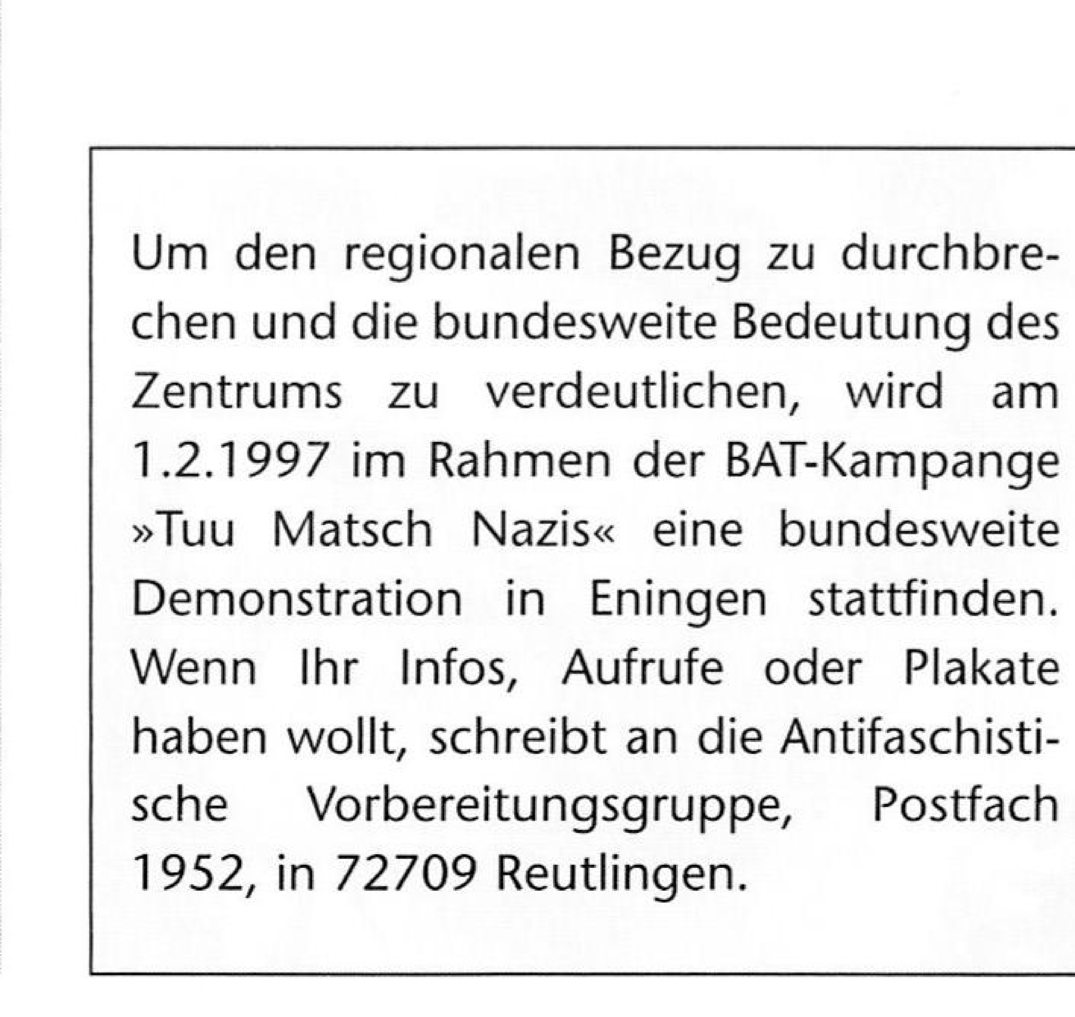
NPD Schulungszentrum in Eningen

Anfang 94 vemachten die Schwestern KRIEG der NPD eine Villa und ein Baugrundstück in Eningen. Testamentarische Bedingnug war und ist, daß in der Villa (Schillerstr. 73) eine nationale Begegnungsstätte eingerichtet wird. Schon zu Lebzeiten waren die Geschwister Krieg kein unbeschriebenes Blatt. Die bereits früh in die NSDAP eingetretenen Schwestern blieben Zeit ihres Lebens aktive Nationalsozialistinnen. Zu ihren regelmäßigen BesucherInnen gehörten neben AXEL HEINZMANN, GÜNTER DECKERT, MARTIN MUßGNUG, ROLF KOSIEK und ADOLF V. THADDEN, auch MANFRED ROEDER. Roeder wurde ´82 als führender Kopf der terroristischen DEUSCHEN AKTIONSGRUPPEN zu 13 Jahren Haft verurteilt. Nach der Haftentlasssung holte sich Roeder persönlich eine Spende von 5000DM in Eningen ab. Axel Heinzmann aus Wannweil, Leiter des inzwischen aufgelösten rechtsextremistischen HOCHSCHULRINGS TÜBINGER STUDENTEN, mit guten Kontakten zu ehemaligen WEHRSPORTGRUPPE HOFFMANN, betätigt sich seit seinem Freikauf aus der DDR in verschiedenen rechtsextremistischen Gruppierungen. Zuletzt war er Versammlungsleiter bei der Gündungsveranstaltung einer KAMERADSCHAFT SÜD in Stuttgart Weillimdorf, an der ca. 200 Neonazis teilnahmen.

Während sich kein Mensch im Dorf an diesen Besuchern störte, regte sich nach Eröffnung des Testaments doch einiger Protest. Auf Initiative verschiedener Antifagruppen, kirchlicher und grün/alternativer Gruppierungen wurde eine erste Veranstaltung zur NPD und ihrem damaligen Bundesvorsitzenden G. DECKERT organisiert. Trotz nahezu 400 BesucherInnen gelang es nicht, einen breiten entschlossenen Widerstand zu mobilisieren. Dies lag nicht zuletzt an der Strategie der Gemeinde Eningen, allen voran des Bürgermeisters STEINHILBER, der in Geheimverhandlungen mit der NPD versuchte die Villa zu kaufen. Massiv versuchte er eine inhaltliche Auseinandersetzung über die Neonazis zu behindern und das Thema Nazivilla aus der öffentlichen Diskussion herauszunehmen. Dies führte dazu, daß jede Aktion sofort als verhandlungsstörend kritisiert wurde. Dennoch gelang es so viel öffentlichen Druck zu erzeugen , daß sich alle lokalen Handwerksbetriebe weigerten Arbeiten an der Villa durchzuführen. Die notwendigen Renovierungen wurden daher von JN'lerInnen aus dem Hagener Raum und dem Weihnheimer NPD-Funktionär ERIC MARVIN RÖSSLER getätigt. Mittlerweile ist die Villa festungsartig ausgebaut und wird durch Videokameras überwacht. Ein nahezu 2 Meter hohes Stahltor, von ARNOLD GESTRICH, auf dessen Grundstück in Hohenstein-Eglingen bis zu ihrem Verbot die WIKING-JUGEND Zeltlager veranstaltete, errichtet, sichert den Eingang. Ein für den 13. 8. 95 geplantes Grillfest in der Villa konnte durch eine starke antifaschistische Mobilisierung verhindert werden, dennoch finden mittlerweile dort sowohl Feste als auch Schulungen und Vorstandssitzungen statt. Auf einer dieser Schulungen die Mitte '96 statt hielt MICHAEL WENDLAND einen Rhetorikkurs, DAVE SCHIEK referierte über Atompolitik, STEFAN MARX führte eine Ordnerschulung durch und UDO VOIGT sprach über politische Psychologie. Kurz nachdem offiziell das Scheitern der Verhandlungen bekannt gegeben wurde, verlegte HOLGER APFEL seinen Hauptwohnsitz nach Eningen. Mit Apfel sind noch ein oder zwei weitere Personen in die Nazivilla eingezogen. Bei ihnen handelt es sich vermutlich um RAINER HATZ bzw. JÜRGEN DIESTLER. Apfel und einer von beiden verdienen ihren Lebensunterhalt, neben der Hausmeistertätigkeit im Nazizentrum, mit einer Beschäftigung bei der NPD-Zeitung DEUTSCHE STIMME in der Bundesgeschäftsstelle der NPD in Stuttgart. Das trotz ca.1,2 Millionen DM Schulden der NPD an das Land BaWü und die BRD keine Pfändung möglich ist liegt an einem äußerst dubiosen Rückzahlungsvertrag der NPD mit Bund und Land. Darin wurde, lt. Testamentsvollstrecker, vereinbart, daß die rechtsextreme Partei die Schulden in monatlichen Raten von 1500 DM bei einer Verzinsung von 4% zurückzahlt. Ähnlich dubios ist, daß die NPD über rathausinterne Aktenvermerke verfügt, in denen bestätigt wird, das die Villa sowohl als Wohnraum wie auch als Begegnungsstätte genutzt werden kann, was den Umzug Apfels ermöglichte. Das Bürgermeister Jürgen Steinhilber keinerlei Berührungsängste mit Neonazis hat zeigt nicht nur, daß er G. Deckert einen seriösen Verhandlungspartner nennt, sondern auch daß er eine Ausstellung Frieda Kriegs eröffnete. Als Nachweis für die Qualität der Bilder legte ihre Schwester dem Eninger Rathaus unter anderem ein Schreiben der MÜNCHNER KÜNSTLER-GENOSSENSCHAFT an die KREIS UND GAUAMTSLEITUNG DER NATIONALSOZIALISTISCHEN VOLKSWOHLFAHRT von 17.6.36 vor, indem von ihrer »*Begabung für monumentale Bildgestaltung*« und von einem »*auf das Große gerichteten hohen Wollen*« die Rede ist. Zur Eröffnung dieser zweifelhaften Ausstellung lud Steinhilber, auf Wunsch von Charlotte Krieg, ROLF KOSIEK ein. Als kleines Dankeschön erhielt die Gemeine 2 Bilder von denen der Bürgermeister gesagt haben soll, er würde sie dankbar in Ehren halten. ■




Die »nationale Begegnungsstätte« in Eningen u.A.


Um den regionalen Bezug zu durchbrechen und die bundesweite Bedeutung des Zentrums zu verdeutlichen, wird am 1.2.1997 im Rahmen der BAT-Kampange »Tuu Matsch Nazis« eine bundesweite Demonstration in Eningen stattfinden. Wenn Ihr Infos, Aufrufe oder Plakate haben wollt, schreibt an die Antifaschistische Vorbereitungsgruppe, Postfach 1952, in 72709 Reutlingen.

1. Teil

Die Struktur der Unabhängigen Freundeskreise (UFK)

»Ihre Propaganda ist (...) nicht anti-NS. Ideologisch stehen sie uns oftmals nah, und ihre propagandistische Tätigkeit und die Arbeit der NSDAP-AO ergänzen sich eigentlich«[1]

Eine der wesentlichen Klammern, welche die faschistische Szene zusammenhält, ist die Struktur der UNABHÄNGIGEN FREUNDESKREISE (UFK) mit ihren Untergliederungen »UNABHÄNGIGE NACHRICHTEN« (UN), »DEUTSCHER RECHTSSCHUTZKREIS – DEUTSCHE RECHTSSCHUTZKASSE« (DRsK), »FREUNDESKREIS FREIHEIT FÜR DEUTSCHLAND« (FFD), sowie der »GESELLSCHAFT FÜR STAATS- UND VÖLKERRECHT« (GfSV). Im Folgenden werden wir hier nur kurz auf diese Struktur eingehen können, obwohl ihre Bedeutung für die rechtsextreme/faschistische Szene eine ausführlichere Betrachtung erforderlich machen würde.

Unabhängige Freundeskreise (UFK)

Gegründet wurden die UFK im Jahr 1969 von GÜNTHER DEMOLSKY, dem inzwischen verstorbenen WERNER GEBHARDT und MARTIN VOIGT. Die Freundeskreise selbst haben sich zum Ziel gesetzt, *»alle Gruppen politischer und volksbewußter Deutscher zusammenzuhalten bzw. zusammenzuführen.«* In ihren Leitlinien formulieren sie: *»Unser Streben gilt der Überwindung der nationalen Minderwertigkeitskomplexe. Der deutsche Mensch ist nicht besser oder schlechter als die übrige Weltbevölkerung. Wir lehnen es ab, weitere Generationen unseres Volkes belasten zu lassen.«*

Die Freundeskreise, in den 70ern eng mit der DEUTSCHEN BÜRGERINITIATIVE (DBI) des MANFRED ROEDER verbunden, unterstützen die Herausgabe der »Unabhängigen Nachrichten«, versenden bundesweit Aufkleber, halten Jahrestagungen ab und organisieren Veranstaltungen. Bei diesen Treffen, die in den letzten Jahren nicht mehr oder nicht mehr so häufig stattgefunden haben, gibt sich die gesamte Nazi-Prominenz die Klinke in die Hand. Als Beispiel sei hier ein Treffen 1978, die »Tage der Gemeinschaft« vom 9.-15.Mai in Scharzfeld, genannt, bei dem THIES CHRISTOPHERSEN, RUDOLF TRENKEL, UDO WALENDY, WILHELM STÄGLICH, sowie WERNER GEBHARDT als Redner vor ca.400 Gleichgesinnten autraten. Diese Massentreffen finden heute nicht mehr statt, kleinere Treffen werden noch durchaus abgehalten.

Die Unabhängigen Freundeskreise pflegen gute Kontakte zu allen möglichen Fraktionen des rechten Lagers, nicht zuletzt weil die Aktivisten selbst in den unterschiedlichsten Organisationen tätig waren. Gute Beziehungen bestehen zur FAP, zur NPD, zum WELTBUND ZUM SCHUTZ DES LEBENS, den REPUBLIKANERN und der DEUTSCHEN LIGA FÜR VOLK UND HEIMAT. Es wäre müßig all die Namen aufzuführen, die bei Veranstaltungen der UFK oder in der UN auftauchten und/oder geschrieben haben. Festzuhalten bleibt, daß die UFK eine wesentliche verbindende Funktion innerhalb der NS-orientierten Szene innehaben.

Unabhängige Nachrichten (UN)

Das Hauptgewicht der politischen Tätigkeit der UFK hat sich in den letzten Jahren eindeutig auf die Herausgabe der »Unabhängigen Nachrichten«(UN) konzentriert, die sie als Ersatz für Großveranstaltungen herausgibt. Bei dem Erscheinungsbild der UN in den Anfangsjahren fällt auf, daß auf dem Titelblatt die überdimensionierten Buchstaben »U« und »N« jeweils aus kleinen »H«`s gebildet wurden. Kennt man die Vorliebe der Faschisten für den Buchstaben H oder die Zahl 8 als Platzhalter für den achten Buchstaben im Alphabet – häufig beenden Faschisten ihre Briefe mit »88« oder »HH« für »Heil Hitler« –, so ist hier schon eine inhaltliche Vorbestimmung gegeben.

Thematisch beschäftigen sich die Unabhängigen Nachrichten vor allem mit der »Umerziehung der Deutschen«, mit der »Bonner Steuerverschwendung« (meist im Zusammenhang mit AsylbewerberInnen und mit finanziellen Leistungen an Israel) und mit der Hetze gegen AusländerInnen. Antisemitische Angriffe gehören ebenfalls zum ständigen Repertoire der UN. Im Lauf der Zeit ist das Erscheinungsbild der Unabhängigen Nachrichten professioneller geworden; das Blatt wird inzwischen zweifarbig gedruckt und erscheint mit einer monatlichen Auflage von ca. 10.000 Exemplaren. Seit Ende 1993 wird die Zeitschrift von der Verlagsagentur WERNER SYMANEK aus Bingen verlegt, der schon

Die wichtigsten UFK-Funktionäre

Martin Voigt, Bochum: Bergingenieur. Autor in der von Th.Christophersen herausgegebenen »Kritik«-Reihe. Gründungsmitglied bei UFK, GfSV und DRsK.

Günther Demolksky: bis zum Verbot 1952 Funktionär der »Sozialistischen Reichspartei« (SRP). Danach Mitglieder der »Deutschen Reichspartei« (DRP) und ab 1962 in der »Deutschen Freiheitspartei« (DFP), welche in der 1965 gegründeten »Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher« (AUD) aufging. Gründungsmitglieder bei UFK, FFD und GfSV, wo er anfangs Schatzmeister war.

Werner Gebhardt: bis zum Verbot 1952 Funktionär der »Sozialistischen Reichspartei« (SRP). Danach Mitglieder der »Deutschen Reichspartei« (DRP) und ab 1962 in der »Deutschen Freiheitspartei« (DFP). 1992 verstorben.

Friedhelm Kathagen: 1939 als Freiwilliger bei der Waffen-SS. Mitbegründer der GfSV und der »Hilfsgemeinschaft auf Gegenseitigkeit Witten« (HIAG). 1955/56 Schriftleiter der HIAG-Zeitschrift »Der Freiwillige«, später Herausgeber des SS-Rundbriefs »Leitheft«. Früher Drucker der UN und der Zeitschrift »Mut«. Mehrere Verfahren wegen Aufstachelung zum Rassenhaß und Volksverhetzung.

lange vorher als Autor in Erscheinung getreten ist. Die Mitarbeit ist ehrenamtlich, das Heft wird in der Regel kostenlos und häufig unangefordert versandt.

Die Verantwortung für die Artikel in der UN wird in den letzten 3 Jahren von ca. 10 Leuten übernommen, die sich wechselnd für jeweils eine bestimmte Seite oder einen bestimmten Artikel als presserechtlich Verantwortlichen ausgeben. Der Verdacht liegt nahe, daß weit mehr AutoreInnen in der UN schreiben, aus rechtlichen und privaten Gründen jedoch nicht an die Öffentlichkeit wollen. Eine weitere Methode zur Vertuschung der unmittelbaren UN-Autorenschaft ist, daß einer eher rechtsstehenden Zeitung ein empörter Leserbrief geschrieben wird, der dann, wenn er veröffentlicht worden ist, als solcher wieder in der UN auftaucht. Beliebtes Objekt ist dabei die Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), die unseres Wissens dagegen noch nie protestiert hat. Diese Methode wurde offensichtlich eingeführt, um eine juristische Strafverfolgung zu erschweren und um das Erscheinen der UN nicht zu gefährden.

Die unmittelbaren Macher der UN selbst, gerieten früher häufig ins Visier der Justiz. 1978 mußte sich Martin Voigt wegen seiner Behauptung, das »Tagebuch der Anne Frank« sei eine Fälschung, vor Gericht verantworten. Ein Jahr später wurde er wegen Verunglimpfung der BRD zu einer Geldstrafe verurteilt. Er hatte in einem UN-Artikel behauptet, *»die letzte Reichsregierung«* sei *»in einem beispiellosen Banditenstreich abgesetzt worden«* und *»das führerlose, demokratische Zeitalter«* habe begonnen. Obwohl Druckmaschinen und Druckwerke eingezogen wurden, erschienen die UN weiter. Als neuer presserechtlich Verantwortlicher zeichnete in den Jahren 1979 und 1980 Friedhelm Kathagen aus Witten.

1980 wurde Kathagen wegen Aufstachelung zum Rassenhaß und Volksverhetzung zu 6 Monaten auf Bewährung verurteilt. Wegen denselben Anklagepunkten wurde er 1984 zu 1 Jahr und 6 Monaten Freiheitsstrafe verurteilt, die er 1985 antreten sollte. Doch aus unerklärlichen Gründen erfolgte 5 Jahre lang keine Aufforderung zum Strafantritt. Kathagen blieb unbehelligt auf freiem Fuß. Im Oktober 1991 stand Kathagen erneut, diesmal wegen Veröffentlichungen im »Leitheft«, dem *»Rundbrief der ehemaligen Waffen-SS zur Pflege der Kameradschaft, zur Abwehr von Geschichts- und Propagandalügen durch Aufklärung und Dokumentation«*, erneut vor dem Richter, diesmal zusammen mit Johann Brandt als presserechtlich Verantwortlichem und Mathias Brandscheidt.

Auch Brandt ist häufig als Autor bzw. presserechtlich Verantwortlicher der UN hervorgetreten. Die Anklage beinhaltete Volksverhetzung in Tateinheit mit Beleidigung und Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener, davon in einem Fall mit der Verwendung von Kennzeichen verfassungsfeindlicher Organisationen. Eine Hausdurchsuchung bei Hildegard Kathagen, Kathagens Ehefrau, brachte eine »konspirative« Wohnung von Friedhelm Kathagen unter dem Namen G. Engelhard zu Tage, die mit Falltür und einem Eingang durch eine Schrankrückwand gesichert war. Nach Angaben der Angeklagten wurden die beanstandeten Ausgaben des »Leitheft« in einer Auflage von 1.000 bis 1.500 Exemplaren zum Großteil über das ex-ANS/NA-Postfach verschickt.

Das Gericht verurteilte Brandt zu einer Geldstrafe von 150 Tagessätzen zu 50.-DM, Kathagen bekam zu seiner schon zur Hälfte abgesessenen Strafe noch einmal 1 Jahr und 8 Monate auf Bewährung dazu. In der Urteilsbegründung wurde auf das Alter der Angeklagten und auf die von der Anstaltsleitung günstige Prognose für Kathagen hingewiesen. Nicht zuletzt wegen solcher und anderer Strafverfolgungen wurde als ein weiterer Ableger der UFK der DRsK gegründet ■

1. .«NS-Kampfruf Nr.28 von 1978

UN • Postfach 18 26 - -
August 1995 8/9.
UN
UNABHÄNGIGE NACHRICHTEN
Nachrichtendienst und Mitteilungsblatt unabhängiger Freundeskreise



Bonn 3. Oktober

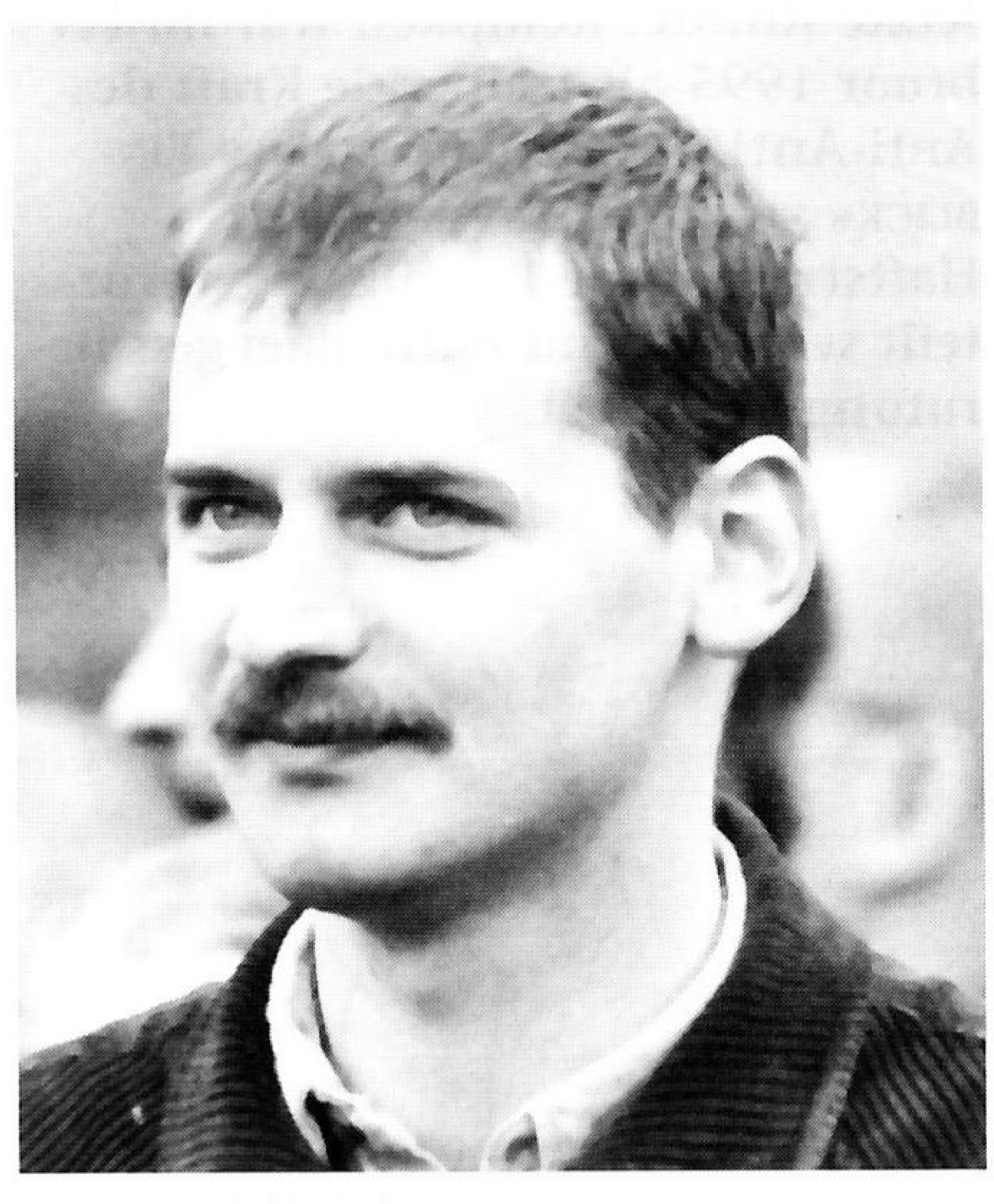
Karnevalsverein schwarz-weiß-rot



Bonn 3. Oktober, Deutschlandtag– mehrere hundert Polizisten eskortieren 149 Nazis durch den sonnigen Mittag. Die TeilnehmerInnen des NPD-Deutschlandtreffens marschieren vom Cityring auf den vollständig abgeriegelten Münsterplatz. Mehr als einen Steinwurf entfernt von einigen hundert aufgebrachten BürgerInnen pfercht die Polizei den profilierungssüchtigen »Nationalen Widerstand« innerhalb der Absperrung in einen viereckigen Laufstall. Die Redner der NPD fordern die Vergrößerung des Deutschen Reiches um diverse europäische Ländereien. Doch antifaschistisch gesinnte Mitmenschen begleiten die übliche Hitlerei auf handbetriebenen Sirenen, so daß das gesprochene Wort vor aller Augen verschwimmt. Die NPD- und JN-Bundesvorsitzenden Udo Voigt und Holger Apfel quälen sich ungehört durch ihre Reden. Das Deutschlandtreffen bleibt der Weite des leeren Platzes und den Sirenen überlassen.

Erwähnenswert ist der Auftritt der altgedienten Intergrationsfigur der militanten Nazi-Szene, Wolfgang Nahrath, der unglaublicherweise nur über seinen Landserhut zu sprechen wußte.

Doch Steigerungen sind möglich: Frank Schwerdt und der stellvertretende NPD-Landesvorsitzende von Thüringen, Schön, trumpfen mit 50 schlecht frisierten, spitzbäuchigen und haarsträubend gekleideten Mittelschichtlern aus Thüringen auf. Das Gros der Masse stellen Mitglieder der sogenannten unabhängigen Kameradschaften u.a. aus Dortmund, Minden, Aschaffenburg und Salzgitter. Dauergäste auf allen Naziveranstaltungen sind wiedermal Thomas Kubiak und eine handvoll SAFler, Norman Kempken, sowie Rene Rodriguez Teuffer und seine Zombie-Kumpel. Lautsprecheranlage und Propagandamaterial bringen die zwei aktiven NPD-Kreisverbände Straubingen und Steinfurt mit. Die Durchführung der Demonstration obliegt dem NPD Bezirksverband Rheinland und dem JN Sicherheitsdienst unter Führung des ambitionierten JN-Kaders Achim Ezer.



Diesem Kreis zu zu rechnen sind die Führer des Bonner- und Rhein/Sieger Kreisverbandes der NPD, Hans-Peter Krieger und Markus Spruck, Sascha Wagner und Michael Prümmer, sowie M. Schöppe (DL) vom Runden Tisch Rheinland. Im Anschluß an die Kundgebung organisierten Spruck und H.R. Klug ein gemeinsames Singen mit JN-Guitarrero Jörg Hähnel und eine Aussprache mit JN-Pressesprecher Klaus Beier. Von 45 anversierten Teilnehmern werden einige sofort abgestraft. Dem Wirt helfen Antifas nachts drauf auf die Sprünge.

oben: der JN-Kader Michael Prümmer aus Stolberg bei Achen, Leiter des Arbeitskreises Internet der JN; wurde nach dem Aufmarsch abgestraft
mitte: Marcus Spruck, Rosengarten 30, St. Augustin; ex-WJ-Aktivist, heute NPD-Kreisvorsitzender im Rhein-Sieg-Kreis
unten: der JN-Liedermacher aus Frankfurt (Oder), Jörg Hähnel, der auch für den JN-Ordnerdienst tätig ist



Trotzdem werten die Nazis die Durchführung der Demonstration als Erfolg. Viel deutet daraufhin, daß unter dem neuen Bundesvorsitzenden Voigt die Zusammenarbeit mit der JN intensiviert wird. Der Einfluß auf Inahlt und Programmatik der NPD ist beim Thema Soziales unverkennbar ausgeprägt. Geschulte JN-Aktivisten können ihren Anhang reibungslos in die brachliegenden, aber exsistenten Regionalstrukturen der NPD eingliedern. Inwieweit und wie schnell die Revitalisierung der NPD gelingen kann, hängt von der Qualität und Durchsetzungskraft der politischen Arbeit der JN-Kader ab. ■

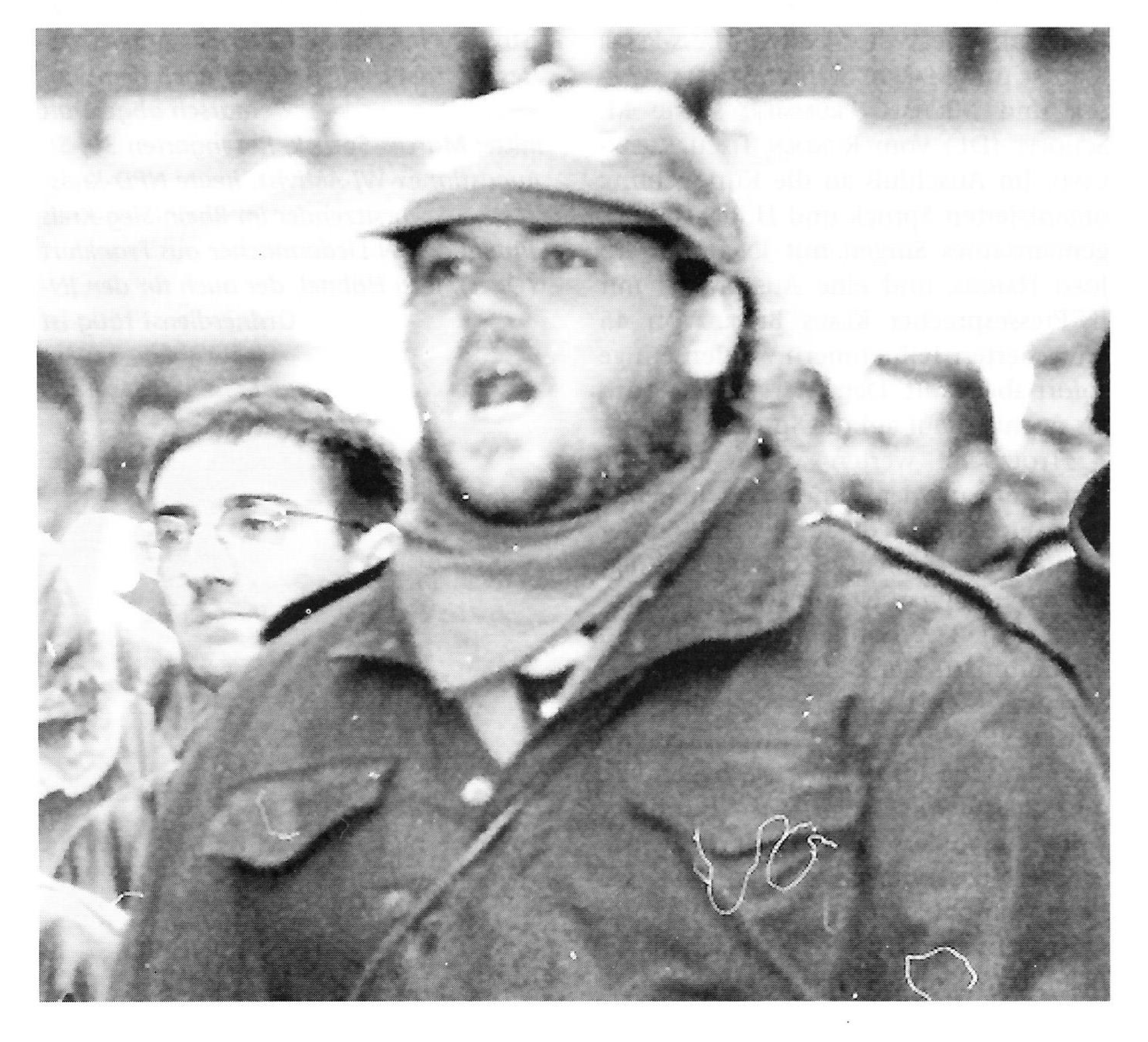
Bewährungsstrafe für »Einblick«-Macher

Am 5.11. ging der Prozeß gegen den HNG-Funktionär NORMAN KEMPKEN vor dem Darmstädter Landgericht in die zweite und vorläufig letzte Runde. Kempken war im Februar 1995 als treibende Kraft des Anti-Antifa-Hetzblattes »DER EINBLICK« zu einer zweijährigen Haftstrafe ohne Bewährung verurteilt worden und hatte dagegen Berufung eingelegt.

In der neuerlichen Verhandlung, für die nur drei Stunden anberaumt wurden, ging es lediglich darum, das Strafmaß zu überdenken, wobei schon im Vorfeld absehbar war, daß das Gericht auf jeden Fall die Strafe zur Bewährung aussetzen würde. Kempken wurde vom Frankfurter Rechtsanwalt HANS-OTTO SIEG vertreten, der sich unlängst als Verteidiger von GERHARD LAUCK in Hamburg und im Koblenzer DA-Nachfolgeprozeß einen einschlägigen Ruf verschaffte. Der Einblick-Macher erhielt eineinhalb Jahre auf Bewährung und 150 Arbeitsstunden.

Interessant erscheinen einige Details aus der Urteilsbegründung. So wurde Kempken zugute gehalten, daß die Straftat nun mehr drei Jahre zurückläge und daß er sich mittlerweile von der Rhein-Main-Neonaziszene gelöst habe. Dies allerdings ist kein allzu großes Kunststück, da Kempken bereits im Frühjahr 1994 nach Nürnberg verzog, dort verschiedene Aktivitäten entwickel te und gar wegen Verbreitung neonazistischer Propaganda zu einer sechsmonatigen Bewährungsstrafe verurteilt wurde. Zur Zeit gibt Kempken Oberhausen (bei Ingolstadt) als Wohnort an.

Norman Kempken beim NPD-Aufmarsch in Bonn am 3.10.1996



Auch wurde bemängelt, daß erstinstanzlich der zweite Hauptangeklagte STEPHANE CUMIC mit einem Jahr auf Bewährung und einer saftigen Geldstrafe wesentlich milder davongekommen sei als Kempken. Dabei ging das Darmstädter Landgericht kaum darauf ein, daß Cumic umfangreiche belastende Aussagen gemacht und von dem Hetzblatt Abstand genommen hatte, während Kempken die Zusammenarbeit mit dem Gericht in beiden Instanzen kategorisch ablehnte.

Desweiteren erschienen dem Gericht die Hetzartikel von Kempken, die u.a. die »endgültige Ausschaltung« der politischen Gegner forderten, als ein »nachvollziehbarer Entschluß«, da Kempken selbst »ins Visier der politischen Gegenseite« geraten sei. Ein Angriff auf seine damalige Rüsselsheimer Wohnung im September 1993, bei dem Sachschaden entstand, habe ihn »emotional« aufgebracht und zu den Gewaltaufrufen veranlaßt. Dabei wurde ignoriert, daß Kempkens Engagement für den »Einblick« erwiesenermaßen mehr als ein halbes Jahr vor dem besagten Angriff begann.

Eine pikante Notiz am Rande: Obwohl ein Verfahren gegen mehrere AntifaschistInnen wegen des Überfalls auf Kempkens Wohnhaus frühzeitig eingestellt wurde, ließ es sich der Richter nicht nehmen, nochmals detailiert auf den Angriff einzugehen und die Namen der damaligen Verdächtigen (zum Mitschreiben?) vorzulesen.

Wollte Rechtsanwalt Sieg noch während des Prozesses aus dem ANTIFASCHISTISCHEN INFOBLATT zitieren, um auf die angebliche Bedrohung seines Mandanten »von links« hinzuweisen, so konnte er darauf schließlich verzichten. Auch ohne sein weiteres Zutun wurde in diesem Prozeß die Opfer- und die Täterrolle einfach mal getauscht – nicht unbedingt ein neues Phänomen in der deutschen Gerichtsbarkeit. Außer den üblichen dpa-Meldungen wurde in der Öffentlichkeit fast nichts über den Prozeß und über die fast schon an eine Ermutigung grenzende Urteilsbegründung bekannt. Die meisten Medien hatten schon im Vorfeld ihr Desinteresse bekundet: »Schnee von gestern«. ■

Bremen

JN-Kreisverband gegrüdet

Am 9. November gründete sich in Bremen der JN/NPD Kreisverband Bremen/Stadt. An dieser Gründung nahmen ca. 60 Alt- und Neonazis teil. Die Hauptredner waren der JN-Bundesvorsitzende HOLGER APFEL, der seinen Wohnsitz in die NPD-Zentrale nach Eningen verlegt hat und der Quedlinburger SrA- und JN Kader STEFFEN HUPKA. Abschluß der Veranstaltung war laut »NATIONALEM INFOTELEFON HAMBURG« ein Liederabend in geselliger Runde.

Tübingen

Ex-HVD-Mitglieder fälschten Unterschriften

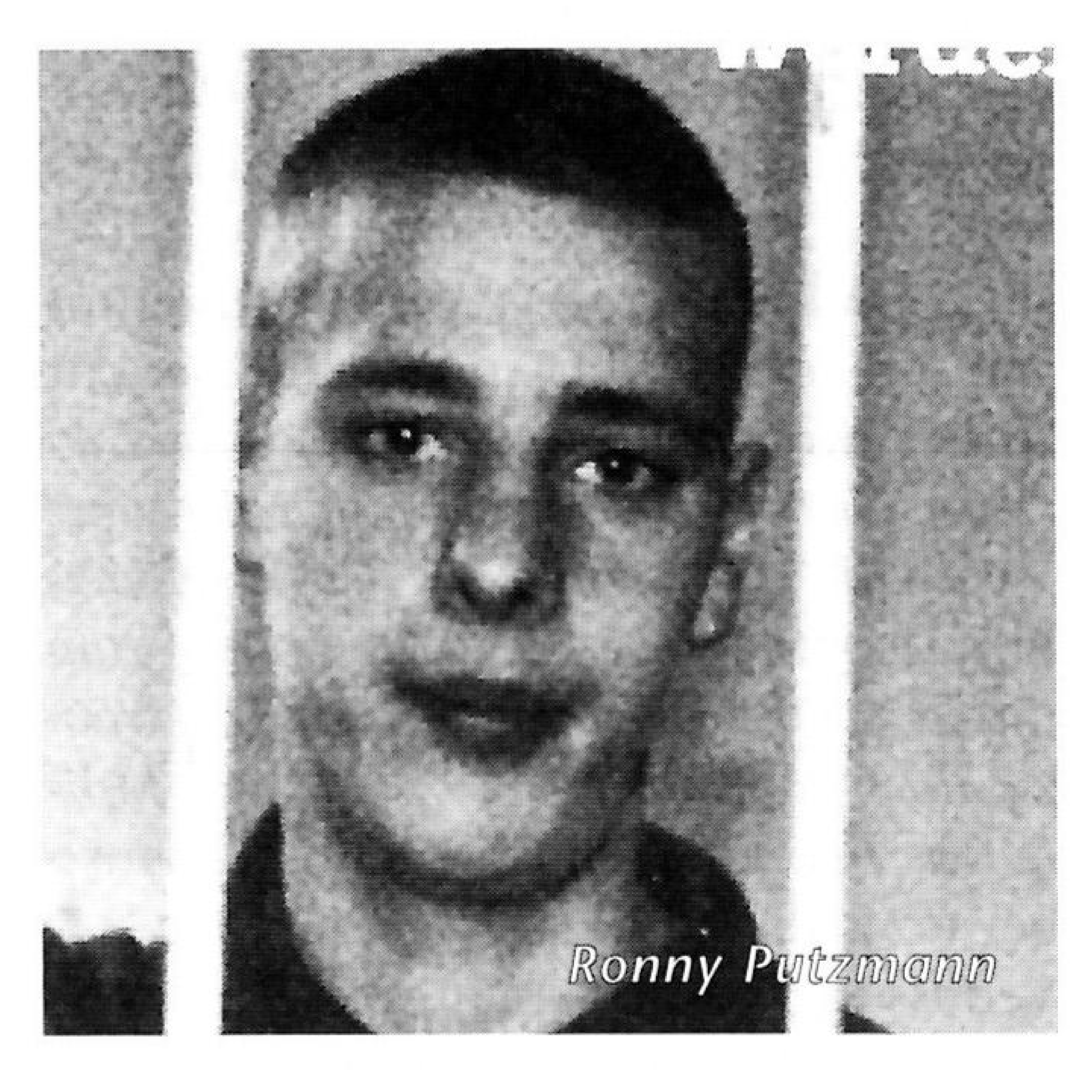
ANDREAS ROSSIAR, Gründungsmitglied und früherer Chef der 1993 verbotenen »HEIMATTREUEN VEREINIGUNG DEUTSCHLANDS« (HVD), mußte sich vor Gericht, wegen dem Fälschen von Unterschriften zur Landtagswahl 1992, verantworten. Damals zogen ca. 70 Mitglieder der HVD durch Reutlingen um Unterschriften für die Zulassung der »Deutschen Liga für Volk und Heimat« (DLVH) zur Landtagswahl zu sammeln. Weil kurz vor Abgabetermin die Listen der legal gesammelten Unterschriften nicht ausreichten, soll die Führungsriege der HVD, die Anweisung zum Fälschen von 50 Unterschriften gegeben haben. Die Sache flog auf und im September diesen Jahres standen fünf ehemalige HVD-Mitglieder vor der 1.Jugendkammer des Tübinger Landgerichts.

Andreas Rossiar und DIRK PLANKENHORN, ehemals Führer der HVD, wiesen jede Schuld von sich. Die anderen Angeklagten belasteten Rossiar jedoch und gaben an, er habe Angst um das von der DLVH für die Unterstützung zugesagte Geld, rund 20.000DM. Das Kreuzverhör von Rossiars Rechsanwalt, JÜRGEN RIEGER aus Hamburg, brachte Richter und Staatsanwalt ins Wanken und ermöglichte die Einstellung des Verfahrens gegen Rossiar, gegen Zahlung einer Geldbuße. Er wurde von Stuttgarter Oberlandesgericht im »Bewegungsprozeß« zu sieben Monaten auf Bewährung verurteilt; deshalb konnte sein Verfahren wegen der zu erwartenden niedrigen Strafe vom Landgericht nur ohne Auflagen eingestellt werden. Die anderen Angeklagten wurden zu Geldbußen von 2.400 bzw. 600 DM verurteilt.

Werningerode

Mordversuch an Antifa

Die Wernigeröder Neonazis sorgen weiterhin für Schlagzeilen. Während eines Konzertes am 19.10. im einzigen alternativen Treffpunkt in Wernigerode, der Kulturbaracke (KuBa), wurde ein linker Jugendlicher vor dem KuBa angefahren. Als Täter wurde der bekannte Wernigeröder Neonazi RONNY PUTZMANN, von Antifas erkannt. Putzmann war zuerst am KuBa vorbeigefahren, als er den Jugendlichen erkannte. Daraufhin wendete er und fuhr mit ziemlich hoher Geschwindigkeit Richtung KuBa. Dort erfaßte sein Wagen den Antifa, der durch den Aufprall schwer verletzt wurde. Putzmann konnte später von der Polizei gestellt werden. Er gehört zu ehemaligen FAP-Kadern aus Wernigerode, die sich nach dem FAP-Verbot im sog. JUGENDBUND E.V. organisiert haben. Der Jugendbund e.V. unterhält Kontakte zum HAMMERSKINNETZWERK und verwaltet den Proberaum der Vereinseigenen Faschoskinband SEK (»SKINHEAD EINSATZ KOMMANDO«). Die Mitglieder des Jugendbund e.V. sind unter dem Namen »RADIKALE OFFENSIVE WERNIGERODE« (ROW) in die SrA-Struktur im Ostharz integriert.


Ronny Putzmann

Eschweiler

Neues zu Rouhs

MANFRED ROUHS, rechter Multifunktionär und Mitglied der Kölner Ratsfraktion der DEUTSCHEN LIGA FÜR VOLK UND HEIMAT, feierte am 26.10.96 seinen Einzug in die neuen Verlagsräume seines »EUROPA VORN« - Verlags in Eschweiler-Dürwiß. Mit ihm feierten ca.250 Neonazis aus dem Bundesgebiet. In den neuen Verlagsräumen wurde zur Feier des Tages ein Konzert mit dem Nazi-Liedermacher FRANK RENNICKE veranstaltet. Das massive Aufgebot der Polizei ließ die Faschisten wie immer ungestört agieren. Ganz anders ihr Verhalten gegenüber einer spontanen Gegendemonstration. Die Polzei verhinderte ein Vordringen bis zu den Verlagsräumen mittels Schlagstockeinsatz. Dabei wurde ein Antifaschist verletzt. Wie lange sich Rouhs in Eschweiler noch wohlfühlen wird ist ungewiß. In der Vergangenheit hatten Aktionen gegen die Büros der DLVH und »Europa Vorn« immer wieder zur Kündigung der Räumlichkeiten geführt. Mittlerweile hat sich eine BürgerInneninitiative »Gemeinsam gegen Neonazis« gegründet, welche Rouhs ungestörtes Arbeiten auf dem Lande ein schnelles Ende bereiten will. Am ersten Treffen der BürgerInneninitiative nahmen ca. 100 Menschen aus Dürwiß teil. Rouhs großkotzige Ankündigung, die neuen Verlagsräume zu einem »Nationalen Zentrum« auszubauen, wird sich demnach wohl nicht erfüllen.

Berlin

Sozialdiakon jagt Besetzer in die Obdachlosigkeit

Die Räumung eines besetzten Hauses in Berlin-Lichtenberg am 31.11.1996 hat der Sozialdiakon MICHAEL HEINISCH zu verantworten. Eine Gruppe von BesetzerInnen, die Ende Oktober durch die harte Räumungspolitik des Berliner Innensenators SCHÖNBOHM obdachlos geworden waren, hatten einem Bericht der »taz« zufolge das Gebäude Pfarrstr.92 kurzzeitig besetzt. Während der Bezirksbürgermeister von Lichtenberg sich angesichts des bevorstehenden Winters um Ausweichquartiere bemühen und die Besetzung für einige Tage dulden wollte, holte Heinisch die Polizei. In dem Gebäude will der Sozialdiakon ein Projekt für arbeits- und obdachlose Jugendliche einrichten, der Ausbau soll in Kürze beginnen. Heinisch war Anfang der 90er wegen seiner diffusen Jugendpolitik in die Kritik geraten.

Als Sozialdiakon hatte er in der Pfarrstraße in unmittelbarere Nachbarschaft mehrerer besetzter Häuser ein Projekt angesiedelt, in dem der damalige Kern der ostberliner Nazis - die führenden Funktionäre der »NATIONALE ALTERNATIVE« - Wohnungen erhalten sollte. Mit der Rolle seiner Schützlinge in der terroristischen Nazi-Szene Berlins hat sich Heinisch dabei nie wirklich auseinandergesetzt.Die von ihm bestellte Polizeiaktion zeigt erneut, daß Heinisch jeweils nur an das von ihm betreute Projekt - in diesem Fall mit 1,2 Mio. vom Senat bezuschußt - denkt.



Wurzen

Antifademo war voller Erfolg

Über 6000 Menschen war dem Aufruf des Leipziger »Bündnis gegen Rechts« in die 17000-Einwohnerstadt Wurzen gefolgt. Damit wurden die Erwartungen bei weitem Übertroffen. Wurzen und der gesamte Muldetalkreis waren in der Vergangenheit immer wieder durch Übergriffe von Neonazis in die Schlagzeilen gekommen. Die bisher über 90 faschistischen Übergriffe werden in Wurzen von der Bevölkerung scheinbar akzeptiert. Auch die Stadtverwaltung leugnet die Existenz einer starken faschistischen Szene. Doch sogar der Verfassungsschutz Sachsen spricht von einem faschistischen Zentrum Wurzen, welches mittlerweile bundesweite Bedeutung hat.

Nach Aussage des »Bündnis gegen Rechts« handelt es sich in Wurzen nicht um ein faschistisches Zentrum im herkömmlichen Sinn. In Wurzen ist die Faschoszene kaum in festen Strukturen organisiert. Die Naziszene ist eher subkulturell gebunden und die von ihr ausgehende Militanz ersetzt bisherige Organisationsprinzipien.

Die Resonanz der Öffentlichkeit war den DemoorganisatorInnen von Anfang an besonders wichtig. So wurde die Demonstration nicht nur von Autonomen und Antifazusammenhängen unterstützt, sondern auch von der PDS, dem BdA und anderen bürgerlichen Gruppen. Trotzdem war das Erscheinungsbild der Demo von den Antifas gekennzeichnet, welche größtenteils aus den neuen Bundesländern kamen. Die Demo wirkt stellenweise wie ein in sich geschlossener »Schwarzer Block«. Die Polizei hielt sich weitgehend zurück und beschränkte sich auf die üblichen Schikanen bei der An- und Abreise. Selbst als die Scheiben der Wurzener Filiale der Dresdner Bank eingeschmissen wurden, griff sie nicht ein. Angesichts 6000 antifaschistischer DemonsrantInnen zogen es auch die Nazis vor lieber zu Haus zu bleiben und nicht zu provozieren. Das »Bündnis gegen Rechts« bewertete die Demonstration als einen phänomenalen Erfolg, da es gelungen sei ein eindrucksvolles Signal gegen die sich bis dato fast ungestört entwickelnde faschistische Szene im Muldetalkreis zu setzten.

Stuttgart

VVN-BdA in Verfassungsschutzbericht Ba-Wü 1995

Die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der AntifaschistInnen und Antifaschisten (VVN-BdA) fordert den Ministerpräsidenten und den Innenminister des Landes Baden-Württemberg auf, unverzüglich dafür zu sorgen, daß die VVN-BdA aus dem Verfassungsschutzbericht herausgenommen wird.

Die VVN-BdA weist die Diffamierungen aus dem Verfassungsschutzbericht zurück, wonach die *»anhaltenden Kontakte der überwiegend jungen Mitglieder einer VVN-BdA/Jugendantifa (in den Kreisvereinigungen Offenburg und Karlsruhe) zum linksextremistischen autonomen Spektrum zu einer Radikalisierung bis hin zur Militanzbereitschaft geführt«* hätte. Ebenso bewertet die VVN-BdA die Aussage des Verfassungsschutzberichtes in der VVN-BdA befinde sich ein *»gewaltbereites Mitgliederpotential«* als einen durchsichtigen Versuch, die VVN-BdA von der Jugend zu isolieren. Aus diesem Grund wurde eine Kampagne für die Streichung der VVN-BdA aus dem Landesverfassungsschutzbericht ins Leben gerufen, deren Ziel es ist, einer Kriminalisierung vorzubeugen und auf die politische Bedeutung dieser Vorgehensweise im Gesamtzusammenhang sowie suf die daraus resultierende Notwendigkeit antifaschistischer Arbeit aufmerksam zu machen. Unterschriftenlisten können angefordert werden bei der:
VVN-BdA Ortenau, Weidenstr.30, 77871 Renchen oder bei VVN-BdA Ba-Wü e.V., Böblinger Str.195, 70199 Stuttgart

Braunschweig

Burschenschaftliches Bundeswehrseminar in Braunschweig

In Braunschweig fand am 8. September ein Bundeswehrseminar statt. Organisiert wurde das Seminar von der rechtsextremen Burschenschaft Germania. Die Burschenschaft Germania, welche zu den schlagenden Verbindungen zählt, ist zusammen mit ca. 120 Bünden an 40 Universitäten und Hochschulen in Deutschland und Österreich, unter dem Dachverband der Deutschen Burschenschaft (DB) organisiert.

Die Germania Braunschweig hatte innerhalb der DB den Vorsitz und wurde darin nunmehr von der Burschenschaft Olympia Wien abgelöst. Die DB und explizit die Burschenschaft Germania, haben gute Verbindungen in das Spektrum der »Neuen Rechten« und zum organisierten Neofaschismus. So war bspw. das Deutsche Rechtsbüro (DRB) des Hamburger Nazianwalts Jürgen Rieger in seiner Anfangszeit über das Postfach der Hamburger Burschenschaft Germania zu erreichen. Die Burschenschaft Germania vertritt vor allem neurechte Positionen. Deshalb ist es auch nicht verweunderlich, daß auf dem Braunschweiger Bundeswehrseminar die beiden Junge Freiheit Autoren Franz Uhle-Wettler und Günther Kießling sprechen sollten. Rund 80 AntifaschistInnen waren dem Aufruf des Asta der Technischen Universität Braunschweig gefolgt und nahmen an einer Protestkundgebung gegen das Seminar teil.

Dabei kam es zu einigen Rangeleien zwischen den AntifaschistInnen und einigen anreisenden SeminarteilnehmerInnen, welche sich gewaltsam den Weg durch die antifaschistische Blockade bahnen wollten. Diese Rangeleien wurden von der Polizei zum Anlaß genommen, um mit Tränengas und Schlagstöcken gegen die AntifaschistInnen vorzugehen. 14 Antifas wurden bei dem Polizeieinsatz festgenommen. Die Antifas wurden ED-Behandelt und bis 4.00 Uhr morgens festgehalten.

Tübingen

Heldentafel zersägt

Zuerst war es eine Gedenktafel für die 78. INFANTERIE- UND STURMDIVISION DER WEHRMACHT, welche im 2.Weltkrieg an Kriegsverbrechen beteiligt war. Doch diese wurde umgestaltet. Zum erstem mal am 1.September, dem Antikriegstag.

Damals hatten verschiedene Tübinger Gruppen das Denkmal in der Tübinger Platanenallee mit einem Tuch verhüllt und zum »Denk-Mal« erklärt. Da das Tuch aber wieder von Unbekannten entfernt worden war, entschlossen sich die »JUNGEN PIONIERE DER ROTEN ARMEE/FRAKTON TÜBINGEN«, das Denkmal längerfristig umzugestalten, um die alljährlichen Kranzniederlegungen der alten Kameraden zu verhindern.

Dazu wurde die Gedenktafel mittels Brecheisen vom Denkmal entfernt und mit der Flex, fein säuberlich zu einem roten Stern zersägt. Dieser wurde zusammen mit einem BekennerInnenschreiben an die Redaktion des Schwäbischen Tageblatt geschickt.

Im BekenerInnenschreiben verwiesen die Tübinger Jungpioniere auf den antifaschistischen Widerstand der Roten Armee und forderten die Stadt Tübingen auf, nunmehr den roten Stern am Denkmal anzubringen.



Berlin-Moabit

Polizei behindert Gedenken

Durch ein massives, provozierendes Auftreten der Berliner Polizei wurde die mittlerweile traditionelle Moabiter Demonstration zum Gedenken an die Opfer des November-Pogroms von 1938 behindert.

Nur ca. 500 TeilnehmerInnen hatten sich an der Putlitzbrücke, einer der Deportations-Sammelstellen, zur Auftaktkundgebung eingefunden. Bereits hier zeigte sich, daß die Polizei ein völlig überzogenes Aufgebot antreten ließ. Von Beginn an wurde der Zug »seitlich begleitet«. Eine kurzfristig angeordnete Routenänderung wurde durchgesetzt: Die Berliner Polizei machte sich zum Büttel des stadtbekannten Moabiter Nazis MIKE PENKERT und verhinderte, daß die Demo dessen Wohnung in der Wilsnacker Str. 13 passierte.

Am Mathilde-Jacob-Platz vor dem Rathaus war eine Kranzniederlagung geplant. MATHILDE JACOB, Moabiter Jüdin, war die Sekretärin ROSA LUXEMBURGS. Die CDU im westberliner Bezirk – unter Führung des stellvertretenden Fraktionsführers im Berliner Abgeordnetenhaus VOLKER LIEPELT – versuchte erfolglos, ein Bürgerbegehren zur Umbennenung des Platzes durchzusetzen.

An diesem 9. November war es die Berliner Polizei, die das Gedenken an die in Theresienstadt ermordete Jacob verhinderte. Der Zugang zur Gedenktafel wurde durch Wannen und Wachhunde blockiert, obgleich von der Demo keinerlei Gefahr ausging. Wie der Einsatzleiter gegenüber Journalisten erklärte, war die Absperrung auf Wunsch des Bezirksbürgermeisters JÖRN JENSEN (Bü 90/ Die Grünen) vorgenommen worden.

Nach längeren Verhandlungen erklärte die Polizei, sie wolle den Demonstranten gestatten, innerhalb eines »Korridors« zur Gedenktafel zu gehen und den Kranz niederzulegen. Ausgerechnet am 9. 11. wollten deutsche Polizisten Demonstranten – unter ihnen Überlebende des antifaschistischen Widerstandes – zumuten, ein Spalier zu passieren.

Die Demo lehnte dies ab und mußte sich der Staatsgewalt beugen. Spontan setzte sich eine Gruppe in Richtung Levetzowstr. in Bewegung, um den Kranz numehr am Mahnmal der ehemaligen Moabiter Synagoge niederzulegen. Durch ein massives Polizeiaufgebot wurde dieser Zug angegriffen, die Kranzträger mit Fäusten auf den Gehweg geprügelt, obgleich der Einsatzleiter ihnen vorher die Fahrbahn zugewiesen hatte, und mehrere Personen festgenommen.

Schließlich gelang es doch noch, den durch die Polizisten beschädigten Kranz in der Levetzowstr. niederzulegen.

Während hier das Andenken an die Opfer des Rassenwahns massiv behindert, antifaschistische DemonstrantInnen provoziert und verprügelt wurden, hatte die Landespolizeischule ihrerseits zu einer Gedenkdemonstration aufgerufen. Das konkrete Verhalten der Polizisten zeigt, wie heuchlerisch diese an sich begrüßenswerte Initiative ist.

Schaumburg

Antifas stören Treffen der Schaumburg-Gesellschaft

Unauffällig hatten sich die Antifas, bei der am 21.9.96 in der Extener Orangerie stattfindenden Herbsttagung der SCHAUMBURGER GESELLSCHAFT FÜR DICHTUNG UND FRÜHGESCHICHTSFORSCHUNG, unter die illustren Gäste gemischt. Alles lauschte einem Vortrag zur nordischen »Thidrekssage« und wurde vom Marburger Historiker PETER SCHRÖDER über die *»Leitbegriffe der deutschen Jugendbewegung in den zwanziger Jahren«* aufgeklärt.

Doch dann sorgten die Antifas für den Eklat. Sie verteilten Flugblätter, auf denen für die Schaumburg-Gesellschaft sehr unangenehme Fragen gestellt wurden.*«Wie kommt es, daß bekannte Rechtsextremisten wir Manfred Roeder Mitglied in der Gesellschaft sind?«* und *»Wie geht es an, daß ein ausgewiesener NPD-Mann unter den Gästen weilt?«*, hieß es da.

Gastgeber und Gesellschaftsmitglied DIETRISCH V. BLOMBERG, reagierte ziemlich gereizt und fühlte sich vom Antifa-Flugblatt persönlich angegriffen. Er leugnete jedoch, von der politischen Einstellung einiger seiner Gäste gewußt zu haben. Doch unter dem Deckmantel von Germanenkult und Nibelungen-Mythos tummeln sich in der Gefolgschaft des verstorbenen Germanenforschers HEINZ RITTERS, namhafte Rechtsextremisten. Das weiß sogar der Verfassungsschutz und will laut Presseangaben die Schaumburg-Gesellschaft in Zukunft vermehrt unter die Lupe nehmen.

NPD-Mitglied WOLFGANG GAEWERT aus Hannover, hatte in der darauffolgenden Nacht die Zerstörung von 3 Autoreifen zu beklagen. Gaewert fungiert in der »VEREINIGTEN LÄNDERVERTRETUNG DES DEUTSCHCEN OSTENS« als »Staatsrat für Rechtswesen«. Für die »JUNGEN NATIONALDEMOKRATEN« referierte er weiland vor den Extrensteinen. Eine Kulisse die auch Heinz Ritter gefallen hätte.

Der »eliminatorische Antisemitismus«

Einige Bemerkungen zu Goldhagens Buch

Goldhagens Buch »Hitlers willige Vollstrecker« ist eine der wichtigsten wissenschaftlichen Veröffentlichungen zum »Holocaust«. Selbst wenn jede einzelne Aussage Goldhagens falsch wäre - was ganz gewiß nicht zutrifft - so wäre es doch sein Verdienst, eine ungeheuer breite Debatte über die Täter im NS-Vernichtungsfeldzug herbeigeführt zu haben. Noch vor einem Jahr befürchteten wir, unter die NS-Vergangenheit sei ein Schlußstrich gezogen worden, Desinteresse mache sich breit. Nichts widerlegt die Befürchtung deutlicher, als zehntausende verkaufter Goldhagen-Bücher, Massenandrang und hohe Einschaltquoten, wo immer der amerikanische Soziologe auftrat. Dabei scheint mir bei einem breiten Publikum - im Gegensatz zur Geschichtswissenschaft, wo Goldhagens Thesen von rechts bis links, von Baring bis Rürup eher abgelehnt werden - die Zustimmung zu überwiegen.

Wo immer ich in den letzten Wochen mit AntifaschistInnen über Goldhagens Buch gesprochen habe, zeigte sich dieses Bild. »*konkret*« und »*junge welt*« kritisierten ihn vor allem wegen seiner freundlichen Bewertung der Deutschen von heute. Die meisten Linken begrüßen seine Thesen inhaltlich. Oft wurde dabei aber auch anerkennend von seinem Mut und seinem souveränen Verhalten im Rahmen der Debatte gesprochen.

Ich sehe eine gewisse Gefahr darin, Goldhagen aus Reflex zuzustimmen: deswegen, weil er besonders kritisch gegenüber den »deutschen Zuständen« ist, an denen wir hier leiden, oder deswegen, weil er von vielen Rezensenten und inhaltlichen Gegnern ausgesprochen unfair behandelt wurde. Sinnvoll wird Goldhagens Buch nur in der kritischen Auseinandersetzung. Allerdings ist die ganze Diskussion überaus verwirrend und kompliziert. Der folgende Artikel stellt nur einen ersten Versuch dar, ein paar Bemerkungen zur Diskussion zu stellen, auf einige kritische Punkte aufmerksam zu machen und die Debatte anzuregen.

»Eliminatorischer Antisemtismus«

Goldhagens zentrale Aussage ist: Beim NS-Vernichtungsfeldzug waren die Beteiligten zu ihren Handlungen nicht verführt oder gezwungen worden. Sie beteiligten sich überwiegend aus Überzeugung am Massenmord. Da die Taten massenhaft durch »ganz normale Deutsche« verübt wurden, kann man davon ausgehen, daß die Mehrheit der Deutschen genauso gehandelt hätte. Diese Aussage kann Goldhagen m.E. überzeugend darlegen.

Damit ist die Motivation der Täter angesprochen. Goldhagen geht davon aus, daß wir einen neuen Interpretationsrahmen für den »Holocaust« brauchen. Die Täter handelten aus antisemitischer Überzeugung. Ihr Antisemitismus sei *eliminatorisch* gewesen, weil er eine »Judenfrage« stellte und eine »Lösung« anstrebte, die auf Ausschluß der Juden, also auf »Elimination« des Problems hinauslief. Seit dem 19. Jhr. sei er zudem rassistisch gewesen. Antisemitismus war, so formuliert Goldhagen, in Deutschland ein *kulturell-kognitives Modell*. D.h. er war ein tief in der Vorstellungswelt der Deutschen verankertes Modell vom dämonischen, bösen Juden als Gegner, ein fester Bestandteil der »politischen Kultur« Deutschlands[1]. Dieses Modell sei in der deutschen Gesellschaft lange vor 1933 *beherrschend* gewesen. Alle (!) gesellschaftlich bedeutenden Institutionen hätten es propagiert. Hitler habe dann die Möglichkeiten geschaffen, das eliminatorische Programm durchzuführen, und zwar als Vernichtungsprogramm. Damit wurde der Antisemitismus *exterminatorisch*.

Goldhagens Antisemitismus-Begriff scheint mir falsch - genauer gesagt: zu undifferenziert. 1942 war diese Überzeugungswelt tatsächlich herrschend. Und vor 1933 gab es auch eliminatorische Tendenzen in der deutschen Gesellschaft, die sehr stark ausgeprägt waren. Wenn man aber annimmt, daß dies schon seit Jahrhunderten beherrschend war, so kann man bestimmte Entwicklungen gar nicht begreifen. Warum kommt es erst 1941 zur Vernichtung? Wie lassen sich *Veränderungen* im Antisemitsmus noch begreifen? Zumal Goldhagen nicht zur Kenntnis nimmt, daß um den Antisemitismus eine vehemente gesellschaftliche Auseinandersetzung geführt wurde. Zu erklären ist, warum sich der Antisemitismus *behauptete*, warum seine Gegner scheiterten. Anzunehmen, es habe sie nicht gegeben, heißt die Geschichte mit der Dampfwalze zu schreiben.

So hat die deutsche sozialistische Arbeiterbewegung, gegen die der Antisemitismus als ideologische Waffe zu Felde geführt wurde[2], mit Erfolg jede antisemitische Tendenz in ihren Reihen über Jahrzehnte zurückgewiesen - und war gleichzeitig die größte Partei Deutschlands, also durchaus eine relevante gesellschaftliche Institution. Im Berliner Antisemitismus-Streit haben sich wichtige Vertreter der deutschen Professorenschaft erfolgreich gegen den Antisemitismus gestellt.

Goldhagens Bild vom Antisemitismus kann dies nicht integrieren, weil ihm Entwicklungen im Grunde unwichtig sind. Antisemitismus ist für ihn latent dauerhaft vorhanden. Unter bestimmten Bedingungen wird er manifest, bricht also aus oder kann aktiviert und mobilisiert werden. Doch genau diese Bedingungen beschreibt er nur unzureichend.

Wo eindeutige Entwicklungsschritte festzustellen sind, dreht Goldhagen die übliche - und für mich überzeugende - Interpretation einfach um. Die Verschmelzung von Antisemitismus und Rassismus wurde bisher zumeist erklärt als Funktion einer sich modernisierenden Gesellschaft. Bei der Wandlung zum Rassenantisemitismus ist aber für Goldhagen der *Rassismus eine Funktion des Antisemitismus*. Letzterer ist quasi autonom und benutzt den Rassismus als Mittel seiner eigenen Modernisierung (S. 91 f). M.E. ist der Antisemitismus als solcher noch keine ausreichende Erklärung

für den »Holocaust« - denn er bedarf selbst der Erklärung.

Seinen zentralen Begriff Antisemitismus definiert Goldhagen übrigens völlig unzulänglich. In einem beiläufigen Einschub wird er erklärt als »*negative Überzeugungen und Gefühle, die Juden als Juden betreffen*« (S. 53 - der *eliminatorische Antisemitismus der Deutschen* ist auf S.39 etwas präziser beschrieben). Selbst wenn man diesen überhistorischen Antisemitismusbegriff akzeptiert, bleiben doch entscheidende Fragen unbeantwortet. Meistens als kulturell-kognitives Modell verstanden, spricht Goldhagen gelegentlich auch von Antisemitismus als Ideologie. Er sagt nichts darüber aus, wie sich beide Begriffe zueinander verhalten. Decken sie sich, schließt der eine den anderen ein? Wenn ja, welcher ist übergeordnet? Auf eine Definition des Begriffes Ideologie verzichtet Goldhagen völlig.

»Das Bewußtsein bestimmt das Sein«

Das entscheidende Problem - und hier scheint mir die linke Zustimmung besonders unreflektiert - liegt in Goldhagens Methode. Seinem Selbstverständnis nach betreibt er das, was man früher »bürgerliche Wissenschaft« nannte. Am deutlichsten wird dies, wenn er im »Epilog« (S.533) in einem kleinen - und völlig unsinnigen - Seitenhieb auf Marx erklärt, er gehe davon aus, das Bewußtsein bestimme das Sein. Aus dieser Sicht kann Ideologie freilich als selbstständig, autonom erscheinen: Antisemitismus als *Axiom*, als *unabhängige Variable*, als *Phänomen sui generis*[3]. Alle diese Begriffe sagen das eine: Antisemismus erklärt sich aus sich selbst heraus, bedarf keiner weiteren Erklärung, kann auch gar nicht durch andere Faktoren erklärt werden. Als Teil des Bewußtseins bestimmt er das gesellschaftliche Sein.

Nun war der Antisemitismus in Deutschland tatsächlich eine besonders wirkungsmächtige Ideologie. Er wurde zur »materiellen Macht« und veränderte seinerseits das gesellschaftliche »Sein«. Aber aus sich selbst kann er nicht erklärt werden.

Zur linken Gesellschaftskritik gehört es, eine Ideologie stets auf ihre gesellschaftliche Funktion hin zu untersuchen. Wenn die Judenfeindschaft sich unter völlig veränderten gesellschaftlichen Bedingungen zum Rassenantisemitismus wandelt und so bestehen bleibt, so ist danach zu fragen, welche Funktionen sie zu erfüllen in der Lage ist. Nicht der Rassismus wird zur Funktion eines autonomen Antisemitismus, sondern die Judenfeindschaft ändert unter veränderten Bedingungen ihre Funktion und entwickelt sich dementsprechend zum Rassenantisemitismus.

Nur in einer solchen Perspektive können wir die Veränderungen begreifen. Es ist ja relativ egal, ob Hitler von 1920 bis 1945 konstant einen Plan zur Judenvernichtung im Sinn hatte - entscheidend ist, unter welchen Bedingungen sich ein solcher Plan verwirklichen ließ. Dann ist zu erklären, was sich zwischen 1920 und 1941 veränderte. Die linke, antifaschistische Bewertung des Goldhagen'schen Buches muß diese Kritik berücksichtigen. Das heißt aber nicht, alle seine Thesen pauschal zurückzuweisen.

Im Nationalsozialismus konnte - das belegt Goldhagen überzeugend - auf ein bestimmtes kulturell-kognitives Modell vom Juden zurückgegriffen werden. Vor dem Hintergrund dieses eliminatorischen Antisemitsmus waren die betroffenen Deutschen fast immer willige Vollstrecker. Es kann daher davon ausgegangen werden, daß die meisten anderen Deutschen ähnlich gehandelt hätten.

Doch auch in dieser Aussage liegt eine Gefahr. Wenn man die Taten der Täter aus deren Selbstverständis heraus erklärt, aus ihrer Prägung durch ein kuturell-kognitives Modell, so kann man leicht zur Entschuldigung ihres Verhaltens kommen. Goldhagen selbst betont immer die Möglichkeit der Deutschen, sich selbst zu entscheiden. Logisch ganz überzeugend ist das nicht. Denn wenn die Deutschen in einer derart vorherrschenden Sicht der Juden befangen waren, so entfällt die Möglichkeit freier Entscheidung. Sie handelten dann so, weil ihre Vorstellungswelt gar keine andere Möglichkeit zuließ.

Tatsächlich fand aber eine gesellschaftliche Auseinandersetzung um den Antisemitismus statt. Es gab Alternativen, die reale Möglichkeit, sich zu entscheiden. Die deutsche Gesellschaft traf eine Entscheidung für den Antisemitismus, bzw. der Antisemitismus setzte sich in der deutschen Gesellschaft durch, weil die Mehrheit sich für ihn entschied. ■

---

1) *kognitiv* heißt wörtlich: die Erkenntnis betreffend. Unter dem soziologischen Begriff »kulturell-kognitiven Modell« muß man sich ein Ensemble von Vorstellungen denken, die in der Wahrnehmung von Angehörigen einer bestimmten Kultur ständig vorhanden und abrufbar sind, also wie selbstverständlich im Alltagsbewußtsein verankert.

2) Eine der wichtigsten Institutionen, die den modernen Antisemitismus in der deutschen Bevölkerung propagierten, war die Christlichsoziale Partei von Hofprediger Adolf Stoecker. Sie war Ende der 1870er Jahre gegründet worden mit dem erklärten Ziel, der aufsteigenden Sozialdemokratie - v.a. durch antisemitische Propaganda - die Anhänger abspenstig zu machen. Im Gegensatz zur NSDAP, die Anfang der 1930er tiefe Einbrüche in die Arbeiterklasse für sich verbuchen konnte, wiesen bedeutende Teile des Proletariats - und besonders die SPD - den Antisemitismus damals konsequent zurück. Stoeckers Partei gewann v.a. kleinbürgerliche Schichten. Es geht nicht darum, proletarischen Antisemitismus zu leugnen - gefragt werden muß vielmehr, was sich änderte, damit antisemitische Propaganda 1930 im Proletariat erfolgreich sein konnte, während sie 1880 abgelehnt wurde. Goldhagens Modell versagt hier völlig, zumal er die Bedeutung der CSP gar nicht zur Kenntnis nimmt.

3) Alle drei Begriffe sind sozialwissenschaftliche Fachbegriffe. *Axiom* ist eine nicht weiter ableitbare Aussage; eine *unabhängige Variable* dient der Erklärung eines Sachverhaltes und muß ihrerseits nicht unbedingt erklärt werden; *sui generis* heißt ein einzigartiges Phänomen, daß aus sich selbst heraus eine eigene Klasse bildet.



W. Heitmeyers Erklärungsansatz zur Entstehung rechtsextremischer Orientierungen bei Jugendlichen

Für die sozialwissenschaftliche Forschung und Praxis in Sachen 'Rechtsextremismus bei Jugendlichen' ist Wilhelm Heitmeyer so etwas wie ein Papst. Seine Popularität gründet auf einem neuen Erklärungsansatz, der sich nicht mehr ausschließlich auf die rechtsextremistisch organisierte Jugendszene konzentriert sondern von rechtsextremistischen Orientierungsmustern ausgeht, die weit über diese Szene hinaus verbreitet sind. Aus dieser Perspektive gesehen ist Rechtsextremismus ein Problem im Zentrum der Gesellschaft. Ein Vorteil dieses Ansatzes ist die Vermeidung personalisierender Sichtweisen, die die Jugendlichen individuell pathologisieren oder als politisch Alleinverantwortliche abstempeln.

Herrschaftswissenschaft ...

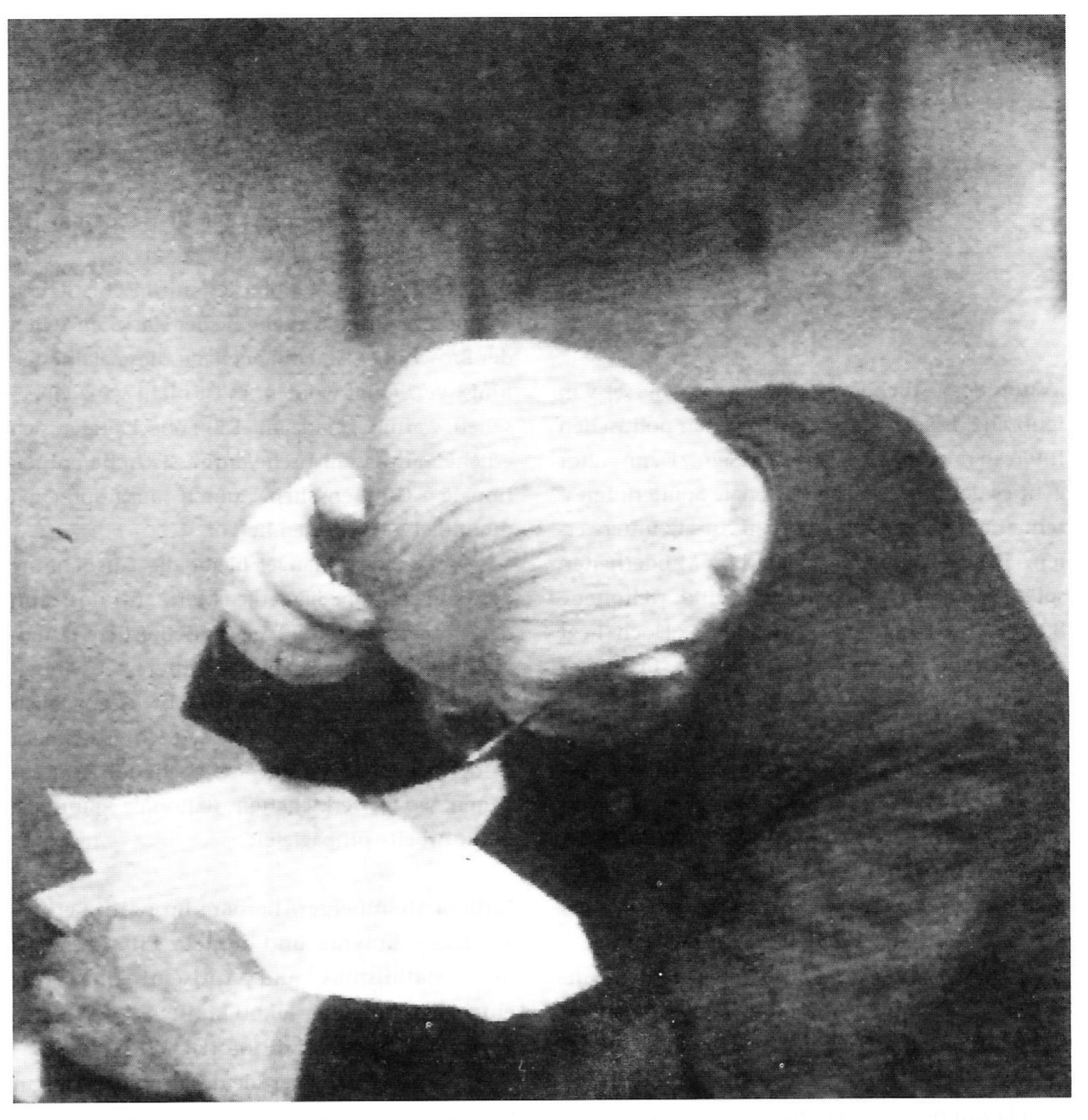
Bis zu diesem Punkt mag Heitmeyers Ansatz als progressiv und links gelten, doch tatsächlich entwickelt er im weiteren ein Musterbeispiel für Psychologie als Herrschaftswissenschaft und angewandte Sozialtechnik:
Rechtsextremistische Orientierungen sind nach Heitmeyer bedingt durch gesamtgesellschaftlich wirksame Desintegrationsprozesse[1], die bei ständiger neokonservativer Ideologieberieselung auf die Identitätsentwicklung der Jugendlichen einwirken. Als politische Subjekte, die sich ihre Orientierungen in der Auseinandersetzung mit der gesellschaftlichen Realität aktiv aneignen, weiterentwickeln und verändern können, tauchen die Jugendlichen bei ihm nicht auf. Aktiv sind die Jugendlichen in Heitmeyers Verständnis lediglich als »psychische Subjekte«, die um Identitätssicherung bemüht sind. Von der Qualität der Identitätsentwicklung hängt es dann ab, ob der Status eines autonomen politischen Subjekts erreicht werden kann oder nicht. Rechtsextremistische Orientierungen sind Heitmeyer aber ein Beweis dafür, daß lediglich eine heteronome[2] Identität entwickelt wurde, in der letztlich kein aktives Handeln sondern nur passives Verhalten bzw. Reagieren möglich ist.

Als wissenschaftlicher Ansatz legitimiert diese Denkweise eine Entpolitisierung des Problems und den Versuch, es von »oben« sozialtechnisch handhabbar zu machen: Zum einen wird die politischen Orientierung der Jugendlichen entpolitisiert, da sie nur noch ein Nebenprodukt einer verpatzten Identitätsentwicklung und darüber hinaus inhaltlich unbedeutend zu sein scheinen. Birgit Rommelspacher, eine der heftigsten KritikerInnen Heitmeyers, spricht von einer Täter-Opfer-Verkehrung, da die jugendlichen TäterInnen zu Opfern der Risikogesellschaft verharmlost würden. Zum anderen wird die politische Verantwortung der Gesellschaft zu einer sozialpolitischen umdefiniert. Von«soziologischem Rechtsextremismus« ist keine Rede mehr und auch auf die realen Machtverhältnisse wird nicht Bezug genommen. Es geht nur noch um gesellschaftliche Verhältnisse, die, so Heitmeyer, den Jugendlichen die Integration verweigern, statt ihnen ausreichend Arbeitsplätze und genügend »Stallwärme« gegen die Kälte der Welt zu vermitteln.

Der Entpolitisierung entspricht eine »Psychologisierung« der Jugendlichen auf der methodologischen Ebene, der Art also, wie Heitmeyer seine wissenschaftlichen Erkenntnisse gewinnt: In seiner Untersuchung stellt Heitmeyer die rechtsextremistischen Orientierungen als direktes Ergebnis der Desintegrationsbedingungen und ihrer Auswirkungen auf die Identitätsentwicklung dar. Diese Konzeption hat nchts mit einem interaktionistischen[3] oder gar dialektischen[4] Verhältnis von Subjekt und Gesellschaft zu tun, sondern reduziert menschliches Verhalten im allgemeinen sowie die politischen Orientierungen im besonderenin schlechter, alter behavioristischer[5] Tradition auf das Reiz-Reaktions-Schema.

Die Ergebnisse der quantitativen Untersuchung[6] erweisen sich bei näherem Hinsehen als Datenschrott, d.h. sie sind auch nach den Kriterien der quantitativen Sozialforschung völlig unbrauchbar, um irgendwelche Hypothesen zu stützen oder zu widerlegen. Wer ungeachtet dieser Schwächen unbedingt etwas aus dem Zahlenmaterial herauslesen will, muß feststellen, daß alle Daten im Gegensatz zu Heitmeyers theoretischen Annahmen stehen: Die Jugendlichen mit rechtsextremistischen Orientierungen sind relativ gut integriert; Mädchen scheinen sehr viel stärker unter gesellschaftlicher Desintegration »zu leiden« als Jungen, sind aber sehr viel distanzierter gegenüber rechtsextremistischen Orientierungen. Auch Heitmeyers Rettungsversuche, Theorie und Empirie[7] in Einklang zu bringen, sind bei näherem Hinsehen untauglich. Seltsamerweise wurden diese Unzulänglichkeiten der Empirie kaum moniert. Scheinbar müssen nur genügend Statistiken und Tabellen vorgelegt werden, um ehrfürchtiges Staunen zu erzeugen.

Die Penetranz, mit der Heitmeyer die inhaltlichen Aspekte der politischen Orientierungen verleugnet, zeigt sich aber auch in seiner qualitativen Untersuchung. Dort berichtet er von einem Jugendlichen, der erklärt, die vielen Ausländer in seinem Viertel würden seine Heimatgefühle beeinträchtigen. Heitmeyer nimmt diese Aussage unhinterfragt als Zeugnis der furchtbaren Desintegrationserfahrungen des Jugendlichen und begreift sie nicht als Ausdruck einer politischen Orientierung, in der sich das (momentane) Verhältnis des Jugendlichen zu sich und der Welt widerspiegelt. Sogar Heitmeyer müßte wissen, daß Stadtbezirke wie Berlin-Kreuzberg oder das Hamburger Schanzenviertel, in denen vergleichweise viele nicht-deutsche Menschen leben, für sehr viele Jugendliche äußerst attraktiv sind, die o.g. Aussage sich also nicht verallgemeinern läßt. Und umgekehrt läßt sich in diesen Vierteln sehr viel schlechter neonazistische Gesinnung zur Schau stellen als in Spandau, Mannheim oder Magdeburg. Man/frau kann also mit Fug und Recht davon ausgehen, daß das Unbehagen des Jugendlichen sehr viel mit seiner politischen Orientierung zu hat. Doch Heitmeyers Interpretation ist nicht nur falsch, sondern auch gefährlich: Es sind nämlich wieder mal »Die Ausländer«, die durch ihre Anwesenheit für die Desintegraton und damit für die rechtsextremistischen Orientierungen der Jugendlichen verantwortlich gemacht werden.



... und Sozialtechnik ...

Die Art und Weise der wissenschaftlichen Annäherung an das Problem bestimmt auch die Bedingungen der Praxis: Heitmeyers Ziel ist die Integration der Jugendlichen, die mit sozialpolitischen Maßnahmen auf verschiedenen Ebenen erreicht werden soll. Der Politik kommt dabei die Aufgabe zu, für ausreichend Ausbildungs- und Arbeitsplätze zu sorgen. Die SozialarbeiterInnen, die, so Heitmeyer, in früheren Jahren die rechten Jugendlichen nicht erreicht und dadurch mit ausgegrenzt hätten, sollten endlich über ihren bornierten linken Schatten springen und aktiv auf diese Jugendlichen zugehen - jedoch nicht zum Zwecke einer politischen Auseinandersetzung sondern im Sinne psychosozialer Integration mit Abenteuerspielplätzen und Ringelpiez. (Der große Fürsprecher der rechten Jugendlichen zeigt hier seine Kehrseite: Er nimmt sie nicht ernst.)

Die gesellschaftliche Funktion der sozialen Befriedung im Dienste der herrschenden Gesellschaft, die die Sozialarbeit schon immer innehatte, tritt hier eindeutig in den Vordergrund. Die SozialabeiterInnen werden von Heitmeyer in die Position reiner »SozialmanagerInnen« gezwungen. Da aber ein SozialarbeiterInnenherz ganz ohne Engagement bei der Arbeit ein gebrochenes Herz ist (und dann die ganze Arbeit nicht funktioniert), haben sich zwei neue Typen des/der Sozialarbeiters/in entwickelt: Zum einen der/die ex-linke KonvertitIn, der/die endlich ein Herz für die desintegrierten, »armen« rechten Jugendlichen entdeckt, und zum anderen den/die eh schon RechteN, der/die legale Räume für seine GesinnungsgenossInnen schafft. Und hier handelt es sich nicht um »Entgleisungen«, sondern um logische Konsequenzen!

... zum Wohle der Gesellschaft!

Mit den gleichen Mitteln, die in den 70er und 80er Jahren helfen sollten, einer bedrohlich »ausufernden« linken bzw. einer sich der produktiven Verwertung verweigernden Szene »Herr« zu werden, versuchen die heutigen SozialtechnikerInnen, die rechte »Jugendbewegung« in den Griff zu bekommen. Welche Erfolgsaussichten hat dieses Vorgehen angesichts der unterschiedlichen Bedeutung links- bzw. rechtsradikaler Positionen für die herrschende Gesellschaft?

Heitmeyers Lob der Integration kann wohl kaum Grundlage eines neuen antifaschistischen Bewußtseins sein, da sie Konflikte eher zudeckt als aufarbeitet[8]. Und tatsächlich ist Sozialarbeit im Sinne Heitmeyers letztlich nur daran interessiert, die Jugendlichen von der Straße zu holen. Ein echter »Gesinnungswandel«, so geben mittlerweile auch VertreterInnen dieser Richtung zu, ist kaum zu erwarten.

Und genau dies ist auch das Traumergebnis für die herrschende Gesellschaft: Ein kontrollierbarer, latenter Rassismus, der nicht »über die Stränge schlägt«, ist unabdingbar für die Aufrechterhaltung von Konkurrenz und Ausbeutung, der beiden wichtigsten Stützen des Systems. ■

---

1. Desintegration/Individualisierung, hier: die Auflösung der Einbindung in die Gesellschaft
2. Autonom bzw. heteronom: selbstbestimmt bzw. fremdbestimmt
3. Interaktion: Wechselseitige Beziehung
4. Dialektisch, hier: sich in Widersprüchen bewegend, entwickelnd
5. Behaviorismus: psychologische Schule, die menschliches Handeln ausschließlich als Reaktionen auf Außenreize erklären will
6. Quantitative Untersuchung: Eine Untersuchung, die nach Anzahl und nicht Inhalt der Aussagen ausgewertet wird (z.B.:Wieviele stimmen einer bestimmten Aussage zu?) - im Gegensatz dazu: Qualitative Untersuchung: Eine auf Güte und Wert der gemachten Aussage gerichtete Untersuchungsauswertung (z.B.:Wer macht welche Aussage warum und unter welchen Bedingungen?)
7. Empirie: der Versuch, wissenschaftliche Erkenntnis aus der Beobachtung der Realität zu gewinnen
8. Creydt, M.: »Individualisierung« als Ursache rassistischer Gewalt? in »Das Argument« 205/1994

Literatur:

Beck, U.: Risikogesellschaft, Frankfurt, 1986

Heitmeyer, W.: Rechtsextremistische Orientierungen bei Jugendlichen, Weinheim, 1987

Heitmeyer, W. u.a.: Die Bielefelder Rechtsextremismusstudie, Weinheim, 1992

Rommelspacher, B.: Rechtsextremistische Täter als Opfer der Risikogesellschaft, in »1999!, 2/91

Bücher, Broschüren, Zeitungen

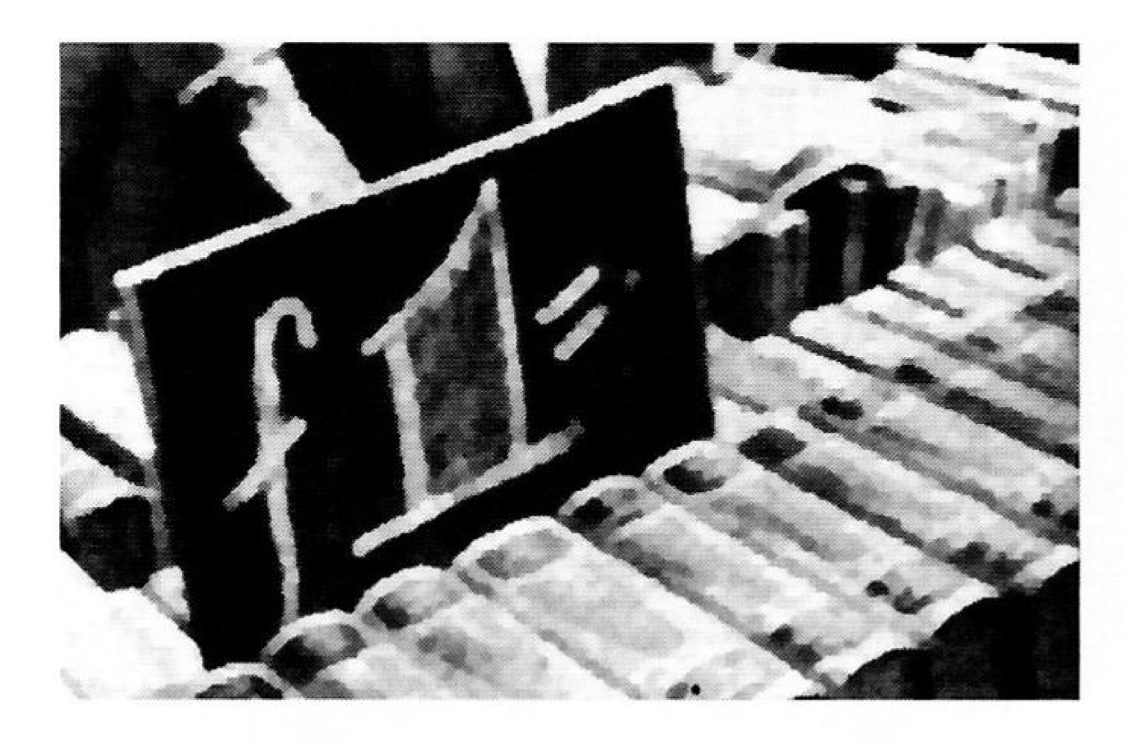
Dieter W. Bricke Minderheiten im östlichen Mitteleuropa.Deutsche und europäische Optionen.Baden Baden 1995. Nomos Verlagsgesellschaft 39,-

Der Autor beschreibt in seiner Studie den Werdegang des Minderheitenschutzes, analysiert und bewertet die Minderheitenpolitik im östlichen Mitteleuropa und macht Vorschläge für eine zukünftige; auch deutsche Minderheitenpolitik. Bricke setzt sich für eine gesamteuropäische Minderheitenpolitik ein, die kurzfristige Interessenspolitik in der Minderheitenfrage verhindern und friedensstabilisierend wirken soll

Die Arbeit ist auf Initiative des Auswärtigen Amtes entstanden, die darin enthaltenen die Länderstudien fussen auf Material der Behörde. So ist es nicht erstaunlich, daß sie sich nicht auf Kritiken aus dem linken Lager bezieht, die der Bundesregierung Großmachtpolitik und pan-germanistische Strategien vorwerfen. Aber die relative Nähe zur Politik des Auswärtigen Amtes mag Brickes Arbeit für »Spezialisten«, die sich intensiver mit der staatlichen Minderheitenpolitik befassen, wiederum interessant machen. Denn seine Vorschläge dürften durchaus Resonanz bei reformfreudigen Vertretern im bundesdeutschen Apparat, erst recht in anderen europäischen Ländern finden. Bricke setzt sich für eine möglichst widerspruchsfreie deutsche (und gesamteuropäische) Minderheitenpolitik ein, die dem Mißtrauen der östlichen Nachbarn aufgrund früherer Erfahrungen gerecht werde. Die Bundesrepublik müsse sich von der Beschränkung des Minderheitenschutzes auf Staatsangehörige lösen und auch die neuen Minderheiten einbeziehen. Die ethnische Zusammensetzung der europäischen Länder habe sich durch Arbeitsmigration, Flucht, politische Vertreibung und auch Besatzung verändert.

Brickes Kritik richtet sich gegen doppelte Standards der Bundesregierung. Während sie von den ostmitteleuropäischen Ländern die Einhaltung sämtlicher UN -und KSZE-Beschlüsse zum Minderheitenschutz fordert und sie in deren Verfassung verankert sehen möchte, erfahren die neuen ethnischen Minderheiten aus Mittel- und Osteuropa genau diesen Schutz nicht. Das Bundesministerium des Innern wehrt sich gegen eine Öffnung gegenüber den neuen Minderheiten, da diese die Homogenität der deutschen Gesellschaft in Frage stellen würde. Andere Autoren werfen der Regierung deshalb auch ein Klammern am »völkisch-ethnischen Nationalismus« vor.

In den Länderstudien beschreibt Bricke die konfliktträchtige Lage der Minderheiten. Die westeuropäische Minderheitenpolitik nach Auflösung des östlichen Blockes nach 1989 sei von Ignoranz, Inkonsequenz und eigenen politischen Interessen bestimmt gewesen sein. Dem Autor geht es darum, daß sich nationale Sonderinteressen einem gesamteuropäischen Ansatz unterwerfen. Die Angehörigen deutscher Minderheiten sollen sich als »demokratische und weltoffene Bürger Gesamteuropas« integrieren. Doch liegt dies gerade im Trend derzeitiger deutscher Außenpolitik, werden sich AntifaschistInnen



Materialien zum rassistischen Brandanschlag in Lübeck - wie Opfer zu Tätern gemacht werden -. Für die gewerkschaftliche Arbeit und die interessierte Öffentlichkeit zusammengestellt von der Projektgruppe Antinazismus der IG Medien, Stuttgart 1996, 492 S., 45,- DM.

Die Jugendbereiche verschiedener Landesverbände der IG Medien haben sich in den vergangenen Monaten mehrfach um die Sache des Antifaschismus bemüht. Eine bundesweit koordinierte Projektgruppe Antinazismus versucht diese Arbeit zu bündeln. Sie hat nun eine fast 500-seitige Dokumentation zum Brandanschlag von Lübeck und zur skandalösen Ermittlungspraxis der dortigen Staatsanwaltschaft zusammengestellt.

Zunächst werden 24 Tafeln einer Ausstellung wiedergegeben, die von der Projektgruppe zusammengestellt wurde. In fünf Teile gliedert sich dann die eigentliche Dokumentation. Erste Pressemeldungen dokumentieren den Umschwung in der Berichterstattung. Die Presse war allzu schnell bereit, die entlastende Version der Staatsanwaltschaft unhinterfragt aufzugreifen. Im zweiten Abschnitt wird die Berichterstattung dann um verschiedene Dokumente aus der Arbeit der »Unterstützerkreise« und der »Internationalen Untersuchungskommission« ergänzt. Der dritte Abschnitt ist dann ganz der antifaschistischen/antirassistischen Öffentlichkeitsarbeit gewidmet. Eine Zäsur sehen die Herausgeber in der Entlassung Safwan Eids. Diesem Zeitraum widmet sich der vierte Teil. Um das Klima aufzuzeigen, in dem der Anschlag, »kein Einzelfall«, verübt wurde, werden im fünften Teil weitere rassistische Übergriffe dokumentiert. Trotz der beachtlichen Leistung und lobenswerten Tendenz der Dokumentation sind Mängel anzuzeigen. So verzichten die Herausgeber - wie die Broschüre im übrigen zeigt sicher nicht aus Faulheit - auf jene kommentierenden und ergänzenden Serviceleistungen, die den LeserInnen die Benutzung erleichtern und der Dokumentation bleibenden Wert verschaffen könnten. Besonders fehlt eine Chronologie der Ereignisse. In der Dokumentation der Medienberichterstattung werden bewußt etliche Stellen stark hervorgehoben oder kommentierende Balken über Artikel gelegt. Dadurch ist nahezu kein Artikel komplett dokumentiert; auch werden die LeserInnen viel zu stark gelenkt. Gerade bei einer Dokumentation sollte aber dieser »pädagogische« Aspekt auf die redaktionellen Beiträge beschränkt bleiben.

Bei der Dokumentation der antifaschistischen Stellungnahmen - sicher eine der stärksten Seiten der Broschüre - ist dann auch auf diese »Hilfestellung« verzichtet worden. Es ist nicht ganz einzusehen, warum: gerade im »Fall Lübeck« taten sich etliche antifaschistische/antirassistische/antinationale »Gutmenschen« durch ausgesprochen dümmliche Positionen hervor.

Trotz dieser Mängel bleibt die Ausrichtung der Projektgruppe bemerkenswert: »für uns kann der Ausgangspunkt (.) gewerkschaftlicher Aktivität nur die internationale Interessenseinheit der Ausgebeuteten sein, und nicht (.) angeblich 'gemeinsame Interessen' mit den Unternehmern (.) der 'eigenen' Nation« - erfrischende Töne in Zeiten, wo Gewerkschaften nationale »Bündnisse für Arbeit« propagieren.

Nathan Steimberger/ Barbara Broggini Berlin - Moskau - Kolyma und zurück. Ein Gespräch über Stalinismus und Antisemitismus Mit einem Vorwort von Jakob Moneta Berlin-Amsterdam. Edition ID-Archiv 24,-

Kommunisten wie der deutsche Jude Nathan Steinberger, die nach jahrelanger Lagerhaft und Verbannung in die DDR zurückgekehrt waren, wurden mißtrauisch von den Staatsorganen beäugt. Sie waren der lebende Beweis dafür, daß es nicht *die* deutschen Kommunisten aus dem sowjetischen Exil waren, die an der Spitze der DDR standen. »*Das waren vielmehr Überbleibsel, kleine Überbleibsel aus der großen Zahl deutscher Antifaschisten, nicht nur Kommunisten, die vom NKWD aufgerieben und entweder hingerichtet wurden oder in den Lagern ums Leben gekommen sind.*« Nur wenige wie das Ehepaar Steinberger überlebten und nur eine Minderheit dieser Überlebenden konnten sich am Aufbau der DDR beteiligen.

Im Gespräch mit Barbara Broggini durchläuft Steinberger die wichtigsten Stationen seines Lebens. Schon als Jugendlicher im Kommunistischen Jugendverband organisiert, war er als Angehöriger der »Karl Korsch-Gruppe« (der Rätetheoretiker Korsch gehörte KPD-Linken) zur vorübergehend ausgeschlossen worden. Nach seinem Studium ist er, über die Komintern vermittelt, am Moskauer Internationalen Agrarinstitut als Spezialist tätig. Die Nazis bürgerten den jüdischen Kommunisten 1934 aus. Im Zuge der Schauprozesse wird Steinberger 1937 zunächst zu fünf Jahre Arbeitslager verurteilt. Die Jahre bis 1955 muß er im ostsibirischen Kolyma verbringen, das erste Jahrzehnt im Lager, danach in der Verbannung. Die deutschen Antifaschisten, gleich ob in Freiheit oder im Lager, waren nach dem Angriff Hitlerdeutschlands eindeutig zum Kampf auf der Seite der Sowjetunion bereit. Dennoch ließ Stalin sie als Angehörige einer Feindesmacht nach Sibirien oder Mittelasien deportie-

ren. Nach dem Krieg setzte sich Wilhelm Pieck energisch für die Rückkehr, nach Steinbergers Wissen der einzige im Politbüro der SED. Doch nur wenige gelangten vor Stalins Tod in Freiheit. Allen Freunden Steinbergers, die vor den Nazis in die Sowjetunion geflüchtet waren, wurde ihr Exilland zur tödlichen Falle.

Einen Schwerpunkt des Gesprächs Broggini/Steinberger bildet der Antisemitismus in der SU. Der Stalin-Hitler-Pakt 1939 brachte einen antisemitischen Schub mit sich, der Antisemitismus der Nazis fand in Teilen der sowjetischen Bevölkerung Anklang. Als Herrschaftsinstrument setzte Stalin den Antisemitismus nach Steinbergers Beobachtung in vollem Maße aber erst nach dem II. Weltkrieg ein. Stalins Tod verhinderte, daß es zu der geplanten massenhaften Vertreibung der Juden aus Rußland nach Sibirien und Kasachstan kam.

Als das Ehepaar Steinberger 1955 mit seiner Frau in die DDR kam, engagierten sich beide gleich in der Jüdischen Gemeinde bei. Damit brüskierten sie die Führung ihrer Partei. Steinberger war zu dem Schluß gekommen, daß dem Antisemitismus in Europa am ehesten entgegenzutreten sei, wenn die Existenz eines eigenen Staates den Juden Rückhalt gebe. Nun in der DDR, war er der Meinung, daß sich die Juden, unabhängig von der Religion, organisieren müßten, um sich als Mensch zu behaupten. Mit dieser Position hatte Steinberger keine Aussichten, in hohe Leitungsfunktionen aufzusteigen - worüber er heute froh ist.

Steinbergers Schicksal im Sowjetexil steht stellvertretend für das vieler deutscher Antifaschisten und Kommunisten. Seine Darstellung ist sachlich und differenziert. Dadurch mag manchen Lesern die persönliche Seite, durch welche Tiefen der Kommunist Steinberger gegangen ist und wie er die Enttäuschungen verkraften konnte, zu kurz kommen. Für junge AntifaschistInnen ist dieses Buch zu empfehlen, zumal Teile der antifaschistische Bewegung Anfälligkeit für die offizielle Geschichtsversion der Komintern



Betr. Hinweis zu Kurzmeldungen / Dänemark: Thies 2 in der Ausgabe Juli / August 1996, Seite 43

Wenn immer es möglich, kaufe ich mir das Antifaschistische Info-Blatt, um es mit großem Interesse zu lesen. So auch am 20.8.96 die Ausgabe Juli-August 1996. Dort fand ich auf Seite 43 die größten Einzelspender von Thies Christophersen veröffentlicht, darunter einen Hans Bormann, mit dem Zusatz »*Sohn des NSDAP Kanzleichefs Martin Bormann*«. Da ich vor kurzem ein Buch über Martin Bormann (Jochen v. Lang, Der Sekretär) gelesen habe, in dem auch seine Söhne vorkommen, habe ich in diesem Buch noch einmal nachgeschlagen. Dort ist weder bei den persönlichen Notizen (Geburtstage der Kinder) noch im Personenverzeichnis ein Sohn namens »Hans« erwähnt

H.G.

Eine Leserin sendet uns Anmerkungen zum Artikel über Annegret Stopczyk *(»Leib«-Philosophie und New Age - Grundbausteine des Feminismus?, in: AIB Nr.36, S.40 ff. Alle Anmerkungen stammen von der AIB-Redaktion). Im Sinne einer fairen Auseinandersetzung innerhalb der Linken wollen wir darüberhinaus auf Kritik aufmerksam machen. Unsere FreundInnen vom »Rechten Rand« - wo der Artikel ebenfalls abgedruckt wurde - erhielten mehrere Zuschriften von aktiven Feministinnen, die z.T. seit längerem mit Stopczyk zusammenarbeiten. Nachzulesen ist die Kritik im RR Nr.42, S.20.*

Die Redaktion

Zuerst muß ich sagen, daß ich mich in der Kabbala[1] viel zu wenig auskenne; weder die Zusammenhänge noch das genaue Glaubensbild sind mir bis jetzt klar. Ich muß mich da erst »kluglesen«. Die Kabbala auf jeden Fall ist eine mystische Glaubensrichtung im Judentum. Die Basis der Kabbala ist der Glaube an das Zusammenwirken von göttlichen Kräften, den sogenannten »Sefiroth«[2], die durch »En Sof«[3], den jenseitigen Gott, entstanden sind und das Geschehen der diesseitigen Welt bestimmen. Diese Sefiroth haben übrigens wunderschöne Namen, Chochmah beispielsweise, oder Tifereth[4]. Pico della Mirandola oder Johannes Reuchlin[5] waren z.B. christliche Kabbalisten. Tja, und wie genau die Sophia[6] jetzt da mit drinhängt, weiß ich nicht, jedenfalls gehört sie auch irgendwie in die Kabbala: Damals war Gott sowohl Frau als auch Mann. Der weibliche Teil, die *Sophia* oder Ennoia, entschloß sich auf eigene Faust, ohne Zuhilfenahme des männlichen Teils, das Universum zu schaffen. Vielleicht hat Stopczyk die Sophia aus diesem Schöpfungsmythos; es würde zu ihrer Leib-Philosophie passen. Sophia als »Urfrau«, »wahre Frau«, die als Ganzes (»Leib« und Geist, oder so) einfach anfängt, die Welt zu kreieren - und nicht lange rässoniert oder philosophiert.

Sophia also; als Denkbild und uralter Erfahrungswert und Erkenntnis der Frauen, die in sich immer das »Bildnis« der Sophia tragen. So ähnlich auf jeden Fall stelle ich mir das vor. Allerdings kennt Stopczyk dann wohl die Fortsetzung nicht: Sophia stachelt den Demiurgen[7] an (ob sie ihn erst geschaffen hat oder ob er schon da war, weiß ich nicht, ich nehme jedoch das erstere an, dann hat die ganze Chose mehr Logik), doch endlich mit ihr die weitere Welt zu schaffen. Der Demiurg jedoch ist ein elender Kurpfuscher und versaut alles.

Außerdem ist die Urmaterie schlecht und das Resultat ist, daß die Sophia in der »Schöpfung« steckenbleibt, quasi als Gefangene der Welt...Nachlesen kann man das alles und noch viel mehr im »Foucault'schen Pendel« von Umberto Eco - wirklich ein interessantes Buch!!

Gruß, C.

1. Kabbala: - Werk der mittelalterlichen jüdischen Mystik; heute ein Bezugspunkt für verschiedene esoterische Richtungen
2. Sefiroth: - von hebr. Zählen
3. En Sof: - hebr. Unendlich, der Unendliche (= Gott)
4. Tifereth: - hebr. Schönheit; Chochmah: - hebr. Weisheit
5. Pico della Mirandola (1463-1494) - mystischer Philosoph; Reuchlin, Johannes (1455-1522) - humanistischer Philosoph.
6. Sophia - griech.: Weisheit.
7. Demiurg - griech.-lat.: Weltbeweger, »Allbeweger«.

Hallo Antifa Infoblatt RedaktuerInnen.

Seit Jahren lesen wir Eure Zeitschrift. Als wir aber den Artikel über Wittenberg lasen, verschlug uns die Sprache. Wir arbeiten als Antifa Dessau sehr viel an der Aufdeckung faschistischer Strukturen im WB mit.

Was uns stört ist Euer letzten Satz. Wir haben versucht den Satz aus verschiedenen Richtungen zu betrachten und kommen immer wieder zu demselben Schluß: wir (die anderen BesucherInnen eingeschlossen), werden auch durch Eure Schreibweise nicht zu Nazis (wäre ja noch schöner)!!

Da wir in allen Verhandlungstagen anwesend waren, wissen wir auch wovon wir reden. Wittenberger Faschisten waren nur an den ersten 2 Tagen anwesend. Wobei diese am ersten Tag als Belastungszeugen auftraten und am zweiten Tag als Besucher dort waren. Sie konnten aber durch konsequentes Auftreten des Saales verwiesen werden.

Soviel dazu. Kommen wir nun zu etwas anderem. Entgegen Eure Meldung zum 17.8., haben wir ganz andere Erfahrungen gemacht. Die Nationalen Infotelefone konnten sich nicht mangelnder Interessenten beklagen. In den Tagen vor dem 17. haben AntifaschistInnen in Sachsen-Anhalt und Thüringen diese Telefone zur öfteren zu Rate gezogen. Die Menschen, die diese bedient haben, waren sehr umgänglich.

So war es uns möglich zwei Tage vor dem Datum, mehrere mögliche Aufmarschorte in Sachsen-Anhalt zu erfragen. Dies ging völlig ohne vorher vereinbarte Kodierungen. Der Aufmarschort Merseburg war uns auch schon vorher bekannt. Leider glaubte keine/r von uns so richtig daran. Letztendesmußten wir uns in Merseburg einer Übermacht von Bullen und Faschos »geschlagen geben«.

Mit freundlichen Grüßen einige

Zum Regionalismus der LEGA NORD

Als sich die Lega Ende der achtziger Jahre von einem Grüpplein ethno-regionalistischer »BrauchtumpflegerInnen« zu einem immer grösser werdenden Sammelbecken unzufriedener BürgerInnen entwickelt hatte, tauchten in Norditalien überall ihre Slogans auf:

»Roma ladrona: la Lega non perdona« (in etwa: »Diebisches Rom: Die Lega verzeiht nicht«) oder »La Lega ce l´ ha duro« (in etwa »Die Lega hat einen harten Schwanz«). Die Brutalität und Obszönität Umberto BOSSIS und seiner Leute wurde als »ehrliche« und »offene« Sprache interpretiert, Bossi war der, »der endlich sagte, was einmal gesagt werden musste«.

Die Stärke und die Schwäche der Lega liegen in ihrer Zielgruppe, den norditalienischen Unzufriedenen, wobei die Grenze zwischen Norden und Süden eher fließend war, bis nun der Po zur Grenzlinie zwischen »Padanien« und dem Rest Italiens erklärt wurde.Doch die »geographische« Grenze des legistischen Einflusses wurde eigentlich schon mit den Wahlen 1994 gezogen, als sich zeigte, daß das Einflußgebiet der Lega auf die Regionen nördlich vom Po beschränkt bleiben wird und die Lega nie zu einer Partei werden wird, die sich über ganz Italien erstrecken kann. Die Erfindung einer von den Alpen und vom Po begrenzten Region »Padanien«, die weder ein historisches noch ein kulturelles Fundament hat, ist vor allem ein Bluff, der den effektiven Einflußbereich der Lega größer darstellen soll, als er tatsächlich ist. in der »Bustina di Minerva«[1] vom 25.9.96 macht sich Umberto ECO über das vorgesehene »padanische« Schulsystem lustig, das als Unterrichtssprache den lokalen Dialekt und als Fremdsprache Englisch vorsieht. Er weist darauf hin, daß keine Sprache aufgezwungen werden kann (vor allem jetzt, da die Massenmedien eine der wichtigsten Sprachsozialisierungsinstanzen darstellen) und daß z. B. bergamsakische Übersetzungen der »Odysse« ,der »Kritik der reinen Vernunft« oder von Mathematiklehrbüchern mehr als grotesk wären.

Daß es sich bei dem »padanischen Regionalismus« nicht um das Bedürfnis nach autonomistischen Föderalismus, sondern einzig um die Mobilisierung regionalistischer Emotionen handelt, darauf weist auch der Ex-Partisan und Publizist Giorgio BOCCA hin: In seiner Kolumne »l´Antiitaliano«[2] vom 29.10.96 zeigt er sehr gut auf, daß sich die Lega im Grunde kein bischen um »ihre« Region kümmert, daß sie die ökologischen und geographischen Gegebenheiten »Padaniens« nicht kennen und keines der schon lange anstehenden Projekte, wie die Verschmutzung des Po und der Adria zu beheben, Mailand mit dem Po zu verbinden, den Eisenbahn- und Autoverkehr zu organisieren, ... auch nur diskutiert hätten.

Die peinliche »Massendemonstration«, die im September von der Lega organisiert wurde zeigt, daß die aktive Basis dieser »BürgerInnenbewegung« nicht halb so groß ist, wie behauptet wurde. Die Gefahr der Lega besteht vielmehr darin, daß sie genügend Abgeordnete hat, um für eine Parlamentsmehrheit ausschlaggebend zu sein. Darum verhandelt sie aus einer eher starken Position heraus. Doch sie beschränkt sich zu sehr auf die Ängste des industrialisierten Nordens, wo sich dank billigen Arbeitskräften aus dem landwirtschaftlichen Süden viele UnternehmerInnen eine goldene Nase verdient haben. Mit der Wirtschaftskrise wurde dieser Wohlstand bedroht, und Bossi wußte dieser Angst, die sich in diffuse Aggression umwandelte, zwei Hauptfeindbilder zu geben: die SüditalienerInnen und die Bürokratie.

Das Feindbild »SüditalienerInnen« dient der legistischen Identitätsstiftung, da sich der norditalienische Regionalismus durch die Negation dieses Feindbildes definiert: SüditalienerInnen sind arbeitsscheu und lassen sich von den Steuergeldern des Nordens aushalten, also sind NorditalienerInnen arbeitsam und vom Süden ausgebeutet. Luigi MORETTI, legistischer Europaabgeordneter hat das 1989 so formuliert: »Rassisten, wir ? Das ist doch lächerlich. Wir Lombarden sind ein unterdrücktes Volk (...) Rassisten sind sie, die Mafiosi, die die römischen Parteien lenken. Die, die auf dem Rücken der arbeiteden Leute des Nordens leben; die, die reden statt zu arbeiten und sich unseren Brüdern nur dann erklären, wenn es zu Tisch geht. Niemals, daß sie sich morgens um sechs daran erinnerten, wenn wir Lombarden aufstehen, um arbeiten zu gehen.«[3]

Die ganze »Ausbeutung« des Nordens wird gemäß Lega Nord durch die von den Parteien verwaltete und von der Mafia gelenkte Bürokratie ermöglicht. Und da die Lega als junge Partei (noch) nicht in Korruptionsskandale verwickelt sein konnte war es ihr auch möglich, sich als einzige Alternative im 1992 entstadenen Debakel zu präsentieren. Gerade in der Zeit als sämtliche Parteien ihr Gesicht verloren hatten und die zwei Mächtigsten, die während der gesamten ersten Republik am Ruder waren, die DEMOCRAZIA CRISTIANA (Christdemokraten) und die PSI (Sozialistische Partei Italiens) aufgelöst wurden, betonte die Lega keine eigentliche Partei zu sein.

Die Lega Nord stellt sich als eine Art BürgerInnenrechtsbewegung dar (die aber in extrem hierarchischer und undemokratischer Weise organisiert ist), die für die Rechte der«ausgebeuteten« NorditalienerInnen kämpft. Interressant ist, daß die Lega eine fast identische WählerInnenverteilung hat, wie die korrupte Partei par exellence: die alte Democrazia Cristiana(DC). Sie lebt also von den Stimmen der antikommunistischen, katholischen Bourgeoisie. Das »Programm« der Lega spiegelt die klassischen Werte der reaktionären KatholikInnen wider, ist also zu einem Ersatz für die DC geworden, in einer Zeit inder die Kirche als Struktur nicht mehr in der

Lage war die Ängste und Orientierungslosigkeit ihrer AnhängerInnen zu bekämpfen (Legaabgeordneter Domenico Comino: »Wir haben zwar mit der Kirche gestritten, aber der heilige Vater ist mit uns«).[4]

Und genau wie die Kirche bietet die Lega eine kräftige Portion Mythos um sich und ihre widersprüchlichen und unklaren Positionen zu legitimieren. Es sind natürlich die armen Kelten, die ein weiteres Mal für die Legitimation absurder Ideen herhalten müssen. So fordert der Verantwortliche für die »Jung-Lega«, Massimiliano Romeo, den Unterricht keltischer Musik an den »padanischen« Schulen, und Gilberto Oneto, Minister der ersten legistischen »Gegenregierung«, behauptet, daß die »padanischen Ahnen« in einer goldenen Zeit gelebt haben sollen, bevor die Römer über die Apenninen gekommen sind, während der Europaabgeordnete Farasino sich als Nachkomme Barbarossas zu beweisen versucht ...[5] Die Gefahr, die von diesen Ahnen von Asterix & Obelix ausgeht besteht in der wichtigen Rolle, die sie trotz ihrer stimmenmäßigen und geographischen Beschränktheit haben, sie brachten damals Berlusconi und die FaschistInnen an die Macht und sie haben mit der Ausrufung der »Republik Padanien« sämtlichen nationalistischen Kräften Auftrieb gegeben. ■

1,2,4,5. »L´Espresso«, 26.9.96
3. M. Braun, »Italiens politische Zukunft«, Frankfurt a. M. , Fischer, 1994

Die Pinhas-Legende

"Let the High Praises of God Be In Their Mouth,
And a Twoedged Sword In Their Hand..." Ps.149:6
ARYAN NATIONS
Aryan Nations
P.O. Box 362
Church of Jesus Christ Christian
(208) 772-2408

Rechte Terrorzellen berufen sich auf die Bibel

Diesen Artikel erhielten wir vom USA-Korrespondenten der englischen antifaschistischen Zeitung »SEARCHLIGHT«, die in der letzten Zeit mit enthüllenden Artikeln über das Apartheid-Regime in Südafrika und die Ermordung von Olof Palme für Aufsehen sorgte.

Wegen mehrerer Banküberfälle und Bombenanschläge wurde im Oktober im Nordwesten der USA Anklage gegen drei Männer erhoben. Die drei Verdächtigen Robert Berry, Charles Barbee und Jay Merrill haben Verbindungen zu einer Christian Identity (christliche Identität) Kirche unweit des Hauptquartiers der nazistischen Aryan Nations im Bundesstaat Idaho. Die drei werden beschuldigt, im vergangenen April eine Bank bei Spokane (Bundesstaat Washington) ausgeraubt zu haben und zur Ablenkung gleichzeitig einen Bombenanschlag auf eine nahegelegene Tageszeitung verübt zu haben. Das Gleiche lief im Juli mit einer Bombe gegen eine Frauenklinik. Zu den Verhaftungen kam es nach einem fehlgeschlagenen Banküberfall im Oktober. Dabei beschlagnahmte die Polizei Splittergranaten, Maschinengewehre, Handfeuerwaffen, eine Kopie der US-Verfassung und eine Bibel.

Die »Christliche Identität« ist die dominante (wenn auch nicht die einzige) religiöse Strömung in der radikalen Rechten der USA. Diese Lehre behauptet, daß weiße Nordeuropäer die »rassischen« Nachkommen des biblischen Volkes Israel sind. Juden gelten als satanisch und »Farbige« als seelenlose »Erdmenschen«. Dave Barley, der Chef der Kirche von Sandpoint, ist ein enger Weggefährte von Louis Beam. Beam ist ein früherer Ku-Klux-Klan-Führer aus Texas und hat die Strategie des »führerlosen Widerstands« entwickelt (siehe auch die USA-Beilage in AIB Nr. 33). Die Kirche hat auch mehrmals den Aktienhändler Richard Kelly Hoskins aus Virginia eingeladen. In seinem Buch »Vigilantes of Christendom« propagiert Hoskins die sogenannte »Pinhas Priesterschaft« als neue Form von rassistischer Gewalt.

»Leaderless Resistance« und »Phineas Priesthood« (die englische Schreibweise für Pinhas) verlangen den Aufbau von kleinen klandestinen Terrorzellen. Um eine Infiltration durch die Polizei zu verhindern, stehen diese Zellen organisatorisch nicht miteinander in Verbindung. Die Bankräuber vom April hinterließen Bekennerschreiben mit Bibelzitaten, die auf Pinhas hinwiesen.

Im vierten Buch Mose tötet der Priester Pinhas einen anderen Israeliten, weil der mit einer Moabiterin (einer Angehörigen eines anderen Volkes) schläft. Die heutigen militanten weißen Rassisten interpretieren diese Geschichte als theologische Rechtfertigung für Mord als Vergeltung für »Rassenschande«. In den vergangenen fünf Jahren haben verschiedene »arische« Gruppen die Pinhas-Legende für sich reklamiert. (Auch bei Mordanschlägen gegen Abtreibungsärzte berief man sich auf die Pinhas-Story, Anm. d. Übers.).

Im Januar 1996 verhaftete das FBI eine ähnliche Gruppe, die sich Arische Republikanische Armee nannte und im US-Mittelwesten agierte. Innerhalb von anderthalb Jahren soll diese Gruppe 22 Banken überfallen haben und eine Viertelmillion Dollar (knapp 400.000 Mark) an einen Vertreter der (legalen) Nazi-Organisation Aryan Nations übergeben haben. Die Gruppe hatte Verbindungen zu der Identitäts-«Kommune« Elohim City in Oklahoma (siehe auch »konkret« 11/96).

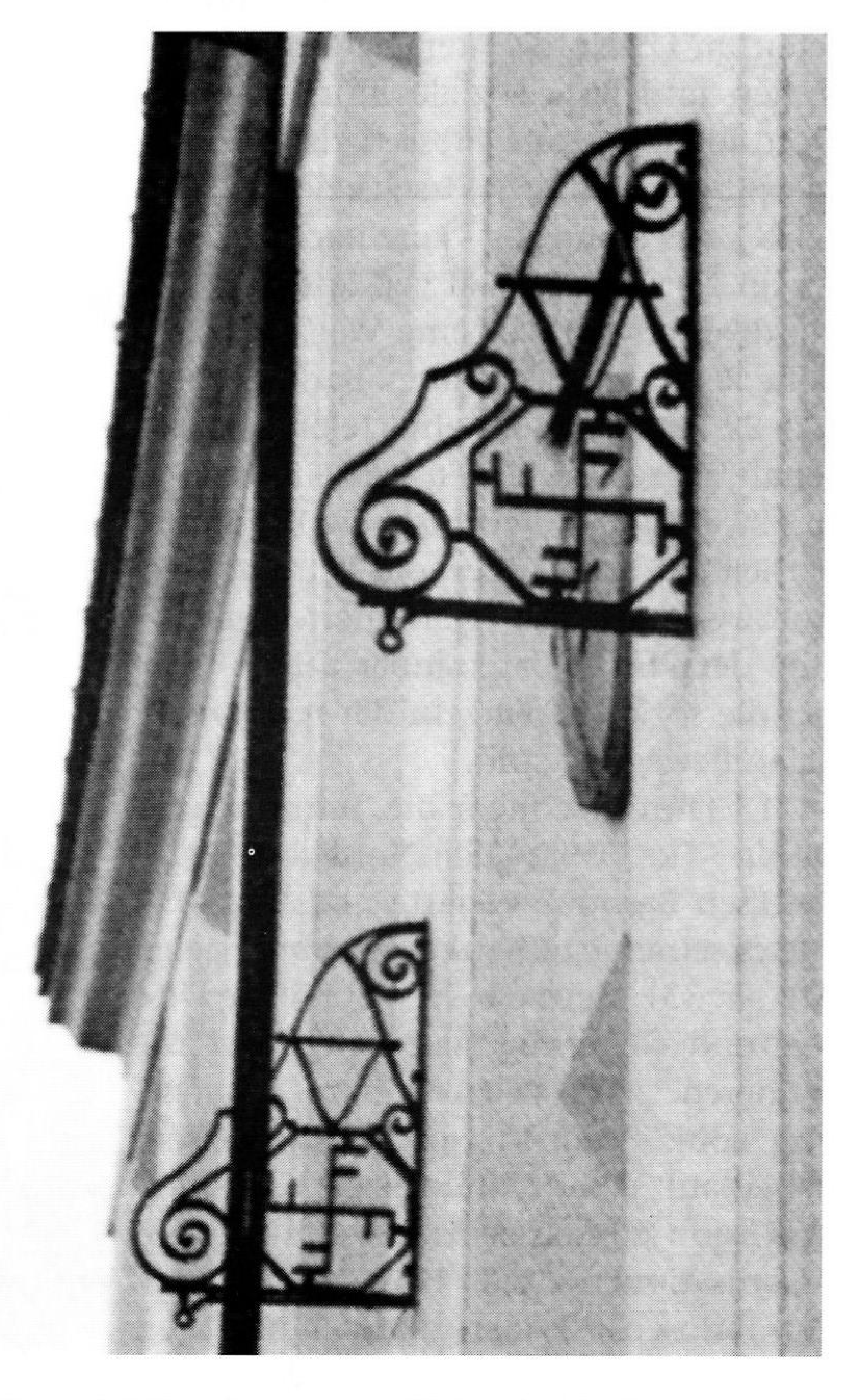
Die anfangs genannten drei Verhafteten im US-Nordwesten hatten alle Familien und feste soziale Bindungen in Nord-Idaho. Laut Presseberichten ist Merrill ein Nuklear-Wissenschaftler, der 1988 nach Idaho zog - kurz nachdem die Aryan Nations ihr Ziel verkündeten, im Nordwesten der USA eine Weiße Christliche Republik aufzubauen. Barbee arbeitete 22 Jahre lang für eine Telefongesellschaft, ist seit 15 Jahren verheiratet und hat zwei Kinder. Berry ist seit 18 Jahren verheiratet, hat Kinder und betreibt eine Autowerkstatt. Die »normalen« Lebensstile der Pinhas-Bankräuber zeigen, wie tief die sozialen Wurzeln der rechtsradikalen Bewegung sind.

13 Jahre nachdem die Terrororganisation »The Order« den Nordwesten zur »weißen Bastion« erklärte und Bob Mathews seine erste Bank ausraubte (siehe AIB Nr. 33), kann der rechtsradikale Untergrund weiterhin neue Mitglieder rekrutieren. Die wiederholten Besuche von Louis Beam in Nord-Idaho weisen dabei auf einen Strategiewechsel hin: WEG von großen zentralisierten Terrororganisationen und HIN zu kleinen »führerlosen« Widerstandszellen. Dies läßt vermuten, daß auch nach den jüngsten Verhaftungen die Gewalt noch kein Ende finden wird. ■

Alles beim alten

Der Österreichische Turnerbund – Die Jünger Jahns

Vom 8.-14.Juli diesen Jahres fand in Krems in Niederösterreich das Bundesturnfest des ÖSTERREICHISCHEN TURNERBUNDES (ÖTB) statt. Der ÖTB hat ca. 70000 Mitglieder und ist aufgrund seiner organisatorischen Verankerung in ganz Österreich und seines hohen Ansehens die dort wohl wichtigste rechtsextreme Organisation. Er erhält von der österreichischen Regierung finanzielle Unterstützung, die nach Berechnungen der Grünen allein 1994 in die zweistellige Millionenhöhe (ÖS) gingen. Grund genug einmal genauer hinzusehen.



Noch 1992 »zierte« das 4F-Symbol in Hakenkreuzform die Bundesturnschule in Ried im Innkreis

Die Geschichte des ÖTB reicht zurück bis ins letzte Jahrhundert. Auch wenn die Organisation zwischenzeitlich Deutscher Turnverein 1919 oder Deutscher Turnerbund hieß kann kein Zweifel an der Kontinuität bestehen.

Ideologisch beruft sich der ÖTB weitestgehend auf Friedrich Ludwig JAHN, der Anfang des 19. Jahrhunderts lebte. Jahns Ausspruch »Frisch, fromm fröhlich, frei« kennen wohl die meisten. Weniger bekannt sind da Zitate wie »Polen, Franzosen, Pfaffen, Junker und Juden sind Deutschlands Unglück«, oder »Mischlinge von Tieren haben keine echte Fortpflanzungskraft, und ebensowenig Blendlingsvölker ein eigenes volkstümliches Fortleben ... wer die Edelvölker der Erde in eine einzige Herde zu bringen trachtet, ist in Gefahr bald über den verächtlichsten Kehricht des Menschengeschlechts zu herrschen ...«. Welche Ideologie der »Turnvater« vertrat kann mensch auch im Handbuch des Österreichischen Rechtsextremismus nachlesen, hier nur Auszüge daraus:

-Jahn ist einer der Vordenker von Rassismus und `Rassenhygiene´« und »entwirft (...) ein Bild der (sozialen) Volksgemeinschaft, der man von Geburt aus angehöre und der man sich nicht entziehen könne. Jahn sagt für sie müsse jeder leben, » er sei reich oder arm, vornehm oder gering, einfältig oder gelehrt, Mann oder Weib, Jüngling oder Jungfrau, Kind oder Greis«.

-Jahns Schriften dienten dem nationalsozialistischen Frauenbild als Vorlage. »Die Frau sollte in jeder Beziehung dem Mann untergeordnet sein, (...) dürfe selbst keiner Arbeit, auch keiner sozialpflegerischen, nachgehen und müsse sich ausnahmslos auf die Haushaltspflichten konzentrieren.«

-Die Ausländerfeindlichkeit Jahns drückt sich unter anderem in der Fixiertheit auf die Muttersprache aus. »Nur die eine Muttersprache sollen die Kinder lernen. Jahn: »Wer seinen Kindern die französische Sprachen lehren läßt ist ein Irrender, wer darin beharrt sündigt gegen den heiligen Geist. Wenn er aber seinen Töchtern französisch lehren läßt, ist das ebenso gut als wenn er ihnen Hurerei lehren läßt.« (...) Zur Schulung der Muttersprache sei die Lektüre vaterländischer Bücher notwendig. Nicht jedes Werk jedoch verbreite aufrechten Patriotismus. Diese Bücher müsse man bekämpfen. (...).«

Wie sehr der ÖTB an diese Ideologie anknüpft zeigt sich zum Beispiel am Redewettbewerb des Turnerbundes, der zur sogenannten »Erziehungsarbeit« gehört. Stefan BIREK, ÖTB-Schriftwart, schreibt über die »Kraft der Muttersprache« in der Bundesturnzeitung (BTZ) 8/9 94: »In deutschen Landen wird die Überlagerung der Muttersprache eher teilnahmslos hingenommen. Bestrebungen des Gegensteuerns oder gar gesetzliche Maßnahmen gegen eine Überlagerung gibt es nicht. Hier ist es umso wichtiger, daß gerade der Turnerbund sich seine geistigen Grundlagen bei F. L. Jahn immer wieder bewußt macht.« Weiter heißt es in dieser Ausgabe der BTZ: »Neben der eigenen Überzeugung von dem, was man zur Sprache bringen will, ist ein reichlicher Wortschatz die beste Voraussetzung für eine ansprechende Leistung.« Außerdem: »Einwandfreies Auftreten, guter Aufbau und entsprechende Gliederung der Rede, das Vermeiden unnötiger Fremdwörter, ...«. Natürlich dürfen »Themen und Aussagen der Reden nicht im Widerspruch zu den Gesetzen der Republik Österreich sowie den Satzungen und Zielen des ÖTB stehen.« Der wohl prominenteste Sieger dieses Wettbewerbs ist bezeichnenderweise der österreichische Rechtsaußen und Chef der FPÖ Jörg HAIDER.

Wie mensch daran sieht beziehen sich die ÖTBler auch verbal voll auf Jahn. Wenige Jahre nach der (Wieder)Gründung des ÖTB 1952 hieß das so: »Damit haben wir eine geistige Brücke geschlagen zur traditionsreichen turnerischen Vergangenheit, bis zurück zu Friedrich Ludwig Jahn. Wir haben tief innerlich erfahren, wie letzlich jedes turnerische Schaffen auf Volk und Vaterland ausgerichtet sein muß (...)« und 1962 »Dieses Zurück zu Jahn bedeutet für uns die Rückkehr zu den ewig gültigen Grundsätzen der Lehren des Begründers der Turnkunst und des Volkstums.«

Auch die Symbolik des ÖTB erinnert an faschistische Traditionen. Denkmäler, Turnhallen und, zumindest bis 1992, auch die Bundesturnschule in Ried im



Das »alte«...

Innkreis werden von einem sonnenradförmigen »4 F«-Zeichen geziert. Dieses Zeichen irritierte sogar schon die österreichischen Behörden. So stellte die Sicherheitsdirektion für Wien am 9.6.86 fest: »Gemäß §1 Abs. 1 des Abzeichengesetzes dürfen Abzeichen (Symbole, Kennzeichen) einer in Österreich verbotenen Organisation öffentlich weder getragen noch zur Schau gestellt, dargestellt oder verbreitet werden. Dieses Verbot des Abs. 1 erstreckt sich gemäß Abs. 2 auch auf Abzeichen, die auf Grund ihrer Ähnlichkeit oder ihrer offenkundigen Zweckbestimmung als Ersatz eines der im Abs. 1 erwähnten Abzeichen gebraucht werden.« Daß es also Parallelen zwischen den Symbolen des ÖTB und denen der Nazis gibt ist offenkundig. Der ÖTB selbst sieht des natürlich anders und wendet sich seinerseits ans Innenministerium (19.3.96): »In einer ausführlichen Stellungnahme wurde durch die ÖTB-Delegation dargestellt, warum formaljuristisch, historisch und ideell auf die Darstellung des Turnerwahlspruches (frisch, fromm, fröhlich, frei) in Sonnenradform das Abzeichengesetz 1960 nicht anzuwenden sei. Dabei unterstrich Bundesobmann ATZMANNINGER, daß das 4 F-Symbol für eine Lebensauffassung steht, die einen unbestritten hohen ethischen Stellenwert einnimmt.« (Bundesturnzeitung 4/96).

Offiziell verwendet der ÖTB seit 1952 eine neue, entschärfte Form dieses Symbols, doch werden an anderen Stellen alte wiederhergestellt, restauriert und neu montiert. So zum Beispiel in Tulln in Niederösterreich, wo auf Anweisung des »Turnbruders« DR. RIEGER der »Turnbruder« KLEMISCH das alte, sonnenradförmige Zeichen mit der Aufschrift Deutscher Turnerbund 1919 aus Kupfer neuschuf und an ein Denkmal montieren ließ

Was war los in Krems?

Vom 8. - 14.7. fand nun das 9. Bundesturnfest des ÖTB statt. Einer der Höhepunkte war sicherlich die »Jahnehrung und das Totengedenken am Friedrich-Ludwig-Jahn-Denkmal« am 10. Juli. Unter den ca. 200 Teilnehmern waren die gesamte Führungsmannschaft des ÖTB, VertreterInnen der einzelnen »Turngaue« und » viele schmissige Burschenschaftler« (»Der Standard« vom 12.7.96). Der WIENER AKADEMISCHE TURNVEREIN stand stramm mit gezogenen Säbeln und schwarz rot goldenen Fahnen, als jener »Helden« gedacht wurde, die vor 50 Jahren »nicht auf Seiten der Sieger standen«. In einer Nacht zog eine an ihrer Kleidung als TurnerInnen erkennbare Gruppe von ca. 15 Personen gröhlend durch die Srtaßen von Krems. Die anfangs antiösterreichischen Parolen schlugen schnell in »Deutschland, Deutschland«- Rufe um.

Am 11.7. veranstaltete der ÖTB um 22.00 Uhr einen »Großen österreichischen Zapfenstreich« am Kremser Pfarrplatz, wo AntifaschistInnen versuchten auf die rechtsextremen Umtriebe des ÖTB hinzuweisen. Dabei wurden sie von der Polizei mit Fußtritten und unter Einsatz von Hunden zum Schweigen gebracht. Die jugendlichen Neonazis, die direkt daneben den rechten Arm streckten und »Sieg Heil« gröhlten wurden natürlich nicht behelligt; auch nicht als sie später am abend, nachdem die PLATTFORM GEGEN RASSENWAHNSINN Anzeige erstattet hatte, »Ausländer raus«- und wiederum »Sieg heil«-rufend durch die Stadt liefen.



..und das »neue« Symbol des österreichischen Turnerbundes

Deutschtümelei konnte auch beim Höhepunkt der Woche, dem Aufmarsch durch die Kremser Innenstadt beobachtet werden. Unter den mehr als zehntausend TurnerInnen waren auch viele aus der BRD. Die schwarz rot gelben Fahnen wurden jedoch sehr oft auch von Vereinen aus der Alpenrepublik getragen. Das vom ÖTB so oft wiederholte Bekenntnis zur Republik Österreich konnte anhand der Fahnen nicht erkannt werden.

Alles in allem war das »Bundesturnfest« für den ÖTB wohl erfolgreicher, als viele von uns sich das wünschen würden. Die anwesenden AntifaschistInnen waren leider viel zu wenige, als daß das ÖTB-Spektakel verhindert hätte werden können. Immerhin waren bei den Aktionstagen unter dem Motto »Lebenslust statt Rassenreinheit« und der Demonstration gegen das Bundesturnfest mehrere hundert Menschen, die Öffentlichkeit hergestellt haben und versuchten in Diskussions- und Informationsveranstaltungen den ÖTB ins *rechte* Bild zu rücken. ■

Quellen:- TATblatt Nummern plus 60/61, plus 62 und plus 83; zu beziehen über: **Verein »Infrastruktur«**, Gumpendorferstr. 157/11, 1060 Wien
- **Handbuch des Österreichischen Rechtsextremismus**, herausgegeben vom DOKUMENTATIONSARCHIV DES ÖSTERREICHISCHEN WIDERSTANDES

Zu den Europawahlen in Österreich



Jörg Haider - bald neuer Kanzler?

Erneuter Triumph für Jörg Haider: Bei den Europawahlen in Österreich am 13. Oktober erzielte die FPÖ 27,6% und schloß damit zu den Regierungsparteien SPÖ (29,2%) und ÖVP (29,6%) auf. Haiders Partei legte 5,7 Prozentpunkte zu und erreichte damit ihr bestes Ergebnis bei Parlamentswahlen überhaupt. Während die ÖVP leicht zulegen konnte, mußten die Sozialdemokraten so große Verluste einstecken, daß sie damit beim schlechtesten Ergebnis seit dem zweiten Weltkrieg liegen. Die zeitgleich stattfindenden Wahlen zum Wiener Landtag bestätigten diesen Trend. Auch hier verlor die SPÖ stark und büßte im »roten Wien« die absolute Mehrheit ein. Die FPÖ legte um 5,5% zu und kommt mit 28 Prozentpunkten auf Platz zwei. Die vollmundige Ankündigung Haiders, seine Partei werde stärkste Kraft in Österreich und er nächster Kanzler muß nach dem starken Aufwärtstrend der FPÖ und nach diesem Ergebnis wohl ernster genommen werden denn je. Diese europäische Entwicklung, das Erstarken der Rechten nimmt in Österreich langsam bedrohliche Formen an. Sollte Haider wirklich Kanzler werden, so kann sich jede/r selbst vorstellen, wie »angenehm« dieses Land für AusländerInnen, Arbeitslose, Andersdenkende, ... werden wird.

Im Auftrag der FPÖ

Falsche Ermittlungen rund um die rassistischen Morde von Oberwart



An diesem Ort im Österreichischen Oberwart fanden im Februar 1995 4 Roma den Tod. Sie wurden Opfer eines gezielten Mordanschlages von Neonazis

Der Eisenstädter Richter Karl MITTERHÖFER stellte vom ersten Augenblick an klar, daß es nicht Prozeßinhalt sein könne, etwaige Hintermänner der Aktion des Beschuldigten aufzudecken. Bei dem Angeklagten handelte es sich um den 38-jährigen Martin MAGDITS aus dem burgenländischem Rechnitz. von Beruf Verwaltungsbeamter im Innenministerium und aus Berufung FPÖ-Funktionär. Eine brisante Mischung, an der auch der aus Oberwart stammende FPÖ-Generalsekretär Karl SCHWEITZER gefallen gefunden haben soll. Denn laut dem Verteidiger von Magdits hatte dieser »das ganze Intrigenspiel eingefädelt« und nun seinen Mandanten geopfert. Mehr durfte der Anwalt nicht sagen, denn der Richter war redlich benmüht »die Politik« dem Prozeß fernzuhalten. Magdits wurde wegen Amtsanmaßung zu einer bedingten Haftstrafe (nicht rechtskräftig) verurteilt.

Die Vorgeschichte: Im März 1996, ein Jahr nach der Ermordung von vier Roma durch eine Sprengfalle der Neonaziterrorbande »BAJUWARISCHE BEFREIUNGSARMEE« (BBA), erschien Magdits in der Oberwarter Romasiedlung, gab sich als Staatspolizist aus und horchte (angeblich unter Androhung von Beugehaft) einzelne BewohnerInnen aus. Sein – auch für die Befragten unglaublicher »Ermittlungsansatz« ging dahin, daß der Anschlag möglicherweise »linkspolitisch« motiviert gewesen sein könnte. Unter anderem hatte er mit großen Eifer versucht, den Journalisten und Buchautor Wolgang PURTSCHELLER mit dem Attentat in Verbindung zu bringen.

Purtscheller, der sich vor allem mit Recherchen über die rechtsextreme Szene profiliert hatte, zählt seit langem zu den Intimfeinden der FPÖ und ihrem Umfeld. Die mißglückte Sachbeschädigung von Ebergassing, bei der zwei Exponenten der radikalen Linken ums Leben kamen, bot HAIDER und seinen Kettenhunden jenen Vorwand, um u.a. mit dem unliebsamen Journalisten abzurechnen und von ihrer Mitschuld am rassistischen Terror abzulenken. Aus seiner Bekanntschaft mit den Verstorbenen konstruierten sie zunächst eine Tatbeteiligung Purtschellers an der Sachbeschädigung. Um ihn schließlich auch mit dem Terror der BBA in Verbindung zu bringen. Die Österreich-Ausgabe des FPÖ–nahen Wochenblattes »JUNGE FREIHEIT« unter Chefredakteur Andreas MÖLZER gab dieser Verschwörungstheorie ebenso Futter, wie »DAS FREIHEITLICHE MAGAZIN - AULA«. Auch die beiden ORF-Journalisten Robert ALTENBURGER und Bernd ENDER beteiligten sich an der Hetze gegen Purtscheller. So konnten in einer von ihnen gestalteten Report-Sendung ranghohe FPler gegen den antifaschistischen Journalisten agitieren.

Ziel all dieser Bemühungen: Oberwart als Täuschungsmanöver der Linken darzustellen, die der FPÖ den Terrorismus in die Schuhe schieben wollen.

Die Methode, sich als Opfer zu präsentieren, wo Täterschaft naheliegt, ist nicht neu. Sie gehörte zum fixen Repertoire der illegalen österreichischen NSDAP, heute wird sie von rechtsextremen Parteien in ganz Europa praktiziert. In den siebziger Jahren mußte ein italienischer Anarchist mehrere Jahre hinter Gittern verbringen, weil es neofaschistischen Terroristen gelungen war, ihm einen Anschlag unterzujubeln. In Frankreich stellte sich der faschistische Parteiführer LE PEN jahrelang als Zielscheibe einer Schändung eines jüdischen Friedhofes dar – bis Leute aus seiner Anhängerschaft als Täter entlarft wurden.

Offensichtlich spielte Magdits bei diesem Ablenkungsmanöver der FPÖ eine gewichtige Rolle. Bereits am 19.April 1995 gaben die Freiheitlichen im Nationalrat Thesen zum Oberwarter Mordanschlag kund, die sich mit den Ermittlungsergebnissen von Magdits deckten. Der geschäftsführende Klubchef Ewald STADLER etwa erwähnte die Nähe Putschellers zu den Tätern des »linksextremen Sprengstoffanschlags« von Ebergassing. Was seinen Parteichef Haider zum Zwischenruf veranlaßte: »Man sollte auch die Oberwarter Spuren nicht außer acht lassen!«. Darauf Stadler: »Die Oberwarter Spuren werden dieses Haus noch beschäftigen, das wage ich vorauszusagen. Die Oberwarter Spuren, zu denen noch einige in diesem Haus sensationellen Erkärungsbedarf haben werden ...«.. »Sensationelle« Oberwarter Spuren, wie sie Stadler ansprach, waren zu dieser Zeit nur von Magdits verfolgt worden; dies war der Öffentlichkeit aber noch nicht bekannt. Am 23. April deutete Karl SCHWEITZER im Parlament an, daß Purtscheller vor dem Bombenanschlag in der Oberwarter Romasiedlung gewesen sei. Exakt in diese Richtung hatte Magdits recherchiert.

Einige Wochen später flog der falsche Terrorfahnder auf, nachdem echte Beamte der Sonderkommission zur Aufklärung des Bombemnterrors in Oberwart Ermittlungen anstellten. Magdits wurde suspendiert und wegen Amtsanmaßung und versuchter Nötigung angezeigt. Und die FPÖ-Führungsetage wollte von Magdits nichts wissen.

Der SPÖ-Sicherheitssprecher Robert ELMECKER übermittelte daraufhin der Staatsanwaltschaft Wien eine Sachverhaltsdarstelllung, in der er den Verdacht ausspricht, daß Stadler, Schweitzer und Haider sehr wohl von den mißbräuchlichen Ermittlungen des falschen Schnüfflers Kenntnis gehabt haben sollen. Zusätzlich machte er öffentlich, daß Magdits nicht alleine in Oberwart »ermittelte«. Er soll von Gerhard MIKES begleitet worden sein. Einem Mitarbeiter dess HEERESNACHRICHTENDIENSTES (HNA), des von FPlern durchsetzten Bundesheergeheimdienstes zuständig für die Auslandsaufkärung. Aus den Reihen der Heeresspitzel wird Haider regelmäßig mit Informationen beliefert. So hatte der F-Führer bereits wenige Stunden nachdem Anfang Dezember die ersten Briefbomben detoniert waren, eine Fährte anzubieten. Die Anschläge seien offensicht-

lich auf die »Konfliktsituation am Balkan« zurückzuführen, sagte er. Es war das HNA in der Wiener Hütteldorferstraße, das diese krause Theorie forcierte. Wie im Fall Magdits wurden Indizien geschaffen, die möglichst weit von Rechten wegführen sollten. Wolfgang JUNG, Brigardier im HNA und freiheitlicher Nationalratsabgeordneter, bestreitet natürlich, daß er je Informationen aus dem Amt in den FP-Parlamentsclub habe fließen lassen. Haider jedenfalls trumpfte noch im Juli 1995 damit auf, daß vermutlich »der serbische Geheimdienst seine Finger im Spiel hat«. Damit helfe man » den Linken in Österreich, an der Macht zu bleiben, indem man die Bomben den rechten Freiheitlichen in die Schuhe schiebt«, so der F-Führer im Interview in seinem Kärntner Parteiorgan. ■

Österreich 1

Mehr als 50 Jahre nachdem die österreichischen Nationalsozialisten jüdischen Besitz raubten, versuchte die Wiener Staatsregierung halbherzig mit dieser »peinlichen Angelegenheit« aufzuräumen.
Die damals geraubten Kunstgegenstände, darunter unzählige sehr wertvolle Gemälde, lagerten 50Jahre lang in den Kellern Wiens und wurden jetzt auf einer Auktion versteigert. Angeblich sei schon vor 12 Jahren versucht worden die ehemaligen Besitzer ausfindig zu machen, sagte ein Minister, aber diese wären jetzt sowieso tot...
Die Gemälde wurden vorab in einem umfangreichen Katalog veröffentlicht, daraufhin meldeten sich mehrere Überlebende, die Besitzansprüche geltend machten und daraufhin ihre Kunstgegenstände zurückerhielten.
Die Auktion schloß mit einem sehr viel höheren Gewinn ab als erwartet. Der Erlös soll Opfern des Nationalssozialsimus zugute kommen. Ein Beispiel auch für andere Länder, z.B. die Schweiz, wo noch immer Unmengen geraubten Besitzes in den Tresoren lagern?
(Titel,Thesen, Temperamente 3.11.96)

Ernst Zündel

Das nationale Infotelefon NRW meldet, daß der deutsch-kanadische Revisionist Ernst ZÜNDEL seine geschichtsfälschende Propaganda in Zukunft über einen Radiosender in Kaliningrad nach Europa schicken kann. Die in deutscher Sprache gesendeten »Programme« starteten am 12. Oktober und werden nun wöchentlich ausgestrahlt.

Österreich 2

Im Oktober 1992 wurden auf dem jüdischen Friedhof in Eisenstadt 75 von 120 Grabsteinen mit Hakenkreuzen und »Heil Haider« beschmiert. Die Täter ließen einen Computerausdruck zurück: »Auf diese Weise möchten wir unserem Vorbild Jörg Haider einen arischen Gruß zukommen lassen !« HAIDER beschuldigte »linksextreme Provokateure« der Tat. Im Juli 1996 nahm die Polizei den 25jährigen Wolfgang TOMSITS fest, der gleich Wilhelm Christian ANDERLE als Haupttäter nannte. Deren Lehrer und politischer



FPÖ-Generalsekretär und Bombenlegerfreund Karl Schweitzer

Ziehvater war niemand geringerer als FPÖ-Generalsekretär Karl SCHWEITZER. Schweitzer, der die beiden seit 1987 vom Geographie- und Sportunterricht kannte begann im Jahr 1990, als er zum Nationalratsabgeordneten gewählt wurde, Tomsits und Anderle für die FPÖ anzuwerben. Er traf die zwei Beschuldigten auch lange nach den Anschlägen und nahm sie noch im April 1995 vor Untersuchungen der Polizei in Schutz. Kurz zuvor hatte eine Anti Terroreinheit Anderles PC beschlagnahmt. Die Daten auf dem PC sollen zeigen, daß Tomsits und Anderle die Täter von Eisenstadt sind. Schwetzer leitete in den 70ern den Ring Freiheitlicher Jugend (RFJ) im Burgenland. Im Dezember 1990 wird der RFJ, der seit Schweitzers Obmannzeit geschlafen hat für das Burgenland wiederbelebt. Ein Vierteljahr später wird eine RFJ-Bezirksgruppe in Oberwart gegründet. Mit von der Partie sind Tomsits, Anderle und Schweitzer. Bezirksobmann wird Schweitzer, Obmannstellvertreter Tomsits.

Wilhelm Christian Anderle schlug zugleich noch andere Wege ein: Er hat in dem 1993 geschaffenen Thule-Computernetz eine eigene Mailbox (»Dissident«) installiert. Dort benutzt er die Decknamen »Irish« und »Arisk«. Als »Arisk« verschickt er am 10. Mai 1995 Bombenbau-Anleitungen und empfahl »Schulungen zum effektiven Töten«. Am 27.5. taucht Anderle ab und seine Mailbox ist seitdem stillgelegt. Es wird vermutet, daß Anderle sich in Deutschland oder Skandinavien aufhält. Laut der österreichischen Zeitung LOTTA DURA hat er im August dieses Jahres einen Brief aus Hannover abgeschickt. (Quelle: NEWS 41/96)

Spendet für die internationale antifaschistische Arbeit

Seit 1989 arbeiten wir, mit anderen antifaschistischen Gruppen und Zeitungen in der BRD und einigen europäischen Ländern zusammen. Diese Arbeit hat sich als sehr erfolgreich erwiesen. Es ist notwendig, die Aktivitäten von FaschistInnen international zu beobachten. Daher wurde in diesen Jahren ein internationales Netzwerk aufgebaut, das einen zuverlässigen Informationsfluß für die internationale Zusammenarbeit sicherstellt.
All diese Arbeit wird mit größtem Engagement und auf der Basis minimaler materieller Resourcen geleistet. Diese Arbeit ist in Gefahr. Gemeinsam mit der Antifaschistischen Zeitung ATZE aus Kiel rufen wir auf für die internationale Koordination von antifaschistischer Arbeit zu spenden. Wir brauchen vor allem kontinuierlich eingehendes Geld, da die Kosten für diese Arbeit ständig anfallen. Auch kleine Beiträge können viel leisten, wenn sie regelmäßig eingehen.

Richtet Daueraufträge ein! Spendet massenhaft!

Bankverbindung: A.Hoffmann
Kontonummer: 40 83 52 - 201
Postbank Hamburg
BLZ: 200 100 20
Stichwort: Internationale Antifa

